Die Politik des Bayreuther Hofes

während des

siebenjährigen Krieges.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät Sektion I

der

Maximilian-Ludwigs-Universität zu München

vorgelegt von

Richard Rüthnick

aus München.

Bayreuth

Druck von Lorenz Ellwanger, vorm. Th. Burger

1905.

Tag der mündlichen Prüfung:

6. März 1905.

Die Politik des Bayreuther Hofes

während des

siebenjährigen Krieges.

Vornehmlich nach archivalischen Quellen dargestellt

von

Dr. Richard Rüthnick.

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Bayreuth.
Druck von Lorenz Ellwanger vorm. Th. Burger.
1905.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549027_0199

Inhalt.

Meiner lieben Mutter

in Dankbarkeit gewidmet.

I.

Einleitung.

Wer durch die Straßen Bayreuths geht und die freundliche Umgebung durchstreift und wer mit liebevollem Blick auf die Bauwerke und Denkmäler, auf die Schlösser und Parke achtet, wird sich nicht dem Eindruck entziehen, den diese eigentümliche Stadt auf den aufmerksamen Besucher macht. Er wird unter dem Lärm des Tages, Klänge aus entschwundenen Zeiten vernehmen. Fast lauter als die Melodien Richard Wagners dringt der Festesjubel aus den Markgrafenschlössern an sein Ohr, deutlicher als Jean Pauls engbeschränkte Philisterwelt glaubt er die fürstlichen Prioren und Priorinnen wahrzunehmen, wie sie scherzend oder in tiefsinnige Gespräche versunken im Schatten der kunstvoll gepflanzten Baumgruppen auf- und niederwandeln. Es ist ihm, als lebte und webte Bayreuth noch in den Erinnerungen des 18. Jahrhunderts und er würde sich kaum wundern, wenn aus den zierlichen Cavalierhäusern die eleganten Roccocogestalten träten oder in langem Zuge die schweren Carossen durch die stillen, breiter Straßen eilten, wie in den Tagen des Markgrafen Friedrich und seiner Gemahlin Wilhelmine, der Lieblingsschwester Friedrichs des Großen.

Über diese Zeit von Oberfrankens Vergangenheit ist schon mancherlei geschrieben worden, wovon für die Geschichtswissenschaft vornehmlich die Studien und Werke folgender Autoren in Betracht kommen:

Georg Schanz, Zur Geschichte der Kolonisation und Industrie Frankens, Erlangen 1884 würdigt unter anderm die Verdienste der Regierung des Markgrafen Friedrich (1735—63) um die wirtschaftliche

Entwicklung seines Landes. In die Kunstgeschichte führt uns Hofmann ein (Die Kunst am Hofe der Markgrafen von Brandenburg Fränkischer Linie Straßburg 1901 und „Bayreuth und seine Kunstdenkmale", München 1902). Richard Fester (die Bayreuther Schwester Friedrichs des Großen, Berlin 1902) sucht in die Geheimnisse der Seele Wilhelmines einzudringen. Liebevoller als es bisher geschehen, sucht er dem Charakter der vielgeschmähten Markgräfin gerecht zu werden. Geschickt in der Verknüpfung zerrissener Fäden, scharfsinnig in der Auffindung verlorener Spuren und fein im Verständnis für psychologische Probleme, entwirft er ein ungemein anziehendes Lebensbild, das nicht ohne tieferen Sinn Paul Heyse, dem Meister der Charakteranalyse gewidmet ist. Doch fast unvermerkt wird aus der Biographie eine ausgesprochene „Rettung".

Die politische Haltung des Bayreuther Hofes in der Zeit Friedrichs des Großen ist noch nie im Zusammenhang dargestellt worden; mit Freuden nahm ich diese Aufgabe in Angriff, doch bald mußte ich sehen, daß solange nicht in den Briefen der Markgräfin[1]) eine der Hauptquellen allgemein zugänglich gemacht ist, von einer gründlichen Erforschung der Politik Bayreuths in den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts nicht die Rede sein kann. Ich sah mich deshalb genötigt, die eingehende Darlegung auf die Zeit des siebenjährigen Krieges zu beschränken und nur in einem kürzeren Überblick die Zeit von 1740—56 zu behandeln. Es mußte in diesen Jahren bei Zeichnung der Grundlinien bleiben, da die noch nicht klar zu erkennende Entwicklung Wilhelmines in inniger Wechselwirkung zur Politik des kleinen Hofes zu stehen scheint. Auch in ihren letzten Lebensjahren (1756—58) ist die Markgräfin von großem Einfluß auf die Entschließungen ihres Gemahls, doch für diese Zeit hatte ich den doppelten Vorteil, daß einerseits sehr viel mehr Briefe Wilhemines gedruckt vorliegen, andrerseits aber ihre Entwicklung abgeschlossen ist. Hier erscheint sie uns nur als die hingebende aufopferungsvolle Schwester.

Im übrigen kann es nicht meine Aufgabe sein, im einzelnen die Stellungnahme des Markgrafen Friedrich zu den armseligen Fragen reichsständiger Fürstenpolitik darzulegen. Ein Historiker, der nicht in die Kleinlichkeiten der Lokalforschung verfallen will, muß sich bemühen, lediglich die Stellungnahme zu den großen politischen Fragen der Zeit zu untersuchen. Doch da Großes und Kleines oft untrennlich verbunden ist, mußte ich, mehr als vielleicht zu wünschen ist, auch auf unbedeutende

[1]) Sie werden in nicht allzulanger Zeit von Berner veröffentlicht werden.

Dinge eingehen, namentlich wenn sie als Symptome der Parteiergreifung zu betrachten sind. So galt es vor allem die Zustände und die Ereignisse bei Ausbruch des siebenjährigen Krieges und die Haltung des Markgrafen zu den Beschlüssen des Reichstages im Achtprozeß gegen Friedrich und in der Frage der Bevollmächtigung des Kaisers zum Augsburger Friedenskongreß bis ins Einzelne genau zu untersuchen, um überhaupt ein Bild zu gewinnen. Was meine Quellen betrifft, so kommen an gedruckten vor allem die politische Korrespondenz Friedrichs des Großen in Betracht (P. C.) daneben die Werke des Königs (Oeuvres). Die große Reihe von Memoiren, Briefsammlungen und Darstellungen, die ich sonst noch benutzte, müssen im Text einzeln erwähnt werden.

An handschriftlichen Quellen seien zuerst die Akten des Bamberger Kreis-Archives (Bamb. Kr.-A.) genannt. Dort sollten die Hauptbestände des alten markgräflichen Archives liegen, aus dem aber bei seinem wechselvollen Schicksal sehr viel verloren gegangen ist. Namentlich konnten weder in Bamberg noch anderswo wichtige Gesandtschaftsberichte und Reskripte, vor allem die Korrespondenz des Markgrafen mit seinen Gesandten in Wien und Paris aufgefunden werden. Nur ganz unbedeutende Bruchstücke konnte ich einsehen; aber auch die Reichstagsakten (R.-T.-A.) zeigen bedenkliche Lücken. Unter diesen Umständen war ich vornehmlich auf die Kreisakten (Kr.-A.) Vol. 270—83 für den österreichischen Erbfolge-, Tom. XI—XVII für den siebenjährigen Krieg und die „gemischten Kriegs, Fehde und Bundes-Akten" (G. Kr. F. B.-A.) Faszikel 318—366 angewiesen, bei denen es galt, aus der Fülle des Stoffs, das wenig Brauchbare herauszusuchen; neben einigen kleineren Beständen, wie dem Nachlaß Bergkhofers, den Brandenburger Urkunden und anderem, kamen noch mehrere Konvolute der „Märckeriana" (Märck.) in Betracht.

Außerordentlich interessant waren die Akten des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchives zu Wien (Wien. St.-A.). Dort fand ich die Berichte der österreichischen Gesandten im Reich, des Grafen Colloredo, des Baron Wucherer, des Grafen Cobenzl und der Barone Hagen und Widmann und die Weisungen an sie. Sie sind zu finden in den Akten der Hof- bezw. Staatskanzlei Berichte aus dem Reiche 13, 15, 16, 19, 20, 24 bis 27, 30, 34, 36, 42, 43a, 47, 48, 51, 57, 62, 66, 71, 78, 83a, 91, 92, 102, 103, 114, 121, 133, 141 und in den Akten der Reichskanzlei, Berichte aus dem Reich 24, 25, 59—61, 65, 70; zu bemerken ist, daß Faszikel 25 unter anderm Berichte des Grafen Törring, kaiserlichen Gesandten beim fränkischen Kreise an Kaiser Karl VII. aus den

Jahren 1742 und 43 enthält. Am wertvollsten von diesen Akten sind vielleicht die Berichte des Grafen Cobenzl, der wie mir scheint als feiner, gebildeter Kavalier Wilhelmine für sich einzunehmen wußte, wodurch er als Diplomat die größten Erfolge erzielte. Von den „Weisungen ins Reich" fand ich nur in den Faszikeln 19, 20, 22 für meinen Zweck Brauchbares. Außerdem fand ich einiges in den Beständen der Brandenburgica (39), der Kriegsakten (410 und 411) und in verschiedenen Nummern der „großen Korrespondenz".

Im Hausarchiv zu Charlottenburg konnte ich nur die geringe, wenig wertvolle Privatkorrespondenz des Markgrafen Friedrich einsehen. Ungleich wichtiger waren meine Funde im Kgl. Staatsarchiv zu Berlin (Berl. St.-A.) Die Berichte Plothos aus Regensburg und Rescripte an ihn (Rep. 10 78 ff.) Die Berichte Buirettes von Öhlefeld, preußischen Residenten beim fränkischen Kreise (Rep. XI fränk. Kreis) und die Berichte Eickstedts, preuß. Spezialgesandten bei verschiedenen deutschen Fürsten (Rep. XI Nr. 33 Convol. 22) gaben mir mancherlei Auskunft. Von großer Wichtigkeit sind von den Staatsverträgen Brandenburg-Franken Fol. 18, 93 und 116, und die Immediatkorrespondenz des Markgrafen Friedrich an König Friedrich II. (Rep. 96 99 D Fol. 180); mehr militärisch, aber auch in politischer Hinsicht interessant sind aus den „Akten des Cabinets Friedrichs II." die Berichte des Freischarenführers Johann v. Mayr (Rep. 96 89 F). Die Berichte des Prinzen Heinrich (Rep. 96 105 CC.—FF.), die bei Schöning, Geschichte des siebenjährigen Krieges, nicht vollständig und nicht ganz zuverlässig abgedruckt sind, endlich die Berichte des Generals von Kleist aus dem Herbst und Winter 1762 (Rep. 96 87 G, 1 Bd.) Für die Einfälle des Prinzen Heinrich in Franken fand ich auch einiges in dem „Schriftwechsel des Prinzen Heinrich" (Rep. 92 B. III 12) doch fehlten gerade hier die Berichte des Generals Belling, der von der Armee des Prinzen detachiert, im Hochsommer 1762 in Franken einfiel; sehr interessant sind 2 Notizbüchlein des Prinzen Heinrich. Endlich seien noch einige Akten des Rep. 44 KKK. 2 d erwähnt.

Aus dem Kreisarchiv zu Würzburg benutzte ich Reichssachen Nr. 62 und die Korrespondenz zwischen Fürstbischof Friedrich Carl von Würzburg und seinem Bruder, dem Kurfürsten von Trier, die namentlich für die Beurteilung der Persönlichkeit des Markgrafen Friedrich und seines Ministers von Bergkhofer wichtig ist.

Im Kgl. Bayrischen Staatsarchiv (Münchn. St. A.) fand ich den Briefwechsel zwischen Montmartin und Praidlohn Kasten schw. 295/50

und zwischen Montmartin und einem aus Vorsicht nicht Genannten, vielleicht wieder Praidlohn Mémoires et Relations 1772—45 lit. A. 141/1 und endlich die Berichte des Freiherrn v. Schücker Residenten beim fränkischen Kreise nebst Reskripten (K. schw. 140/31—33). Sehr viel aus den Jahren 1740—45 ist zerstreut, manches wie die oben erwähnten Berichte des Grafen Max Emanuel von Törring nach Wien gekommen.

So gut wie nichts wurde im Kgl. Bayr. Reichsarchiv gefunden.

Von sonstigem handschriftlichen Material, das ich benutzte, seien die Regensburger Komitialnachrichten in der Staatsbibliothek zu München erwähnt (Cod. Germ. Mon. 1414—21) die dem Anschein nach von einer leidlich gut unterrichteten Persönlichkeit in Regensburg, wohl mehr zu privaten, als zu amtlichen Zwecken aufgezeichnet worden sind. Ganz zuverlässig sind sie nicht.

Ganz besonders wichtig war für mich eine handschriftliche Chronik im Besitze des historischen Vereins zu Bayreuth; sie bestand aus 7 Foliobänden, in denen das Leben des Markgrafen von Bayreuth jüngerer Linie behandelt ist; leider fehlt gerade der 6. Band, der „die Lebens- und Regentengeschichte des Markgrafen Friedrich" erzählt. Einen gewissen Ersatz bieten die Arbeiten von Heinritz („Lebens- und Regierungsjahre des Markgrafen Friedrich", Archiv für Geschichte des Obermainkreises II 2 und 3 Bayreuth 1835 und 36) und von Zimmermann, (Markgraf Friedrich der Jüngere von Bayreuth, Archiv für Geschichte Oberfrankens 1844) die offenbar ganz auf dieser Chronik fußen, aber eine vermutlich recht willkürliche Auswahl des Inhalts geben. Ergänzt wird die im 6. Bande behandelte Zeit durch eine kurze, aber höchst interessante Biographie des Bayreuther Ministers Graf Philipp Andreas von Ellrodt, in dem uns erhaltenen 7. Bande der Chronik, und durch eine von derselben Hand geschriebene, doch auch bruchstückweise verlorene Chronik der Stadt Bayreuth. Der Verfasser schreibt, wie mir scheint, in der Zeit der preußischen Herrschaft, die er für ein Unglück ansieht. In politischen Fragen wenig unterrichtet, gibt er vor allem wichtige Aufschlüsse über persönliche Verhältnisse; in der Datierung ist er ungenau und nicht ohne Widersprüche. Seine zum Teil intimen Kenntnisse weisen auf einen mit den Hofverhältnissen vertrauten Mann, seine strenge religiöse Richtung legt die Vermutung nahe, daß der Verfasser ein Geistlicher, vielleicht ein ehemaliger Hofprediger ist. Doch konnte ich bisher nicht genügende Anhaltspunkte zu einer genauen Angabe finden.

Schließlich seien eine Reihe von Briefen aus dem Wurmbschen Familienarchiv erwähnt, die über persönliche Verhältnisse des Markgrafen und der Familie Ellrodt und der des Kammerherrn Grafen Lewenhaupt Aufschluß geben.

Den Beamten der genannten Archive und dem Vorstand sowie dem Bibliothekar des historischen Vereins zu Bayreuth, die meine Arbeit durch ihr großes Entgegenkommen erleichterten und förderten, sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Auch einigen Privaten, vor allem aber Herrn Professor Dr. v. Heigel, meinem hochverehrten Lehrer und Herrn Professor Dr. Fester in Erlangen, deren Ratschläge mir sehr wertvoll waren, möchte ich meinen Dank hier wiederholen.

II.

Die Politik des Bayreuther Hofes von 1741—1756.

Markgraf Friedrich von Bayreuth (1735—63) wurde am 10. Mai 1711 auf Schloß Weferlingen im Halberstädtischen geboren; er stammte aus einem dürftig apanagierten Seitenzweig der Linie Brandenburg—Bayreuth. Sein Vater war Markgraf Georg Friedrich Carl, ein griesgrämiger, auch als er 1726 zur Regierung kam, äußerst sparsamer Mann, der mit pietistischen Neigungen eine weitgehende Freude am Becher zu verbinden wußte. Schon früh verstieß er seine Gemahlin Prinzessin Dorothea von Holstein-Beck.[1] Bald nach Friedrich's Geburt mußte sein Vater Weferlingen verlassen und zog nach Rothenburg ob der Tauber,

[1] Sie lebte zuletzt unter dem Namen Dorothea v. Zettwitz auf dem Gute Stöflö bei Kolmar in Schweden von der Gnade des Bayreuther Kammerherrn, Grafen Nils Julius Lewenhaupt, zusammen mit dessen geschiedener Gemahlin, einer geb. Wild- und Rheingräfin v. Salm-Grumbach. Markgraf Georg Friedrich Carl hatte seine Gemahlin wegen angeblicher Untreue verstoßen und verfolgte sie mit solchem Hasse, daß er den mit seinem Fluche bedrohte, der sie wieder nach Deutschland bringen werde. Das mag der Grund sein, weshalb ihr sonst so gütiger Sohn sie nicht an seinen Hof zog. Als er von ihrer Not hörte, tat er übrigens etwas zur Verbesserung ihrer Lage. (Briefe aus dem Familienarchiv des Kammerherrn v. Wurmb, Lausnitz bei Neustadt an der Orla.) Die Angaben bei Heinritz (im Archiv für den Obermainkreis II 3, S. 10) über Friedrich und seine Mutter sind also falsch.

während der Sohn in kurzem zu seiner Ausbildung nach Altorf und später auf die Universität Genf geschickt wurde; dort und auf seinen Reisen in Frankreich wird in ihm die Vorliebe für französischen Geschmack entstanden sein.[1]) Im Jahre 1731 rief ihn ein als Befehl aufgefaßter Wunsch König Friedrich Wilhelms I nach Berlin, wo er sich mit der Prinzessin Wilhelmine verloben sollte. Die Vermählung fand noch in demselben Jahre statt. Die folgenden Jahre, die das junge Ehepaar teils in den Bayreuthischen Landen, teils in Berlin oder in Pasewalk, der Garnison des Dragonerregiments, das Friedrich Wilhelm seinem Schwiegersohn anvertraut hatte, zubrachte, waren infolge der demütigenden, drückenden Armut nicht eben leicht.[2])

Eine Besserung ihrer Lage brachte der frühe Tod des Markgrafen Georg Friedrich Carl, als dessen Nachfolger Friedrich am 17. Mai 1735 die Regierung antrat.

Die älteren Geschichtsschreiber[3]) des Bayreuth'schen Landes sind sich einig über die Herzensgüte und Freundlichkeit, mit der dieser Fürst sich die Herzen seiner Untertanen gewann, auch solche, die ihm sonst nicht gerade günstig gesinnt sind. Von den neueren Darstellern urteilt Fester[4]) meines Erachtens zu sehr über ihn ab. Mag er immerhin sich „geeignet haben, der Mann einer bedeutenden Frau" zu sein, so scheint

[1]) Heinritz im Archiv für Geschichte des Obermainkreises II 2, 1 ff. Fester, die Bayreuther Schwester Friedrichs des Großen S. 59 f., 192.

[2]) Fester, a. a. O. S. 61—70; weitere Nachweise S. 192—95.

[3]) Abgesehen von den in der Einleitung Genannten, sind zu erwähnen: Vertraute Briefe über das Fürstentum Bayreuth vor und nach dem preußischen Regierungsantritt Berlin 1794, besonders S. 41, F. S. E. B(arth) Versuch einer Landes- und Regentengeschichte der beiden fränkischen Fürstentümer Ausbach und Bayreuth Hof 1796, Scherber, Gemeinnütziges Lesebuch für die Bayreuthsche Vaterlandsgeschichte I und II Hof 1796, Fikenscher, Lehrbuch der Landesgeschichte des Fürstentums Bayreuth Nürnberg 1807. Tournon, Die Provinz Bayreuth unter französischer Herrschaft; herausgegeben und übersetzt von Fahrmbacher, Wunsiedel 1900. Ein sehr wertvolles Hülfsmittel sind die „Nachrichten von der politischen und ökonomischen Verfassung des Fürstentums Bayreuth" Gotha 1780, eine Schrift, der man gleich den die Verhältnisse überschauenden, gebildeten Verfasser anmerkt. Es ist der braunschweigische Landdrost Johann Gottlob von Meyern bis zum Tod des Markgrafen Friedrich (1763) Bayreuther Kammerherr und Rat im Kommerzkolleg † 1789. Er war der bedeutend jüngere Bruder des Bayreuther Ministers und Kanzlers der Universität Erlangen, Adam Anton von Meyern Ich folge gegen Fester a. a O., der ihn S. 192 v. Meyer, S. 200 J. G. v. Mayer nennt, dem Schriftchen von Schlözer, Die Familie von Meyern, Berlin 1855, dessen Angaben ich im allgemeinen urkundlich bestätigt fand.

[4]) Fester a. a. O. S. 59 f.

mir doch das Urteil, bei ihm sei es allezeit bei dem „homme de naissance“ geblieben, ohne daß sich „mérite“ und „valeur“ dazu gesellt hätten, etwas hart zu sein. Wenn wir wohl innere Größe, die auch in kleinen Verhältnissen nicht zu verkümmern braucht, vergeblich suchen, so hat er doch seine Verdienste, namentlich um die wirtschaftliche Entwicklung der Städte Erlangen und Bayreuth[1]). Bei der Gründung der Universität Erlangen und der Akademie in Bayreuth ihm alles Verdienst abstreiten zu wollen, dürfte wohl auch zu weit gehen, und seine Bemühung um die Verschönerung seiner Residenz soll ihm nicht vergessen sein. Ueberhaupt wird ihm feiner Geschmack, großes Kunstverständnis und ein sicheres Urteil, namentlich auf dem Gebiete der Malerei nachgerühmt. Indessen, trotzdem wird man dem französischen Gesandten beim fränkischen Kreise, Ritter Folard, recht geben, wenn er meint, Markgraf Friedrich sei nicht eben ein „aigle“ an durchdringendem Verstand, aber einer der liebenswürdigsten Fürsten, die er kenne, das mache den Aufenthalt am Bayreuther Hofe so angenehm. Wie er mögen viele gedacht haben, denn es ist wohl kein Zweifel, daß nicht der Geist Wilhelmines allein die vielen fremden Kavaliere nach Bayreuth zog; auch nach dem Tode der geistvollen Frau verödeten die gastfreien Schlösser des markgräflichen Hofes nicht, wohl aber als 1763 der griesgrämige Markgraf Friedrich Christian seinem Neffen in der Regierung folgte[2]).

Freilich als Kehrseite seiner Liebenswürdigkeit und Güte ist eine bedenkliche Schwäche gegenüber den Einwirkungen seiner Umgebung nicht zu verkennen, mit der Hand in Hand eine Schwäche gegen seine eigenen Neigungen und Gelüste ging. Lebenslustig wie er war, veranstaltete er viele Feste, Vergnügungen und Reisen, deren Kosten die Einkünfte des Landes weit überschritten; dazu kam eine große Baulust, bei deren Befriedigung sein Geschmack ihn weniger zu äußerlicher Prachtentfaltung als zu einer ungleich kostspieligeren, gediegenen Vornehmheit führte. — Die Zugänglichkeit gegen den Einfluß seiner Umgebung war von nicht geringer Bedeutung für seine Politik. Doch spricht für seinen Charakter die Tatsache, daß er, obwohl immer von seinen berufenen Ratgebern oder sonstigen Persönlichkeiten seines Hofes abhängig, sich eigentlich nie u n m i t t e l b a r von unwürdigen Elementen beherrschen ließ und daß es nie zu einer Günstlingswirtschaft, wie unter seinem Nachfolger, kam. Indessen muß man an der Tatsache festhalten, daß fast

[1]) Schanz, Zur Geschichte der Kolonisation und Industrie Frankens S. 83 ff.
[2]) Schlözer a. a. O. S. 57.

alle Entscheidungen in letzter Linie nicht auf Friedrich, sondern auf die jeweilig einflußreichsten Persönlichkeiten zurückzuführen sind, denen wir deshalb im Folgenden immer Beachtung schenken müssen.

Allzeit von großem Einfluß auf Friedrich war seine Gemahlin Wilhelmine, jene viel umstrittene Schwester Friedrich des Großen[1]). Wenn auch beiweitem noch nicht alles Material zu ihrer Beurteilung gedruckt vorliegt und vor allem nur ein kleiner Teil ihrer Briefe zugänglich ist[2]), so muß man doch unter Benützung des wenigen, so schwer es auch ist, den eigensten, wahren Triebfedern ihrer Handlung nachzugehen versuchen, dabei aber im Auge behalten, welch eigenartige Lebensschicksale dieser Frau beschieden waren.

Welche Gefühlsroheit spricht aus der Beurteilung der Eltern und Geschwister in den Memorien! Man kann es fast nicht glauben, daß diese Worte eine Tochter geschrieben und — andere hat abschreiben lassen. Wie verlogen und falsch ist die Geschichte ihrer Jugend, wie verzerrt das Berliner Hofleben dargestellt! Und doch finden sich an einzelnen Stellen weichere Töne, die ahnen lassen, daß sich in wunderlichem Zusammentreffen mit dieser entsetzlichen Roheit und Verlogenheit eine rührende Gemütstiefe in diesem Frauenherzen auftun kann. Wie soll man sich das erklären?

Droysen[3]) hat sich zur Beurteilung Wilhelmines nur an ihre Memoiren gehalten. Stimmten mit dem Bilde, das er sich von der Verfasserin machte, ihre Briefe nicht überein, so sagte er kurz entschlossen: Seht die Lügnerin und Heuchlerin! Fester hat mit dem Eifer, den nur die innere Teilnahme geben kann, die überlieferten Äußerungen ihres Seelenlebens zu einem entzückenden Charakterbild zusammengestellt. Um hinter das psychologische Rätsel der Memoirenschreiberin zu kommen, wollte er die Memoiren zunächst ausgeschaltet sehen. Aber hat er damit nicht eine der wichtigsten Quellen zur Erkenntnis der Persönlichkeit unbenutzt gelassen? Mußte er beim Übergehen der Anklageschrift, die Wilhelmine sich selber geschrieben, nicht die Angeklagte freisprechen, die

[1]) Fester, a. a. O. bespricht die bisherige Literatur S. 9—22 und passim.

[2]) In den Oeuvres Friedrichs des Großen edidit Preuss XXVII 1. Abt., in der P. C. und bei Mrs. Burrell, Thoughts for Enthusiasts at Bayreuth 1888—91. Näheres über dieses nur in 100 Exemplaren gedruckte Werk — ich durfte das Exemplar des Berl. St.-A. benutzen — bei Fester a. a. O. 225 ff., andere Briefe in den Oeuvres de Voltaire (Moland) und sonst zerstreut. Die im Hausarchiv zu Charlottenburg aufbewahrten Briefe wurden mir nicht vorgelegt.

[3]) Geschichte der preußischen Politik IV_4.

Freigesprochene aber dem Leser vorführen, in dem bezaubernden Reize einer Frau, zu deren feinem Geist sich edle Weiblichkeit gesellte? — Wer von der Markgräfin nur die Briefe der beiden letzten Jahre ihres Lebens kennt, wird Fester rückhaltlos beipflichten, wer aber die Memoiren gelesen und einen Einblick in ihre Intriguen während ihres „siebenjährigen Krieges" — der Zeit des Zerwürfnisses mit dem königlichen Bruder — gewonnen hat, wird es an Einwendungen nicht fehlen lassen können. Er wird die Empfindung haben, daß das Geheimnis dieser Frau noch nicht ergründet ist.

Wenn wir es im folgenden auch vornehmlich nur mit Wilhelmine zu tun haben, wie sie in den Jahren 1756—58 war, so müssen wir doch versuchen, uns vorzustellen, wie sie geworden ist. Vielleicht gelingt es dem künftigen Biographen zu zeigen, wie das tiefe Gemüt dieser reich veranlagten Frau unter des Lebens Not, unter der Zuchtrute, des brutalsten der Väter, unter dem Opfer der aufgezwungenen Vermählung mit dem kleinen Reichsfürsten, unter den Demütigungen der Armut in den ersten Jahren ihrer Ehe, unter dem peinigenden Zweifel an der Treue des Gatten in den folgenden Jahren verbittert — nicht getötet wurde. Es wird sich dann vielleicht herausstellen, daß sie sich in diese Verbitterung immer tiefer hineinredete und — hineinschrieb, daß unter den Intriguen des kleinen Bayreuther Hofes, die sie großen Teils selber verschuldete, ihr Herz gar keine, ihr wissensdurstiger Geist nur spärliche Nahrung fand, daß sie dann aber — dem geistigen Bankrott nahe — sich auf sich selbst besinnt, indessen zu schwach ist, sich aus ihrer Not zu erheben. Doch die Jahre des Irrens und Fehlens — so wird sich dann wohl zeigen — sind ihr zu Jahren der Läuterung geworden! Deshalb erkennt sie jetzt den Weg, den sie fortan einschlagen muß: sie flieht zu dem Bruder und Freund, der allein sie vor ihr selber retten kann, zu dem großen Friedrich. Es war der entscheidende Entschluß ihres Lebens. In der Hingebung reiner schwesterlicher Liebe kann sie sich fortan zu der sittlichen Persönlichkeit entfalten, zu der sie ihrer reichen Natur nach bestimmt war. Doch — und das ist die Tragik dieses Lebens — als die Zeit kommt, wo sich ihre starke Liebe betätigen kann, da wird der kranke Leib von dem Feuer des Geistes vorzeitig zerstört.

So mächtig der Einfluß Wilhelmines auf ihren Gemahl auch wirkte, so darf man doch nicht annehmen, sie selbst sei eine in sich so starke, gefestigte Persönlichkeit gewesen, daß sie sich nicht von andern lenken ließ. Ganz im Gegenteil; es ist sogar ein wichtiges Moment

in der Analyse ihres Charakters und bei der Erzählung ihres Lebenslaufes, daß sie sich allzusehr fremder Beeinflussung hingab. Andrerseits darf man, wenn man den Ursachen der politischen Maßnahmen des Markgrafen nachgeht, nicht vergessen, daß außer Wilhelmine und ihrer Gefolgschaft auch andere Persönlichkeiten bestimmend auf ihn einwirkten. Das Parallelogramm der verschiedenen teils für, teils gegen einander wirkenden Kräfte hat als Resultante die Linie, der der Markgraf in seiner Politik folgte, wobei dessen ureigene Meinung nicht mehr als eine, oft recht wenig gewichtige Komponente zu verspüren ist.

Sehe ich recht, so spielen in den ersten Jahren, in denen der Markgraf vor eine schwerwiegendere Entscheidung gestellt ist, nämlich zu Beginn des österreichischen Erbfolgekrieges zwei Persönlichkeiten am Hofe eine besondere Rolle: Adolf von Bergkhofer und Daniel von Superville, der eigentliche Gründer der Universität Erlangen.[1]) Letzterer war als Leibarzt der Markgräfin an den Hof gekommen, an dem er sich, dank seiner feinen Bildung, seinem vielseitigen Wissen, seiner Tatkraft und seiner idealen Bestrebungen großes Ansehen verschaffte, aber um seiner höfischen Erfolge willen, auch viele Feinde machte. Er haßte Friedrich den Großen, unzweifelhaft aus persönlichen Gründen; er konnte dem Kronprinzen und späteren König ein Spottgedicht nicht verzeihen, das ihn in seiner Eitelkeit tief verletzt hatte. Wenn wir ihn in den Jahren 1742 und 1743 und auch noch später in engen Beziehungen und politischem mündlichen und schriftlichen Meinungsaustausch mit dem österreichischen Gesandten Graf Carl Cobenzl sehen, wenn wir beobachten, wie er sich alle Mühe gab, die Freunde des Königs von Preußen am Bayreuther Hof auszuschalten, so dürfen wir den Memoiren Wilhelmines glauben, die berichtet, mit welchem Haß gegen Kronprinz Friedrich er 1739 nach Bayreuth gekommen sei. Superville war bei der Markgräfin mehr beliebt als bei ihrem Gemahl; bei letzterem suchte er sich ein Werkzeug in dem Geheimrat v. Lauterbach und dem geheimen Referendar Philipp Andreas Ellrod zu schaffen. Das Unglück aber wollte, daß, sei es infolge einer wirklichen Verfehlung, sei es durch eine Intrigue der Gegner, diese beiden Männer die Gunst des Markgrafen verloren und in vorübergehender Störung ihrer später glänzenden Karriere auf die Festung Plassenburg geschickt wurden.[2])

---

[1]) Vergl. Sehling, Daniel v. Superville. Das Kanzleramt an der Universität Erlangen. Leipzig 1893. Dazu Fester, a. a. O. S. 111 ff. und Anmerk.

[2]) Über diese dunklen Verhältnisse vergl. Memoires de la margrave de Bareith (Brunswick 1810) II 280—82. Die Markgräfin löst ihr Versprechen, bei Erzählung

Der erfolgreiche Nebenbuhler[1]) Supervilles um Gunst und Einfluß war der erste Minister und Reichsgesandte des Markgrafen, Adolf von Bergkhofer, dessen Vater, angeblich aus Livland eingewandert, schon eine hohe Stellung am Markgrafenhofe eingenommen hatte; er war ein gewandter, Bestechungen nicht eben unzugänglicher, doch im Grunde seinem Herrn treu ergebener Diplomat. In seinem Ehrgeiz, in der Welt eine Rolle zu spielen, verlockte er den Markgrafen zu einer Politik, die nicht im rechten Verhältnis zu den Kräften des Fürstentums stand. Schon zur Zeit Kaiser Karls VI. war er ein heftiger Gegner der österreichischen Politik gewesen, daß sogar die kaiserlichen Gesandten für mehrere Jahre den diplomatischen Verkehr mit ihm abbrachen.[2]) Im Jahre 1741 widersetzte er sich mit Erfolg für Bayreuth und dank der Unterstützung Ansbachs für den fränkischen Kreis, der von Maria Theresia geplanten neuen Assoziation der vorderen Reichskreise: Der weltliche Abgeordnete Frankens, Bergkhofer, erschien nicht auf dem Frankfurter Assoziationstag! Der Markgraf und Bergkhofer wurden nicht müde zu erklären, daß der Bund der vorderen Reichskreise mit dem Tode Karls VI. erloschen sei, mithin kein Fürst durch Majoritätsbeschluß gezwungen werden könne, fernerhin beizutreten. Mit dem gleichen Schlagwort arbeitete der bayerische Gesandte beim schwäbischen Kreise gegen die Erneuerung der Assoziation, sodaß der „ungarische" Gesandte beim fränkischen Kreise, dem die gleiche „Sprache" Bayerns und Bayreuths auffiel, seufzte: „Gott gebe, daß nur nicht geheime Bündnisse darunter verborgen liegen." So weit war es im Sommer 1741 noch nicht; vorerst arbeitete Bergkhofer an einem Bündnis der markgräflich brandenburgischen Häuser mit den Landgrafen von Hessen und den Herzögen von Sachsen zur Abwehr der von Österreich so dringend geforderten Assoziation, die das Reich in den Krieg Maria Theresias mit Preußen zu reißen drohte. Als dies Projekt fehl schlug, und als zu Ende des Jahres die Parteiverhältnisse sich dahin aufklärten, daß die Wahl des Kurfürsten von Bayern gesichert war, da war es das Gegebene, daß

---

der Vorfälle des Jahres 1740, den Ausgang dieser Intriguen zu berichten, nicht ein. Nur geringe Ergänzungen gibt der Bayreuther Chronist sowohl in der Bayreuther Stadtchronik als auch in der Biogr. Ellrods. Über die Beziehungen Supervilles zu Ellrod berichtet der österreichische Gesandte Graf Cobenzl und Baron Widmann des öfteren.

[1]) Superville an Cobenzl 10. April 1743. Beilage zum Bericht Cobenzls (v. 16. Apr. 1743). Dort nennt Superville den inzwischen verstorbenen Bergkhofer „mon défunt antagoniste".

[2]) Colloredo an Karl VI. 4. Sept., 3. Dez. 1737, 8., 24. Aug. 1739.

die Gegner der Assoziation an dem Thronanwärter und späteren Kaiser Karl VII. einen Rückhalt suchten.

Zu Beginn des Jahres 1742 reiste Karl Albert von Bayern durch Bayreuth incognito, und wie die Markgräfin boshaft bemerkt, in so dürftigem Aufzug, daß man ihn nicht erkannte. Erst als ein Kavalier des Gefolges die Entschuldigung des Kurfürsten, daß er sich nicht aufhalten könne brachte, habe man erfahren, wer der durchreisende Fürst gewesen sei. Der Markgraf ritt nun Karl Albert nach, machte seine Aufwartung und gab seiner Anhänglichkeit Ausdruck. Nach einer halbstündigen Unterredung setzte Karl Albert seine Reise nach München fort, während Friedrich zurückritt.[1]) Vielleicht, daß schon bei diesem Zusammentreffen die ersten Verabredungen über den Vertrag genommen wurden, dessen Präliminarien am 9. März 1742 in Frankfurt zustande kamen.[2])

[1]) Tagebuch Kaiser Karls VII. (edid. Heigel) S. 40 Memoires de la margrave de Bareith II 309.

[2]) Kopie des Präliminarvertrages Berl. St.-A. Rep. 44 K. K. K. 2 d. An der Ratifikation des Vertrages zweifle ich nicht, obwohl trotz Nachforschungen in allen in Betracht kommenden Archiven keines der beiden Originale des Vertrages ermittelt werden konnte. Bezüglich des Exemplars Karls VII. ist das nicht zu verwundern, da sehr viele Akten aus den Jahren 1742—45 verloren gegangen sind (Vergl. Heigel, Quellen und Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns I S. 265 a), aber auch bezüglich der Bayreuther Akten habe ich sehen müssen, daß sehr viel verloren gegangen oder zerstreut ist. Wilhelmine erzählt in ihren Memoiren, die in mehreren Redaktionen vorliegen, (vergl. Droysen, Geschichte der preußischen Politik IV 4 S. 51 ff.) nach der Braunschweiger Ausgabe (3. Fassung d. 2 Redaktion) II 323, der Markgraf habe den Vertrag gebrochen (Ces raisons . . . . engagèrent le Margrave à rompre ce traité), nach der deutsch erschienenen Tübinger Ausgabe (II S. 222): „Diese Gründe . . . . vermochten den Markgrafen die Verhandlung abzubrechen." Dieser, ihren Gemahl mehr schonende Ausdruck (oder liegt ein bloßer Übersetzungsfehler vor?) paßt vielmehr in die ganze Tendenz der ersten Redaktion, ist aber gegenüber anderen Zeugnissen nicht beweiskräftig. Auffallend ist nun allerdings, daß der österreichische Gesandte Graf Cobenzl am 18. Sept. 1742 seiner Herrin berichtet, daß, obwohl Bergkhofer den Vertrag „schon vor richtig gehalten" habe, das Abkommen doch mit dem Breslauer Frieden zurückgegangen sei, was also, da Bayreuth noch in Beziehung zu Karl VII. blieb, einem „rompre la négociation" gleich käme. Wenn man aber mit Droysen IV 4 S. 83 annimmt, daß die erste Redaktion der Memoiren 1742 abgeschlossen worden sei, so kann man wohl mit Recht auf irgend einen Zusammenhang zwischen der Angabe der Markgräfin und der Cobenzls, der damals das engste Vertrauen Wilhelmines genießend, mehrere Wochen bei Hofe lebte, schließen. Von wem sollte der Gesandte überhaupt von dem Vertrage gehört haben, als von der Markgräfin oder ihrer vertrauten Umgebung? — Das wirkliche Zustandekommen des Vertrages ergibt sich aus der Darstellung im Tagebuch Karls VII (S. 53), aus dem Briefe Friedrichs II an Wilhelmine (Oeuvres

In diesem Abkommen verpflichtet sich der Markgraf dahin zu wirken, daß der fränkische Kreis 3 Simpla des verfassungsmäßigen Kontingents dem Kaiser zwecks Herstellung des Friedens zur Verfügung stellte, würde der Kreis dazu nicht zu bewegen sein, so wird der Markgraf für seine Person dem Kaiser sein Kontingent überlassen und außerdem wird er „consilio et auxilio" auf dem Reichstag die Absicht des Kaisers, den Frieden herzustellen, unterstützen. Dagegen verpflichtet sich der Kaiser vornehmlich dazu, das Seine zu tun, daß der Kriegsschauplatz von Franken fern bleibt; als König von Böhmen belehnt er ihn mit Markt-Redwitz und den sogenannten Eger'schen Censiten und erteilt ihm die Anwartschaft auf alle niederen adeligen und gräflichen Lehen in Franken, die vom Reich und von Böhmen ausgegeben sind, bis der Markgraf einen jährlichen Ertrag von 20000 fl. davon hat. Nach dem Friedensschluß erteilt er ihm jus de non appellando, wie es die Herzöge von Sachsen genießen [1]).

König Friedrich II. erhielt Mitteilung von dem Vertrag; in der Absicht, möglichst bald aus dem Kriege auszuscheiden und in besserer Erkenntnis der zukünftigen Gestaltung der Dinge, hielt er das Abkommen für voreilig; in verwandtschaftlicher Teilnahme meinte er, man hätte ihn doch fragen sollen, wie man sich bei einem Onkel in einer Handelsgesellschaft Rat holt, ob man seine Aktien verkaufen oder behalten solle. Der Markgraf verteidigte seine Entscheidung damit, daß er einerseits dem König durch Anschluß an dessen Bundesgenossen einen Dienst habe leisten wollen, andrerseits aber damit, daß er, wenn er einen Vorteil haben wolle, schnell habe Partei ergreifen müssen. Der König blieb aber in freundlicher Antwort dabei, daß der Schritt übereilt sei. Niemand hört gerne den Vorwurf der Unüberlegtheit, auch wenn er sich nachher als richtig

XXVII 1, 107 f.), in dem der Vertrag getadelt, nicht aber vor der Ratifikation gewarnt wird und endlich aus folgendem Umstand: Als der Kreisgesandte des Markgrafen, Frhr. v. Montmartin auf dem Kreistage ohne besondere Instruktion für die Abgabe der vom Kaiser geforderten Kanonen Nürnbergs stimmte, suchte Cobenzl, der davon hörte, ihn „als einen wider Befehl und Instruktion agirenden publiquen Ministre äußerst zu verschwärzen". Daraufhin zog der Markgraf Montmartin zur Verantwortung; der Kreisgesandte verteidigte sich nicht ohne Erfolg damit, „daß er nichts anderes getan, als was Ihro Durchlaucht Staats principiis nach deren mit dem kays. Hofe genommenen Engagement gemäß ist". (Graf Törring an Karl VII. 12. Jenn. 1743.)

[1]) Die abweichenden Angaben der Markgräfin sind tendenziös; sie sollen offenbar beweisen, daß der Kaiser den Markgrafen übervorteilt habe. Ich glaube annehmen zu können,. daß sich darin der Einfluß des Grafen Cobenzl zeigt, der der Markgräfin auseinanderzusetzen suchte, wie unvorteilhaft das Abkommen für ihren Gemahl sei.

herausstellt, am wenigsten von der Seite, der man einen Gefallen zu tun glaubte. So ist es begreiflich, daß der Briefwechsel über diesen Vertrag eine Verstimmung zurückließ.[1])

Indessen war Cobenzl rüstig an der Arbeit, den markgräflichen Hof für die Wünsche Maria Theresias zu gewinnen; bei der Stimmung des Markgrafen und dem Einfluß Bergkhofers und seines Schildträgers, des Kreisgesandten Friedrich Samuel von Montmartin, war nicht daran zu denken, auf gradem Wege zum Ziel zu kommen. Es galt vielmehr durch Intriguen diese beiden Ratgeber zu stürzen. Zu dem Zweck wußte er sich in die Gunst der Markgräfin zu setzen und eine österreichisch gesinnte Hofpartei zu bilden, wobei dem feinen, gebildeten und galanten Diplomaten die einflußreichen Hofdamen[2]) der Markgräfin Fräulein von Sonsfeld und ihre Nichten von der Marwitz eben recht waren. Die eine von ihnen, Wilhelmine Dorothee, stand schon in dieser Zeit und in den folgenden Jahren in recht vertrauten Beziehungen zum Markgrafen, vielleicht war sie sogar seine Mätresse.

Bereits im März 1741[3]) war es Cobenzl gelungen, sich der Markgräfin zu nähern, sie vertraute ihm an, daß, obwohl sie eine „tendre" Schwester des Königs in Preußen sei, sie dennoch ein anderes Verfahren von ihm gegen Maria Theresia, von der sie in „genug zärtlichen respectuosen expressionen" sprach, gewünscht hätte. Enger noch wurden die Beziehungen im Laufe des Sommers 1742; daher kann es Cobenzl nur bedauern, daß die Markgräfin, die er als „eine sehr erleucht und Vernünftige Fürstin" bezeichnet „von festins und Lustbarkeiten so eingenohmen ist, daß sie sich allzeit weniger um die Affairen bekümmert". Immerhin hatte sie ihren Gemahl fast soweit gebracht, daß Bergkhofer und Montmartin entlassen werden sollten. Doch machten die Bedrohten von den Ausschreitungen der Truppen des österreichischen Generals Nadasdy, der im August in Franken einfiel, so guten Gebrauch, daß der Markgraf vorderhand noch an ihnen und damit an seiner kaiserfreundlichen Politik festhielt, wenn er auch seinen Vertragspflichten Karl VII. hinsichtlich seiner Truppen nicht nachkam.[4])

[1]) Oeuvres XXVII. 1, 107., Berl. St.-A. Rep. 44 K. K. K. 2 d.

[2]) Wie vertraulich eng die Beziehungen des Gesandten zu den Damen des Hofes waren, zeigen die Briefe in der großen Korrespondenz (Wien. St.-A.) in denen er unter anderm beauftragt wird, sie mit den neuesten Toilette-Errungenschaften der Wiener Mode zu versehen.

[3]) Cobenzl an Maria Theresia, Bayreuth 16. März 1741.

[4]) Törring an Karl VII., Nürnberg 31. Aug. und 3. Sept., Cobenzl an Maria Theresia, Nürnberg 6. und 13. Sept., Erlangen 18. Sept. 1742.

Die Hinneigung der Markgräfin zu Österreich aber wird immer auffallender; sicher ihrem Einfluß hatte es Cobenzl zu danken, daß als 2. Gesandter beim Kreistag neben Montmartin der österreichisch gesinnte von Muffel beglaubigt wurde. Ja, ihre Sympathie für Maria Theresia steigerte sich bis zur Feindseligkeit gegen ihren Bruder Friedrich, indem sie zur Verbreitung des Gerüchtes beitrug, als plane der König die Annexion Nürnbergs und Hamburgs.[1])

Obwohl jedoch Cobenzl über 2 Monate in Erlangen bei Hofe weilte und enge Beziehungen zu Superville und der Sonsfeld, der „favoritin" der Markgräfin unterhielt,[2]) gelang es ihm doch nicht den Einfluß Bergkhofers zu brechen. Erst der plötzliche Tod dieses Ministers hatte den Umschwung der Verhältnisse zur Folge; die Sympathie für Österreich trat in den folgenden Jahren deutlich hervor, wenn auch der Kreisgesandte Montmartin, der — vermutlich bestochen — in unerlaubt vertraulicher Korrespondenz zu dem bayerischen Minister von Praidlohn stand,[3]) an seinem Posten nach Kräften für die Interessen Bayerns eintrat; auch der, mit der Bayreuther Stimme auf dem Reichstag betraute Hessen-Casselsche Gesandte v. Heringen gab mitunter seiner persönlichen Sympathie für den Kaiser und für Preußen freundlicheren Ausdruck als der Markgraf wollte. Wie der Bayreuther Hof dachte, zeigte sich aber vor allem darin, daß er der von König Friedrich im Jahre 1753 geplanten neutralen Fürstenassociation nicht beitrat.[4]) Indessen war der Markgraf und seine neuen Vertrauten Minister von Rothkirch, von Mayern und von Lauterbach nicht geneigt allen Wünschen, die von Wien kamen, nachzugeben, namentlich sträubten sie sich noch immer gegen den nie ganz aufgegebenen Plan, einer Erneuerung der Association der vorderen Reichskreise zur Bekämpfung der Franzosen. Die Folge war eine zeitweilige Kühle Maria Theresias

---

[1]) Cobenzl an Graf Sinzendorff, Erlangen 24. Okt. Cobenzl an Maria Theresia, Erlangen 2. Nov. und 17. Dez. 1742 bei Arneth, Maria Theresia II 530; daß Arneth diese letzteren Berichte irrtümlich statt ins Jahr 1742 ins Jahr 1743 setzt, hat schon Fester erwähnt.

[2]) Enge Beziehungen zu Superville gehen aus einem sehr vertraulichen Briefe des Arztes an den Gesandten vom 17. Jan. 1743 hervor, in denen es sich um den Sturz Montmartins handelt. Die Beziehungen zu der Sonsfeld zeigt die eifrige Fürsprache Cobenzls für deren Neffen, den Grafen Burghaus, um dessen Beförderung in Wien Cobenzl den Großherzog Franz bittet. Nürnberg 21. Sept., an Graf Sinzendorff, Nürnberg 13. Oktober.

[3]) Siehe S. 4 f.

[4]) P. C. II. 473.

gegen den markgräflichen Hof.[1]) Erst die Entlassung[2]) Montmartins im Juni 1745 und die Ernennung Ellrods, des Schützlings Supervilles, zum Kreisgesandten und die bekannte Aufwartung,[3]) die der Markgraf und die Markgräfin am 19. (20.?) September im Emskirchen Maria Theresia machten, bewiesen von neuem, wie man in Bayreuth dachte. Die Feindschaft gegen Preußen wurde fortgesetzt geschürt durch die Gräfin Burghaus, geborenen Wilhelmine Dorothee von der Marwitz, die trotz ihrem zeitweise zweideutigen Verhältnisse zum Markgrafen, ihr Ansehen bei der Markgräfin nicht einbüßte.[1]) Da die reiche Erbin gegen den Willen des Königs in Preußen den Grafen Bürghaus, einen

---

[1]) Superville an Cobenzl, Bayreuth 8. Aug. 1743: Mdme la Margrave m'a chargée de vous faire bien des complimens et de vous assurer que quoique nous passions pour grands hérétiques, nous sommes pourtant orthodoxes. Que n'êtes-vous içi, Monsieur, pour en être convaincu par vos yeux! Il est vrai, que la conduitte infidelle des ministres [Montmartin und Heringen] a causé ce soubçon contre nous, mais il est vrai aussi, que l'abandon, où vous nous aves laissé en vous adressant à Seul Evèque [von Bamberg und Würzburg!] comme s'il étoit le seul maitre de ce cercle nous a rendu plus tièdes et plus reservés, parceque nous nous opposerons continuellement à tout ce que pourroit avoir l'aire de la moindre supériorité .... Wien. St.=A. Große Korresp. 282.

[2]) Bamb. Kr.=A., Märckeriana 2325.

[3]) Nach dieser Zusammenkunft schrieb Freiherr von Hagen, der Nachfolger Cobenzls am 12. Okt. 1745 an Maria Theresia: „.... Es ist nicht zu beschreiben, mit was für Verehr= und Hochachtung sie (Wilhelmine) von Ew. Kayſ. Maj. allerhöchsten persohn gesprochen, bey welcher Gelegenheit die Markgräfin sagte, ob sie schon wüste, daß der König von Preußen wegen diesser Unterredung ihr empfindlich schreiben würde, sie doch untröstlich seyn würde, die Gelegenheit mit Allerhöchst Dieselbe bekandt zu werden, versäumt zu haben ....“

[4]) Es ist hier nicht der Ort, die Verhältnisse dieser Dame näher zu untersuchen; soviel muß ich aber ohne die Belege hier in extenso geben zu können, sagen, daß in den vielen Berichten dreier österreichischer Gesandter stets der große Einfluß der Burghaus auf die Markgräfin, nur einmal aber nahe Beziehungen des Markgrafen zu ihr (und auch da braucht man nicht an ein unerlaubtes Verhältnis zu denken) erwähnt werden. Hagen an Maria Theresia, 12. Okt. 45; 26. Mai 1746, Cobenzl an Maria Theresia, Nürnberg 22. Okt., 28. Okt., 2. Nov.; 6. Nov. 1746, Freiherr von Widmann an Maria Theresia 8. Juni, 6. Sept., 16. Sept. 1747, 19. Febr. 1748. In den Berichten Widmanns ist natürlich nur von der früheren Freundschaft der Markgräfin zur Burghaus, die am 16. Sept. 1747 als das „Opfer der Versöhnung (Wilhelmines) mit dem König“ bezeichnet wird, die Rede. Am 24. Jan. 1748 berichtet Widmann dem Staatskanzler Grafen Uhlfeld, daß bei einer sehr schweren Krankheit der Markgräfin „die Frau Gräfin von Burghausen anderthalb Stunden bei ihr allein gewesen ist, um dem allgemeinen Mutmaßen nach, sich mit ihr zu versöhnen.“

Oberst in österreichischen Diensten geheiratet hatte, so hatte ihr der König ihre Renten gesperrt und damit sie und ihren Gemahl, der seit langem keinen Sold von seinem Regiment bezog, bitterer Not ausgesetzt und auf die Gnade des Markgrafen und seiner Gemahlin angewiesen. Aus Rache benutzte sie stärker als in früheren Jahren ihren Einfluß, um die Markgräfin und somit indirekt den Markgrafen zu einer König Friedrich abgeneigten Haltung zu bewegen. Und nur zu sehr hatte sie, dank der Lenkbarkeit Wilhelmines, den gewünschten Erfolg. Erst mit dem wachsenden Einfluß des Ministers von Rothkirch, der als Charakter ebenso hoch anzuschlagen ist, wie als besonnener Lenker der Politik des kleinen Staates, begann sich der Markgraf seit Ende des Jahres 1746 wieder den Interessen seines Schwagers zuzuwenden. Als dann vollends die Markgräfin im Frühjahr 1747 reuevoll zum Herzen ihres Bruders floh und, seine Verzeihung findend, durch eine Reise nach Berlin die Aussöhnung besiegelte, da war es mit der österreichfreundlichen Politik des Bayreuther Hofes vorbei. Die gefährliche Intrigantin, Gräfin Burghaus, und ihr inzwischen zum Generalmajor aufgestiegener Gemahl wurden bald darauf vom Hofe beseitigt und nur solche Persönlichkeiten konnten bei der fortan unerschütterlichen Anhänglichkeit Wilhelminens an ihren Bruder, zu Ansehen kommen, die einer preußenfreundlichen Politik das Wort redeten.[1]) Unter diesen ist besonders ein französischer Cavalier Marquis von Montperny,[2]) der seit 1746 am Bayreuther Hof weilte, zu erwähnen. Er war Obersthofmarschall und übte zu Beginn der fünfziger Jahre in persönlichen und politischen Fragen einen fast unumschränkten Einfluß aus, daß alle „Wohlgesinnten (d. h. österreichisch Gesinnten) über ihn seufzten.“ „Er hat“ schreibt Widmann am 21. August 1751 an Maria Theresia, „nicht nur die

---

[1]) Daß mit der Sinnesänderung der Markgräfin der endgültige Weggang Supervilles von Bayreuth Frühjahr 1748 zusammenhängt, glaube ich verneinen zu können. Der Einfluß Supervilles in politischer Beziehung war gesunken, die Freundschaft zu Wilhelmine erkaltet. Gesundheitsrücksichten legten ihm einen Aufenthalt im Haag nahe.

[2]) Vergl. über ihn Fester a. a. O. 103 f. (wohl nicht ganz richtig) und vor allem S. 200 f. Er machte sich im Lande verhaßt, sodaß die abenteuerlichsten Gerüchte über ihn Glauben fanden; so machte ihn die öffentliche Meinung zu einem „gewesenen Schuhknecht“ (Chronik der Stadt Bayreuth). Das Gerücht, er habe dem markgräflichen Hofe Silbergeschirr entwendet (Heinritz, Beiträge z. Gesch. v. Bayreuth [1839] S. 3), verdient, wie schon Fester bemerkt hat, keinen Glauben. Den Anlaß dazu mag die Sendung des markgräflichen Geheimsekretärs nach Paris gegeben haben, der die Papiere des dort im Sommer 1754 schwer erkrankten (und gestorbenen?) Marquis bergen sollte. Widmann an Kaunitz, Nürnberg 26. Juni und 6. Juli 1754.

Markgräfin, sondern auch nunmehro den Markgrafen gänzlich eingenommen und fast bezaubert." Neben ihm lebten noch eine Reihe anderer Franzosen, die bei der Vorliebe des fürstlichen Ehepaars für französische Bildung und bei der Lenkbarkeit desselben einen großen Einfluß ausübten, in der Bayreuther Residenzstadt. Dem französischen Gesandten Folard gelang es unter Ausnutzung der Hinneigung Friedrichs und Wilhelmines zu dem preußisch-französischen Bündnis und vor allem auch des persönlichen Wohlwollens, mit dem er bei Hofe aufgenommen wurde, eine ähnliche Rolle in Bayreuth zu spielen, wie einst Graf Cobenzl. Vollends obenauf war er, als es dem bei seiner Verschwendung immer in Geldnot steckenden Fürsten gelang, sich französische Subsidien zu verschaffen. Die Verhandlungen über einen dahin zielenden Vertrag scheinen schon im Laufe des Jahres 1750 begonnen und damit zugleich den seit Jahren schwebenden Verhandlungen mit Holland [1]) wegen Ueberlassung eines Regimentes, ein definitives Ende bereitet haben; doch liegen Aktenstücke erst aus dem Mai 1751 vor.[2]) Bei dem fortdauernden Gegensatze zwischen Österreich und den Seemächten auf der einen, Preußen und Frankreich auf der anderen Seite, suchten namentlich die außerdeutschen Mächte den kleinen deutschen Staaten ihre Truppen abzukaufen, um sich dadurch auf deutschem Boden ein Heer zu unterhalten, oder um wenigstens die Gewißheit zu haben, daß die Gegner es nicht in allzubedrohlicher Weise tun könnten. So wurde Tyrconnel, als er auf seinen Berliner Gesandtschaftsposten abreiste, vom Versailler Hof geboten, er solle dem König von Preußen französische Geldunterstützung versprechen, wenn er die Truppen verschiedener deutscher Fürsten, darunter die des Markgrafen von Bayreuth in seinen Sold nähme.[3]) Der König zog es aber vor, daß Frankreich direkt mit den Fürsten Subsidienverträge abschlösse; bezüglich Bayreuths übernahm er die Vermittlung. Die

[1]) Über diese Verhandlungen mit Holland fand ich nur Andeutungen in den Berichten der österreichischen Gesandten, ferner in den Bayreuther Kreisakten und in einem Brief König Friedrichs an Markgraf Friedrich vom 10. Juli 1747, in dem vor einem Abkommen mit Holland in strengem Tone gewarnt wird, und dessen Antwort vom 12. Aug., durch die für die „utiles leçons" gedankt wird. (Berl. St.-A. Rep. 44 K. K. K. 2 D.) Die Verhandlungen wurden mündlich geführt in Bayreuth durch den holländischen Oberst v. Wartensleben und vielleicht im Haag durch Superville.

[2]) Berl. St.-A. Rep. 96, 99 D. Fol. 180 und Staatsvertr. Brandenburg—Franken Nr. 11 Titel 2 Fol. 116. Hervorgehoben sei ein Aktenstück von Ende Mai: Réponse aux propositions de Son Altesse Rle Madame la Margrave de Bareuth.

[3]) Recueil des instructions XVI 418 f., vergl. auch 423 f. und 432.

Verhandlungen, in denen in nicht ungeschickter Weise von Seiten des Markgrafen die Forderungen gesteigert und größtenteils durchgesetzt wurden, fanden ihren Abschluß am 12. August 1751; die an diesem Tage unterzeichneten Präliminarien wurden im September ratifiziert. In dem Vertrage verpflichtet sich der Markgraf, ein Infanterie-Regiment von 1500 Mann für den König von Frankreich bereit zu halten, wofür er im Frieden jährlich 45000 Taler, im Kriege außer einer einmaligen Summe von 25000 Taler das dreifache, also 135000 Taler erhalten sollte.

Rothkirch, der stets seinen festen Überzeugungen folgend, dem Markgrafen eine vorsichtige, keine der großen europäischen Parteien verletzende Politik anriet, war nicht für ein derartiges Abkommen, was ein Sinken seines Einflusses zur Folge hatte; an seiner Stelle trat jetzt neben Lauterbach, der mehr preußisch gesinnt war, Ellrodt, der den Mantel nach dem Winde zu hängen pflegte, mehr in den Vordergrund. Da er das letzte Jahrzehnt der Regierungszeit des Markgrafen Friedrich der eigentliche Herrscher des Landes war (1753—63), so möge eine kurze Charakteristik hier Platz finden.[1]) Ellrodt war ein Mann von außergewöhnlicher Klugheit, dem aber weder Gedankenreichtum noch höhere Ideen das Feld einer edleren Betätigung wiesen. Seinem Herrn treu ergeben, vergaß er, doch ohne seine Pflicht dabei zu verletzen, seine privaten Vorteile nicht. Er verstand es vielmehr, in Anschmiegung an die Wünsche des Markgrafen seine eigenen zu befriedigen, wobei ihm zugute kam, daß seine Neigungen, mit denen Friedrichs oft zusammen trafen. Obwohl er Geschenken jederzeit zugänglich war, ließ er sich durch sie nicht bestechen, sondern ging den Interessen seines Herrn nach und bevorzugte die Geber vor andern nicht. Von Emporkömmlingen gewöhnlichen Schlages unterschied er sich, vielleicht ebenso aus kluger Berechnung, als aus angeborener Güte, durch eine vielgerühmte Freundlichkeit gegen seine Untergebenen. So konnte es ihm nicht fehlen, daß er zahlreiche Freunde hatte; auch im Lande war er trotz der Lasten, die er ihm zur Befriedigung der äußerst weitgehenden Ansprüche des Hofes auferlegt, wie es scheint, nicht unbeliebt. An Gegnern freilich fehlte es ihm auch nicht, doch es waren nur solche, die, sei es aus persönlicher Eitelkeit, sei es zur Durchführung einer gesünderen Wirtschaftspolitik, in die von ihm und später von seinen Söhnen eingenommenen leitenden Stellen eindringen wollten.

[1]) Vergl. die Lebensbeschreibung Ellrodts im VII. Band der Landes- und Regentengeschichte. Bei seiner Erhebung in den Adelsstand hatte er seinem Geburtsnamen ein „t“ angehängt.

Schon früh war es dem ehrgeizigen Beamten gelungen, den Markgrafen und seine Gemahlin für sich einzunehmen, doch in allzukühnem Vorwärtsdrängen war er gestürzt und als Staatsgefangener auf die Plassenburg geschickt worden. Nach seiner Begnadigung schloß er sich der jeweils einflußreicheren Hofpartei an, bis er, selber Minister geworden, sich dem Markgrafen unentbehrlich zu machen wußte; seine spätere Amtsführung, namentlich während des siebenjährigen Krieges, wird zeigen, wie er in enger Anschmiegung an die Neigungen Friedrichs und Wilhelmines eine, durch Festigkeit und hohe Ziele zwar wenig imponierende, aber immerhin geschickte Politik verfolgte, dank deren es der Markgraf bis fast zuletzt mit keiner der großen Mächte gänzlich verdarb und damit sein Land vor dem allerschlimmsten Unheil bewahrte. —

Von großer Bedeutung für die späteren Geschicke der Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth, war die Erneuerung der Hausverträge der 3 Linien des Hauses Hohenzollern im Jahre 1752. Obwohl der Markgraf von Bayreuth und seine Minister bei den vorhergehenden Verhandlungen[1]) eine nicht allzu bedeutsame Rolle spielten, muß ich doch auf sie eingehen, da das Abkommen von großem Einfluß auf die Politik des Markgrafen werden sollte.

Die früheren Verträge des Hauses Hohenzollern, die Dispositio Achillea (24. Febr. 1473) und der Geraer Vertrag (11. Juni 1603)[2]) bestimmten, daß wenn die Kurlinie ausstürbe, die ältere fränkische Linie im Kurfürstentum folgen sollte; dafür sollte letztere aber ihr fränkisches Fürstentum der jüngeren Linie überlassen, doch so, daß diese damit einen besonderen Zweig auszustatten gehalten war. Ebenso sollte, falls die eine fränkische Linie ausstürbe, aus der anderen ein neuer Zweig gebildet werden, so daß also in den Kurlanden stets ein, in Franken stets zwei Fürsten herrschen müßten. Da Markgraf Friedrich von Bayreuth keinen Sohn hatte und seine Brüder bereits kinderlos verstorben, 2 Oheime aber auch ohne männliche Erben waren, so schien die Bayreuther Linie offenbar ihrem Ende entgegen zu gehen. Der Markgraf von Ansbach hatte mithin Aussicht das Fürstentum zu erben und einem (freilich vorerst noch zu erhoffenden) jüngeren Prinzen seiner Nachkommenschaft zu übertragen. Da schon fast 150 Jahre seit dem Abschluß des Geraer Vertrages verflossen waren, die Macht der Kurlinie sich indessen gewaltig

---

[1]) Nach den Akten des Berl. St.-A. 254 G. St.-Vertr. Brandenburg - Franken Nr. 18. Vergl. auch Staatsarchiv der beiden fränkischen Fürstentümer I. (1793.)

[2]) Gedruckt bei H. Schulze, die Hausverträge der regierenden deutschen Fürstenhäuser III (1883) S. 678 ff., 708 ff.

vergrößert hatte, überdies zwischen Bayreuther Prinzen und König Friedrich I schon einmal vertragswidrige Abkommen geschlossen worden waren[1]), so lag namentlich bei der vom Markgrafen Karl von Ansbach sehr gefürchteten Rücksichtslosigkeit des Königs in Preußen die Besorgnis nahe, Friedrich möchte beim Aussterben der Bayreuther Linie ohne Rücksicht auf die besseren Rechte des Ansbacher Zweiges die Hand auf die erledigte Markgrafschaft legen.

Nun entstand schon im Frühjahr 1749[2]) das Gerücht, der Markgraf Friedrich wolle sein Fürstentum an Preußen abtreten, wofür ihm die Stadthalterschaft Schlesiens übertragen werden sollte. So unsinnig das Gerede auch klingen mochte, so hielt es sich doch fast 2 Jahre; als es im Frühjahr 1751 in Münchner und Schweizer Zeitungen weiter verbreitet wurde, rief es in Ansbach die lebhafteste Erregung hervor.

Der Minister-Präsident Christof Ludwig von Seckendorff ließ den kurbrandenburgischen Reichtagsgesandten in Regensburg fragen, ob das Gerücht einen wahren Kern habe; und als er eine beruhigende Antwort erhielt, wandte er sich im August 1751 an das Berliner Ministerium und schlug ihm eine Erneuerung der Hausverträge vor. Für den in Zwistigkeiten und Formalitäten fast erstickenden Seckendorff gab es noch einige Schwierigkeiten, die kein anderer Mensch merkte, zu erledigen, dann wandte er sich im Januar 1752 nochmals hochoffiziell wegen Erneuerung der Hausverträge an die preußischen Minister Podewils und Finckenstein, während sein Herr, der Markgraf, immediat an König Friedrich schrieb. Als letzterer sich auf Gutachten seiner Minister im Prinzip für einverstanden erklärte, schlug Seckendorff in einem, nach allen Regeln klein staatlicher Rhetorik verfaßten Schreiben, eine Zusammenkunft beider Fürsten in Braunschweig oder sonst am dritten Ort und zur Verabredung der Präliminarien, die Sendung eines Ansbachischen Ministers nach Berlin vor. Der König willigte nur in letzteres ein, und so erschien denn im Februar in Potsdam, als Vertreter des Markgrafen, ein Freiherr von Hutten, der zur Ergötzung des Königs sich der weltgeschichtlichen Bedeutung seiner Sendung sehr bewußt war und in edler Würde die Verhandlung zwischen zwei so erhabenen Monarchen vermittelte. Er legte dar, wie durch ein Bündnis zwischen ihnen die Macht des Königs bis zur Donau und zum Oberrhein ausgedehnt, Frankreich vor einer österreichischen Invasion gedeckt und die Verbindung

[1]) Siehe unten S. 93 f. Fußn. 3.

[2]) Widmann an Franz I. und Maria Theresia, Nürnberg 31. März 1749.

des Kaiserstaates mit den Seemächten durchbrochen würde. Da aber die einzige, sichere Einnahmen des Markgrafen englische Subsidien (in Wahrheit erhielt er sie garnicht, sondern wünschte sie nur!) seien, so bedürfe er einer kleinen Unterstützung zum Retablissement seiner Finanzen.

Natürlich verzichtete der König auf eine so teure Machtausdehnung bis zum Rhein und zur Donau, willigte aber unter der Bedingung, daß der Markgraf sich dem französisch-preußischen System anschlösse, in die Erneuerung der Hausverträge ein. Es dauerte ziemlich lange, bis die Staatsmänner in Ansbach erkannten, daß es besser für ihren Herrn sei, wenn er den Hausvertrag ohne Subsidien erlangte, als garnichts; als sie es aber eingesehen hatten, meldeten sie sich im April wieder beim König, der sie nun auf Verhandlung mit dem Markgrafen Friedrich hinwies; er selber bat seinen Bayreuther Schwager, sich möglichst entgegenkommend zu zeigen. Unter diesen Umständen wickelten sich die Verhandlungen schnell ab; am 1. Mai kamen Ellrodt und Seckendorff in Schwabach, am 8. in Nürnberg zusammen, wo sie den Entwurf eines neuen Hausvertrages ausarbeiteten, der nach Genehmigung der beiden Markgrafen nach Berlin geschickt wurde; dort wurden nur einige, im Grunde formelle Änderungen vorgenommen. Der wesentlichste Unterschied gegen die früheren Verträge bestand darin, daß, wenn die eine der drei Linien ausstürbe, an ihrer Stelle keine neue gebildet werden sollte; die Erbfolge wurde so geordnet, daß, wenn eine fränkische Linie erlösche, die andere folgen sollte, stürbe die königliche Linie aus, so soll der Bayreuther Zweig folgen, Bayreuth aber an Ansbach fallen. In der stärksten Weise wurde besonders in der preußischen Neufassung in 12 Artikeln die Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit aller Besitzungen des Gesamthauses betont. Gegenüber dem Zugeständnis des Königs in einer beigefügten, ganz besonders streng geheim zu haltenden „näheren Verabredung“ daß in allen, auch nach Abspaltung der fränkischen Zweige, eroberten Ländern, diese erbberechtigt sein sollten, war es nicht zu viel verlangt, daß die Markgrafen auf Reichs- und Kreistagen die Interessen des Königs möglichst fördern und ohne seine Billigung keine Bündnisse eingehen sollten. Zum Schluß wurde angeordnet, daß die Zustimmung sämtlicher Prinzen der 3 Linien beigebracht und die Minister auf die Einhaltung und Verschweigung des Vertrages vereidigt werden sollten. Die beiden Markgrafen — der von Ansbach, nicht ohne noch einmal um finanzielle Vergünstigungen zu betteln — stimmten den vorgenommenen Veränderungen zu und so konnte das (von Seckendorff so getaufte) Pactum Fridericianum am 24. Juni 1752 von König von Preußen und seinen Ministern, am 11. Juli

von Markgraf Friedrich und seinen Ministern von Lauterbach und von Ellrodt und am 14. Juli von Markgraf Karl und den Ministern von Seckendorff, von Bobenhausen und von Hutten unterzeichnet und besiegelt werden.[1])

Durch diesen Vertrag war eigentlich der Politik der beiden Markgrafen eine feste Linie vorgezeichnet. Friedrich von Bayreuth hielt sich denn in den nächsten Jahren unerschütterlich an die Bestimmungen des Abkommens und unterstützte nach Kräften die preußischen Wünsche auf Reichs- und Kreistagen.

Anders Karl von Ansbach oder vielmehr Seckendorff, der seinen Fürsten vollkommen leitete. — Der Ausbruch des siebenjährigen Krieges sollte auch den Markgrafen von Bayreuth hart auf die Probe stellen, ob er sein Wort einlösen werde.

III.

Die Haltung des Bayreuther Hofes zu Beginn des Krieges.

Wir sahen, daß der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen nie aufgehört hatte. Auch das Reich war in Mitleidenschaft gezogen und viele Stände sahen sich, wenn auch in den meisten Fällen das materielle Interesse — nämlich das Streben nach möglichst hohen Subsidiengeldern — den Ausschlag für die Parteiergreifung gab, in eins der beiden Lager gedrängt. Indes nur mittelbar, nicht direkt an Österreich oder Preußen — denn von Wien und Berlin floß der Goldstrom spärlich — sondern an England oder Frankreich schlossen sie sich an. Außer Bayreuth verpflichteten sich dem Versailler Hofe die Kurfürsten von der Pfalz und von Köln und die Herzöge von Braunschweig, Wolfenbüttel und Württemberg, während England außer an dem wenig zuverlässigen Markgrafen von Ansbach, vor allem an dem Landgrafen von Hessen-Cassel und dem Bischof von Würzburg Bundesgenossen fand.[2])

Bei dieser Sachlage mußte das Reich in Mitleidenschaft gezogen werden, als sich im Jahre 1756 die eurapäischen Allianzen verschoben

[1]) Der Vertrag findet sich abgedruckt bei Schulze a. a. O. S. 740 ff.

[2]) Recueil des instructions XVI 423 f. Brunner, Wilhelm VIII. von Hessen—Kassel (Zeitschr. des Vereins für hess. Gesch. XIII, N. F.). W. Hofmann, Politik des Fürstbischofs Adam Friedrich von Würzburg und Bamberg 1756—63. München 1903 S. 15.

und England sich in der Westminsterconvention mit Preußen, Frankreich aber im Versailler Defensivvertrag mit Österreich verbündete. Damit war Frankreich, so sehr man auch in Paris deklamierte: „der König habe das politische System Europas umgewandelt, aber er hat nicht das System Frankreichs verändert",[1]) von seiner historischen Politik abgewichen; es unterstützte nicht mehr die deutschen Fürsten gegen den „Despotismus" der Kaiser, es hatte aufgehört im Hause Habsburg den schlimmsten Erbfeind zu sehen. Die deutschen Fürsten aber sahen sich vor einer ganz neuen Weltlage, in die sie sich zum Teil unter Aufgabe liebgewordener Traditionen erst hineingewöhnen mußten. Doch blieben die alten Parteischlagwörter „deutsche Libertät" und „Erhaltung der Religionsfreiheit" bestehen, nur wußte man im katholischen Lager nicht, ob die Freiheit in höherem Maße durch das Versailler Bündnis oder die Konfession mehr durch die Westminsterkonvention bedroht sei. Die protestantischen Stände hatten es, soweit ihnen diese verbürgten Rechte wirklich am Herzen lagen, leichter; sie neigten sich in der Zeit, wo man die weiteren Schritte der Mächte abwartete, mehr zu Preußen. Wenigstens glaubt die Markgräfin Wilhelmine am 26. Juni 1756 ihrem Bruder versichern zu können: „Die Kreise sind Dir, wie es scheint, geneigt. Wenn man Dich angreift, könnte das sehr vorteilhaft für Dich sein"[2]) und 4 Tage später schreibt sie ihm: „Es besteht kein Zweifel, daß das ganze Reich sich für Dich erklärt, wenn Du angegriffen wirst. Man ist außer sich über Deine Gegner. Wenn Du nur im geringsten die Geister in Affekt bringen könntest, würde man sich zweimal bedenken, bevor man etwas gegen Dich unternimmt."[3]) Freilich eine allzu optimistische Auffassung.

Bald darauf begannen die großen Mächte Schritte zu tun, um sich eine Gefolgschaft im Reiche zu sichern. Im Prinzip hielten zwar Frankreich und England an der Verbindlichkeit der früher geschlossenen Verträge fest und ließen die Fürsten, denen sie bisher Subsidien gezahlt hatten, nicht lange im Unklaren, daß sie auf ihre Bundestreue zählten;[4]) tatsächlich aber waren sie sich bewußt, daß bei dem völligen Umschwung der Verhältnisse, die Werbearbeit von neuem beginnen müsse. Der Schauplatz dafür war zunächst Regensburg. Zuerst ließ der König von England in einem Promemoria, das am 16. Juli auf dem Reichs-

---

[1]) Koser, König Friedr. II. II 40.

[2]) Burrell a. a. O. IV, 75. Vergl. oben S. 9 Fußn. 2.

[3]) Burrell a. a. O. IV, 76.

[4]) Recueil des instructions VII, 339—45.

tag zur Diktatur kam, den Fürsten die Gründe seiner Maßnahmen darlegen. Er betonte, daß der einzige Zweck seines Bündnisses mit Preußen, die Abhaltung fremder Truppen vom deutschen Boden sei und nun folgte von beiden Seiten Promemoria und Gegenpromemoria, Circularrescripte und Manifeste zur Verteidigung der eigenen Sache und zur Verdächtigung der Pläne des Gegners.[1]) In die ob der allgemeinen Ungewißheit schwüle Stimmung in Regensburg brachte neues Leben das Gerücht von dem Einfall der Preußen in das Kurfürstentum Sachsen, dem bald genug die offizielle Bestätigung folgte in der 31. August in Berlin feierlich vertreilten Staatsschrift: Déclaration du Roi sur les motifs ect.[2]) Bestürzung erfaßte die Reichsversammlung und die Fürsten. Hatte bisher die Furcht vorgeherrscht, daß das, was dem mächtigsten deutschen Fürsten vom Hause Habsburg wiederführe, die schwächeren erst recht zu gewärtigen hätten, so bemächtigte sich jetzt der kleinmütigen und redseligen Geister Entsetzen über die Politik der Taten, die Friedrich der Große einschlug. In München flossen Tränen bei den erlauchten Damen um die Leiden des verwandten Dresdner Hofes und der Ansbacher Schwager Friedrichs des Großen bezeichnete wieder einmal den König kurzweg als einen Verbrecher.[3]) Das von Valori, dem Gesandten Frankreichs in Berlin verbreitete Gerücht, daß Sachsen grauenvoll mißhandelt würde, fand nur zu guten Glauben und rief eine Unzahl litterarische Machwerke[4]) hervor. Und obwohl Sachsen alsbald eine Beschwerde an den Reichstag gelangen ließ, hielten viele den Überfall für zu unerhört; man konnte sich die Begebenheit nicht anders erklären, als dadurch, daß man sagte: Der Dresdner und der Berliner Hof müssen in geheimen Einverständnis stehen! In Berlin sah man aber die Lage am Reichstag für so ernst an, daß man sogar rasche Beschlüsse der verstaubten Perrücken nicht für ausgeschlossen hielt. Plotho wurde angewiesen, die evangelischen Gesandten wenigstens zur „Allegierung defectus instructionis“ zu bewegen, zugleich sollte er die Gefährdung der Libertät und des „evangelischen Wesens“ darlegen und nachforschen, ob eine katholische Liga oder ein neuer Associationstag geplant werde.[5])

---

[1]) Vergl. Brabant, das heilige römische Reich im Kampfe mit Friedrich dem Großen I. (1904) 39 ff.

[2]) Preußische Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedr. II., III 108 ff.

[3]) Bitterauf, churbayrische Politik im siebenjährigen Kriege (1901) 58, 69 Hagen an Maria Theresia; schon 1745 hatte Karl von Ansbach den König als Mörder des letzten Fürsten von Ostfriesland bezeichnet.

[4]) Siehe Cod. Germ. Mon. 1414.

[5]) Rescr. an Plotho 15. Sept. 56.

Man wollte Zeit gewinnen, um die einzelnen Stände von der „guten Sache" Preußens zu überzeugen. Friedrich der Große glaubte, Plotho könne allein dieser Aufgabe gerecht werden, obwohl seine Bayreuther Schwester, die ihm durch eifrige Uebermittelung zuverlässiger Nachrichten aus dem Reich, Spionendienst leistete, den dringenden Rat gab, durch Spezialgesandtschaften an die einzelnen Höfe seinen Gegnern zuvorzukommen.[1] Auch Plotho mahnte dazu, doch vergebens — erst als es zu spät war, entschloß man sich in Berlin zu einer Gesandschaft ins Reich. Richtiger würdigte der König von England die Verhältnisse. Schon am 20. Juli hatte er von Kensington nach Hannover den Befehl erlassen, man solle den Komitialgesandten von Gemmingen nach München, Würzburg, Ansbach, Bamberg und Bayreuth schicken.[2] Indessen zauderten die das Regiment zu Hannover führende Geheimräte, wie gewöhnlich, sodaß Gemmingen erst Ende August die Instruktion erhielt, an den genannten Höfen „die gehässigen Insinuationen des Wiener Hofes zu widerlegen" und mit Ansbach und Würzburg die alten Subsidienverträge zu erneuern.[3])

Um so eifriger war man im entgegengesetzten Lager. Obwohl man sich so wie so schon von den meisten katholischen Ständen keiner feindlichen Maßnahmen zu versehen hatte, so galt es doch noch einige schwankende Höfe zu befestigen und vor allem durch den Gewinn von protestantischen Stimmen von vornherein die Behauptung Preußens und Hannovers, als seien die evangelischen Rechte bedroht, zu widerlegen. Zu den einzelnen Kreisen schickte sowohl Frankreich als Österreich eigene Gesandte; bei dem fränkischen Kreis wurden, wie früher, die uns schon bekannten Vertreter am Münchner Hofe Baron Widmann und Chevalier Folard neu beglaubigt. Man wollte eben nicht wie Preußen und England sich auf die Erreichung einer wohlwollenden Neutralität beschränken, sondern suchte gemäß den Beschlüssen des Reichshofrates gegen den „Landfriedensbrecher" das Reich in Waffen zu bringen.

Im fränkischen Kreise hatten sich die Dinge inzwischen folgendermaßen gestaltet. Von den 4 mächtigen Ständen war, wie wir sahen, zu Beginn des Jahres 1756 nur Bamberg durch keinen Vertrag gebunden, Bayreuth war noch immer mit Frankreich, Würzburg und Ansbach mit England verbündet, doch waren die Verträge der beiden letzteren

[1]) P.-C. XII, 477. Näheres siehe unten S. 31 f.

[2]) Gütige Mitteilung des Preuß. Staatsarchives zu Hannover.

[3]) Bericht Plothos, Regensburg 2. Sept. 1756.

Fürsten nur auf 1 Jahr geschlossen und liefen am 6. September ab. Da der Wiener Hof, der vor Jahresfrist die Anträge Englands gefördert hatte[1]), genau unterrichtet war, so hatte er rechtzeitig Schritte tun können, um eine Verlängerung des Abkommens zu verhindern. Graf Kaunitz, der Staatskanzler, der die Sache in die Hand nahm, stieß auch auf keine sonderlichen Schwierigkeiten; ansbachischerseits bot ihm sogar Christof Ludwig Freiherr v. Seckendorff, der, obwohl er im Frühsommer aus dem Ministerium geschieden war, noch immer einen großen Einfluß auf seinen Herrn ausübte, schon unterm 20. Juli seine guten Dienste zur Herstellung eines Subsidienvertrages an, vermutlich nicht ohne Hoffnung auf eine „Ergötzlichkeit".[2]) Wenn auch der durchreisende kaiserliche Gesandte beim rhein. Kreise, Graf Pergen, im September noch nicht so weit kam, so hatte doch die kaiserliche Politik den Erfolg, daß Ansbach nicht wieder mit dem König von England abschloß. Auch was Würzburg betraf, brauchte Kaunitz kaum einen Finger zu rühren. Der Bischof frug selber in Wien an, ob er seinen Vertrag mit England erneuern sollte, natürlich in der Gewißheit eine Abmahnung zu erhalten und in der Hoffnung, daß Kaunitz ihm günstige Angebote für einen Vertrag mit Österreich machen werde. Darin hatte er sich auch nicht getäuscht. Nach einigen Verhandlungen, die Graf Pergen in Würzburg führte, kam am 16. Sept. in Schloß Werneck ein Vertrag zu Stande, indem sich der Bischof verpflichtete, gegen entsprechende Subsidien, dem Kaiser 2000 Mann seiner Haustruppen zur Verfügung zu stellen, und zugleich in allem Eifer für die kaiserliche Partei zu wirken, besonders unter den fränkischen Mitständen; — und an diesem Versprechen hielt er in aller Bedrängnis treulich fest, sodaß man ihn wohl als den zuverlässigsten und opferfreudigsten Parteigänger Österreichs ansehen kann. Seine Politik wurde für den ganzen fränkischen Kreis bedeutungs- und verhängnisvoll. Indessen mochte es ihm zunächst etwas unbehaglich erscheinen, daß er als erster für das Haus Österreich ausdrücklich Partei ergriffen habe, und so suchte er recht naiv die Welt glauben zu machen, es handle sich um die Anerkennung alter nie unter-

[1]) Huschberg-Wutke, die 3 Kriegsjahre 1756, 57, 58 (Leipzig 1856). S. 9 Berichte Widmanns und Brandenburgica 39 (Wien. St.-A.)

[2]) Wilh. Hofmann a. a. O. übersieht, daß Seckendorf nicht mehr Minister ist, wie es auch sonst oft in der Litteratur geschieht. Daß er tatsächlich abgegangen ist, zeigt der Brief Friedrichs an Wilh. 6. Juni 56, Burrell IV 71. Vergl. auch K. H. Ritter v. Lang, Gesch. des vorletzten Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Ansbach 1848 S. 86.

brochener Pflichten, die sich aus einem Vertrage von — 1366 (!) herleiteten, natürlich ohne den mindesten Glauben zu finden.[1] Da nun das Gerücht ging, daß sogar der gut österreichisch gesinnte Bruder des Bischofs, der bayerische Minister Graf Seinsheim, ihm von der Konvention abgeraten habe, so suchte man sich den Schritt des geistlichen Fürsten dadurch zu erklären, daß ihm ein geheimer Artikel des Vertrages das vermutlich bald vakant werdende Bistum Bamberg als zweites Fürstentum versprach.[2] Wenn nun tatsächlich auch keine Bestimmung dieser Art schriftlich festgesetzt wurde, so mag es allerdings Graf Pergen, der österreichische Unterhändler, nicht an dahin zielenden Äußerungen haben fehlen lassen, zumal die Vergrößerung der Macht des Bischofs Adam Friedrich im Interesse beider Teile lag; einen für die österreichische Sache eifrigeren Kandidaten hätte der Wiener Hof kaum finden können.

Während die Österreicher auf Parteiergreifung drangen und eine Streitfrist, den „Gründlichen Beweis, daß bey jetzo mahlen obseyenden ganz besonderen Umständen eine Neutralität von und bey Ständen des Reichs nicht allein vermöge deren Gesätze nicht Statt haben könne" verbreiteten und der Reichshofrat in seinem Uebereifer Dehortatoria und Avocatoria gegen Preußen nur so hageln ließ, beschränkte sich Plotho beim Reichstag und Gemmingen auf seiner Reise durch Süddeutschland auf die Förderung der Neutralität. Sehr befriedigt waren beide über die Lage der Dinge in München, die sie freilich zu optimistisch auffaßten. Voll Freude berichtete Plotho am 30. September an seinen Hof, daß „Se. Kurfürstliche Durchlaucht von Bayern ganz neuerlich öffentlich declariret haben, wie Sie zwar guth Kayserlich und Königlich aber auch guth Preußisch seyen." Wenig angenehm überrascht mochte daher Gemmingen nach diesen scheinbar günstigen Befunden in München sein, als er gegen Ende September in Würzburg vernahm, daß der Bischof schon Partei ergriffen habe und sogar in seiner Angst vor König Friedrich den Kreis zu militärischen Maßnahmen gegen einen Einfall der Preußen mit sich fortreißen wolle. Dies schien um so glaubhafter, als der Fürst von dem Grafen Ostein, dem Bruder des Erzbischofs von Mainz, des „alleinigen Feuerbrandes im Reich" und ebenso von dem Freiherrn von Seckendorff, der von „gleichem Kalibre wie der Graf Brühl" war, angetrieben wurde.[3] Beide weilten damals in Würzburg. Gegen solche Beeinflussungen kam Gemmingen nicht auf. Trotzdem er

[1]) W. Hofmann a. a. O. S. 13 ff.

[2]) Bericht Plothos vom 1. Nov. 1756.

[3]) Bericht Plothos vom 8. Nov. 1756.

es in seiner liebenswürdigen Weise an guten Worten nicht fehlen ließ und trotzdem er den Bischof von der Harmlosigkeit der Westminsterkonvention und von der Unzweckmäßigkeit eines Eingreifens des Reichs in den Streit zwischen Preußen und Österreich zu überzeugen suchte, hatte er nicht den Efolg, von Adam Friedrich eine Neutralitätserklärung zu erlangen, ja nicht einmal soviel erreichte er, daß ihm der Bischof versprach, seine Subsidientruppen im fränkischen Kreise zu lassen.[1])

Während so die Politik Österreichs in Franken an Adam Friedrich eine sichere und zuverlässige Stütze fand, hielt man es allgemein für ausgemacht, daß sich die Markgrafen von Ansbach und Bayreuth um so energischer dem Systeme Preußens anschließen, auf Reichs- und Kreistagen gegen die Anträge, die von Dresden und Wien kämen, stimmen und jedenfalls niemals sich von der Neutralität würden abdrängen lassen. Man wußte freilich auch, daß Karl von Ansbach mit dem König von Preußen — schon infolge der unglücklichen Ehe mit dessen Schwester, in sehr schlechten Beziehungen stand und daß der einflußreiche Seckendorff ein grimmiger Feind des Königs war; indeß war einer Zeit, in der das dynastische Interesse dem staatlichen vorging, die Aufopferung der Vorteile des Gesamthauses unverständlich. Ganz besonders aber glaubte man — und nicht mit Unrecht — den Bayreuther Hof dem Berliner ergeben. Der Kreisgesandte Philipp Andreas und sein Sohn German Friedrich von Ellrodt nahmen, also als sie Anfangs September von einer Geh. Ratssitzung in Bayreuth, zu der sie auf einige Tage nach der Residenz gerufen worden waren, zur Kreisversammlung nach Nürnberg zurückkamen, „nicht ohne große Empfindung" wahr, daß „höchst nachteilige Gerüchte" über den Markgrafen im Umlauf gesetzt seien; er hätte sich offen den Preußen angeschlossen, er richte für sie Magazine ein, und bewaffne eine große Anzahl Menschen. Da man seine schlechten Finanzverhältnisse kannte, fügte Fama hinzu, daß die Gewehre von Berlin gekommen seien.[2]) Der bayrische Resident in Nürnberg, Freiherr von Schücker wollte sogar wissen, daß preußische Truppen in Bayreuth bereits Quartiere bestellt hätten. Und als das Gerücht nach Regensburg gelangte, war es so gewachsen, daß es hieß, für 10000 Preußen würde bei Erlangen ein Lager eingerichtet. Württemberg, Ansbach und Bayreuth schickten dorthin Hilfsvölker, der Herzog von Württemberg werde das Kommando über diese kombinirte Armee

[1]) W. Hofmann a. a. O. S. 19.

[2]) Bericht Ellrodts. Bamb. Kr.-A., G. Kr. F. B. A. 318.

übernehmen. Den Anlaß zu diesem Gerede gab vermutlich ein Besuch des Herzogs in Ansbach und Bayreuth.[1]) Eine nachdrückliche Dementierung dieser Gerüchte fand nur geringen Glauben. Tatsälich dachte der Bayreuther Hof nicht an kriegerische Pläne. Obwohl der Markgraf in jüngeren Jahren nicht ohne einen gewissen militärischen und politischen Ehrgeiz gewesen war, so lag ihm jetzt doch nichts ferner, als freiwillig an einem Kriege teilzunehmen, bei dem er garnichts zu gewinnen hatte. Die Wirren waren ihm sehr unangenehm, weil sie ihn in seinem behaglichen Lebensgenuß störten und ihm zugleich vermutlich die Einnahmen empfindlich schmälerten. Im Uebrigen war er schon, mit Rücksicht auf seine Gemahlin, gut preußisch gesinnt und er war fest entschlossen, die Bestimmungen des Hausvertrages zu halten. In seiner vornehmen, ritterlichen Gesinnung erkannte er, daß er sich auf nichts einlassen dürfe, was der verwandten königlichen Linie des Hauses Brandenburg nachteilig sei; ja, er war bereit, seinen Schwager zu unterstützen, soweit es möglich schien, ohne den Zorn des Wiener Hofes geradezu herauszufordern. Wie lange indeß dieser ehrlich gefaßte Vorsatz bei dem schwachen Charakter vorhalten würde, mußte die Zukunft lehren. Vielleicht noch weniger als Friedrich erkannte seine Gemahlin die ganze Bedeutung dieses Krieges. Für sie war er schlechterdings nichts als ein furchtbares Unglück, daß über den geliebten Bruder hereingebrochen sei. Schon vor Beginn des Krieges hatte sie ihm ihr geängstetes Herz ausgeschüttet; und als er ihr Mut zusprach, antwortete sie ihm am 9. Juli: „Ich will Dich nicht mehr mit meinen Unruhen und mit meinen Schrecknachrichten unterhalten. Mit all Deinem Zureden wirst Du nicht ein Herz sicher und fest machen, daß Dich liebt und so zärtlich an Dir hängt, wie das meine. Du denkst als Held, ich als liebende Schwester, deren Los ganz und gar mit Deinem Herzen verknüpft ist. Verzeih mir meine Furcht, sie ist berechtigt wie Deine Festigkeit."[2]) — Als dann die lähmende Angst vor dem kommenden Kriege, der zwar schrecklichen, aber doch die Spannung nehmenden Gewißheit Platz macht, da gewinnt Wilhelmine ihre Besonnenheit wieder und gibt Friedrich wichtige Meldungen militärischer und politischer Art. Sie will wissen, daß Frankreich einen Vertrag mit Preußen zur Eroberung Italiens, dem Bündnis mit Österreich vorgezogen haben würde, daß auch Maria Theresia nicht viel von dem Anschluß an Frankreich gehalten und nur Kau-

[1]) Cod. germ. Mon. 1414.

[2]) Burrell a. a. O. IV, 76.

nitz in Wien seine Idee durchgesetzt habe, sie weiß von der Entsendung österreichischer Gesandten ins Reich und von der Stimmung verschiedener Fürsten zu berichten und ist in der Lage von der französischen und österreichischen Armee Standestabellen zu senden.[1]) Wichtiger als diese Dienste war es wohl, daß sie den Markgrafen und die einflußreichen Persönlichkeiten des Hofes in der preußischen Gesinnung bestärkte. Nur wenn der Bayreuther Hof klar und in sich geschlossen auf sein Ziel losging, war es möglich, die Führung der protestantischen Stände des fränkischen Kreises zu übernehmen und so gestärkt gegen den Bischof von Würzburg die Neutralität Frankens zu erhalten. Dieses Ziel verfolgte man nun in der Tat.

Zunächst wurde mit Ansbach angeknüpft. Ellrodt schrieb an seinen Freund Appolt, den Ansbacher Kreisgesandten am 8. September, daß sein Herr fest entschlossen sei „sich außer aller Teilnehmung zu halten" und keiner Partei „auf einige Weiß ombrage" zu machen. Der Markgraf wolle in engem Einverständnis mit dem Kreise diejenigen Maßnahmen treffen, die ihm als Kreisobersten und Feldmarschall zur Sicherung des Landes oblägen. „Dabei aber", wiederholte Ellrodt, „werden S. Hochf. Durchl. alle passus sorgfältigst zu vermeiden suchen, welche eine oder dem anderen Theil den geringsten Andacht machen oder ihn in ombrage sezen könnten".[2])

Wie diese Eröffnung in Ansbach aufgenommen werden würde, war noch sehr ungewiß. Dieser Hof suchte sich nicht, wie Brabant[3]) meint, durch die Schwierigkeit „mit einer Schaukelpolitik durchzulavieren". Die zwar in der Tat vorhandenen Schwankungen waren nicht wohlüberlegt und die Ausführung eines durchdachten Planes, sondern sie erklären sich aus der jeweiligen Übermacht einer entschieden preußischen und einer ebenso entschlossenen österreichischen Hofpartei. Bei der nicht geringen Rückwirkung, die das Verhalten dieses Hofes auf das des verwandten Bayreuther Hofs ausübte, muß ich auf die Ansbacher Verhältnisse eingehen.

Markgraf Carl, der mit noch nicht 11 Jahren zur Regierung gekommen war und bei dem eine verfehlte Erziehung[4]) die wenigen guten Keime erstickt haben mochte, war ein arbeitsscheuer, launischer, beschränkter und brutaler Mensch. Seine Zeit verwendete er auf Jagd und Vogel-

[1]) Burrell a. a. O. IV, 76—84.

[2]) Bamb. Kr.-A. Kr.-A. T. XI.

[3]) a. a. O. S. 69.

[4]) Lang, a. a. O. S. 57 f.

fang, Interesse hatte er nur für seine Hunde und Falken, seine Erholung suchte er beim Becher und bei seinen Mätressen. In diesem niedrigen Treiben verpraßte er die Einnahmen seines Ländchens und und häufte Schulden auf Schulden. Zur eigentlichen Regierung und zur Übersehung irgend welcher Verhältnisse war er natürlich gänzlich unfähig; er überließ die Leitung der Geschäfte dem jeweils am meisten begünstigten Minister und Ratgeber. Der Geheime Rat oder das Ministerium bestand aus dem alten Präsidenten Christof Friedrich von Seckendorff und dem gleichfalls ergrauten Baumgärtner; dem Freiherrn von Bobenhausen, sowie seit 1756 aus dem Freiherrn von Gemmingen, einem Vetter des hannöverschen Komitialgesandten, den Geheimräten Knebel und von Jung. Dazu kamen der Kreisgesandte von Appolt und der Geheime Legationsrat Lorenz Seefried in Wien.

Bis zum Jahre 1756 war die Seele des Ministeriums Christof Ludwig von Seckendorff gewesen, der den Präsidenten, seinen Oheim und den Geh. Rat Baumgartner durch seine Intriguen völlig ausgeschaltet hatte, so daß sie kaum mehr zu den Sitzungen zugezogen wurden. 1756 war er nominell aus dem Ministerium ausgeschieden, weil er es für wünschenswert hielt, jederzeit fliehen zu können, wenn die Preußen nahten. Er hatte in der Tat alle Ursache zur Furcht vor Friedrich dem Großen, der ihn haßte und verachtete. Seitdem er Ansehen erlangt hatte, war er der böse Genius seines Fürsten; er hatte ihn in eine preußenfeindliche Haltung geleitet und arbeitete immer an der Erweiterung der Kluft zwischen dem Markgrafen und seiner Gemahlin. Den Hausvertrag, dessen Erneuerung er selber in der Hoffnung auf preußische Subsidien angeregt hatte, brach er durch Abschluß des Subsidienvertrages mit Hannover vom 6. September 1755. Er war es vermutlich, der das Friedrich den Großen empörende Gerücht einer Konversion des Markgrafen Friedrich und seiner Gemahlin Wilhelmine in die Welt setzte;[1]) er stiftete Unfrieden im Hause Brandenburg, wo er konnte. Die Triebfeder seines Handelns war Ehrgeiz oder vielmehr Wichtigtuerei, die ihn zu einer unglaublichen, schwülstigen Schreibseligkeit und dem wunderlichsten Projekteschmieden veranlaßte. Im ganzen Reiche wußte er sich mehr oder minder zuverlässige Korrespondenten zu verschaffen, deren Berichte er dann, so weit es ihm gut schien, dem Wiener Hof mitteilte.[2]) Zu dieser rastlosen Tätigkeit mochte ihn auch

[1]) Fester in Koldes Beiträgen zur bayr. Kirchengeschichte V (1899) S. 245 ff.

[2]) So stand er, was vielleicht beachtenswert ist, mit einer (ihm verwandten?) Frau von Lynker in Berlin, der Schwiegermutter des bekannten und wohlunterrichteten,

seine Habsucht und sein Geiz treiben, denn ohne Geld war nichts von ihm zu erlangen; dazu war er verlogen und verschlagen, der Mann „um einen Betrug aufs fainiste auszuführen“ [1]). Sein Verhalten gegen seinen Oheim und seine anderen Verwandten überzeugte die Welt, daß er ein Mann von einer durch und durch niedrigen, gemeinen Gesinnung war.

Seine Anhänger am Hofe beschränkten sich auf den Oberstleutnant von Reitzenstein, der ein kaiserliches Regiment zu erhalten hoffte und den Legationsrat Seefried, der über und über verschuldet, nur durch Gnadengeschenke des kaiserlichen Hofes einem gänzlichen Zusammenbruch seiner Verhältnisse zu entgehen hoffte und deshalb alles tat, um sich in Wien angenehm zu machen, wobei es ihm auf Instruktionsverletzungen nicht ankam. — Alles übrige im Ansbacher Hofe war Preußen gut gesinnt oder wenigstens nicht abgeneigt. Die Markgräfin freilich war ohne allen Einfluß, der Erbprinz war zu träge, um den seinigen geltend zu machen; er beschränkte sich auf einen passiven Widerstand gegen die Seckendorff'schen Pläne und lebte in mürrischer Zurückgezogenheit. Wirklich tätig waren nur Bobenhausen, der wohl seines Eides bei Abschluß der pactum Fridericianum eingedenk war, Knebel, der im Interesse seiner 7 Söhne den preußischen Adel erstrebte [2]) und später auch erlangte, sowie Appolt, der auf dem Kreistage am energischsten den Absichten der Bischöfe sich widersetzte. Die anderen, wie der Freiherr von Gemmingen, mochten aus allgemeinen Grundsätzen sich diesen anschließen, doch ohne besonderen Eifer an den Tag zu legen.

Zu Beginn des Krieges war entschieden die preußische Partei noch oben auf. Auf seinen Bericht von der Stimmung in Bayreuth wurde Appolt angewiesen mit dem Kreisgesandten v. Ellrodt die „engste Zusammensicht zu cultiviren“. Gemeinsam sollten beide Brandenburger Häuser ihre Neutralität erklären, auch den Kreis zur „Unpartei-

preußischen Kriegsrates von Vette in Beziehung. Durch Unterstützung der in dürftigen Verhältnissen lebenden Witwe will er sie dahin gebracht haben, daß sie ihm alles mitteilt, was sie von ihrem Schwiegersohn erfährt. Ja, er hofft sogar auch Vette zu gewinnen „dont l'acquisition est impayable“. Seckendorff an Kaunitz, Obernzenn, 2. Febr. 59. Wien. St.-A. Staatskanzl. Reich. Ber. 114.

[1]) Der österreichische Gesandte von Hagen schildert ihn in seinem Bericht an den Wiener Hof d. d Nürnberg, 12. Okt. 45 schon so; „Durch lange Erfahrnüß sei gewiß, daß alle Seckendorffs von der Geldbegierde sich beherrschen ließen“, hätte ihm Markgraf Friedrich gesagt. Das könne er nur bestätigen. Denn „ein Seckendorff ist ein Seckendorff.“ Bekannt ist ja auch der Geiz des Reichsfeldmarschalls.

[2]) Bericht Plothos vom 8. Nov. 1756.

lichkeitssprach" bringen und um dieser größeres Gewicht beizulegen, hinreichende Rüstung beantragen; ein Zusammenhalten mit dem schwäbischen Kreise sollte den Widerstand gegen etwaige Ansinnungen der Kriegführenden wirksamer machen. — Ehe es jedoch zu einer solcher Neutralitätserklärung der Brandenb. Häuser kam, lief in Nürnberg ein Kaiserliches Reskript vom 13. Sept. ein, das den Kreis aufforderte sich zur Erhaltung des Landfriedens und zur sozietätsmäßigen Hilfe der angegriffenen Reichsmitstände zu rüsten und zur öffentlichen Kenntnis die kaiserlichen monitoria, dehortatoria, avocatoria und inhibitoria anzuschlagen.

War auch Markgraf Friedrich zur Rüstung der Kontingente vorher bereit gewesen, so war er doch mit den andern Forderungen des Wiener Hofes wenig einverstanden; sie schienen ihm auf „bedenkliche Vorschritte zu deuten". Seiner Kreisgesandtschaft gab er zu verstehen, daß er die ganze Haltung der Kaiserin in der Vorgeschichte des Krieges keineswegs gerecht fände und den Darlegungen des Berliner Hofes, daß seit langem ein Angriff auf Preußen geplant sei, Glauben schenke. Er wies Ellrodt demnach an, mit dem Ansbachschen Gesandten vertraulich, mit den andern vorsichtig dahin zu unterhandeln, daß vorläufig die Avocatorien nicht angeschlagen und daß andere Kreise zu einem ähnlichen Verfahren aufgefordert würden. Als Entschuldigung für diese Verzögerung sollte man angeben, daß einem Anschlag der Avocatorien ein Reichsbeschluß voranzugehen habe.[1]) Zu einer öffentlichen Neutralitätserklärung kam es also nicht; die mäßigen Ziele der Brandenburger Häuser fielen sogar auf, denn auch der Bischof von Würzburg, der sonst alles für Österreich tat, entschloß sich zur Affichierung der Avocatorien erst nach der Erklärung des Reichskriegs[2]) und selbst der ehrbare Magistrat[3]) von

[1]) Wie weit die Anschauung berechtigt ist, daß der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages Avocatoria erlassen und ihre Bekanntgebung fordern konnte, ist eine wohl schwer zu entscheidende Frage. Brabant a. a. O. S. 60 sieht in dem Verfahren des Wiener Hofes ein „scrupelloses Hinweggehen über die ständischen Rechte" ohne einen Beweis für seine Auffassung zu bringen. Eingehend erörtert wird die Rechtsfrage von H. Meyer, Plan eines evangelischen Fürstenbundes im siebenjährigen Kriege S. 28 ff.

[2]) Brabant a. a. O. 61.

[3]) Ich glaube nicht, wie Brabant a. a. O., daß man außer dem Volke auch den Magistrat preußenfreundlich nennen kann. Buirette von Öhlefeldt, seit 1721 Preuß. Resident in Nürnberg, schreibt am 25. Sept. 56, daß man auf Nürnberg nicht zählen kann, wenn man „bedenket, in was unglaublicher, knechtischer Furcht, Sorge und Kummer besagter Stadt Magistrat, besonders einige Jahre her, vor allem ohne Ausnahme, was nur vom Kayserl. Hoff herrühren mag, gesetzet ist und stehet"; darauf wird Buirette

Nürnberg, der in seiner Mehrheit in jammervoller Angst immer den jeweils heftigeren Drohungen nachgab, ließ sich erst Ende November durch ein scharfes Hofratskonklusum zum Anschlag bewegen, nicht ohne bei dem preuß. Residenten Buirette v. Öhlefeldt, „gewaltige Entschuldigungen" anzubringen; ähnlich verhielten sich die andern Stände des Kreises, von deren Politik also die Brandenburger Höfe nur darin abwichen, daß sie Korrespondenz mit andern Kreisen wünschten, eine Erscheinung, die allgemeines Aufsehen erregte. Als Schücker, der bayerische Resident in Nürnberg, glaubte berichten zu können, daß die Markgrafen keine „verwandtschaftliche Hinneigung zu Preußen zeigten, dienten in München diese Merkwürdigkeiten respectu den beeden hochfürstlichen Häusern Baireith und Anspach zu guetter Nachricht." [1])

Indessen — bald zeigte sich ein Wandel in der Haltung der Gesandten Ellrodt und Appolt; sie blieben gegenüber dem Antrag auf Aufstellung von $1^1/_2$—3 Simpla des Kreiskontingents, die im Anschluß an die kaiserlichen Reskripte das Bambergische Direktorium Anfang Oktober „ohne Ombrage" und nur „zur Ehre und Sicherheyt des Creyßes" vorschlug, durchaus passiv; wenn sie auch nicht widersprachen, so war doch von der vorher in Aussicht genommenen Unterstützung dieses Planes nicht mehr die Rede. Zu dieser Veränderung nicht des Zieles, aber des Weges mochten mancherlei zusammenwirkende Umstände den Anlaß gegeben haben. Vielleicht wollten Ellrodt und Appolt, durch die Freude der Gegner über die unerwartet entgegenkommende Politik der Markgrafen stutzig gemacht, die Welt nicht im Unklaren lassen über die eigentliche Gesinnung ihrer Höfe; vielleicht machte sich auch im Verhalten Ansbachs die Nachwirkung des Besuches des hannöverschen Komitialgesandten Gemmingen bei seinem Ansbacher Vetter, in Bayreuth aber das Drängen Wilhelmines geltend. Überdies waren von Berlin Briefe gekommen, die um Mitwirkung bei Erhaltung entschiedener Neutralität baten, ein Ansinnen, das Buirette von Öhlefeldt energisch unterstützte.[2])

Bis es allerdings zum Beschluß bezüglich der Aufstellung des Triplums kam, gingen noch Wochen dahin. Der Bamberger Direktorialgesandte v. Diez klagte Schücker sein Leid, daß er infolge der Haltung der Brandenburger Gesandten mit der Erledigung der kaiserlichen For-

---

angewiesen bei den protestantischen Ständen und den gut gesinnten Nürnbergern den kaiserlichen Anträgen entgegen zu wirken. Berl. St.-A. Rep. XI Fränk. Kreis.

[1]) Schücker an Preising 24. Sept., Rescript 27. Sept. 1756.

[2]) Ber. Buirettes vom 25. Sept., 5. und 15. Nov. 56.

derungen garnicht weiter käme, immer sprächen sie von den Vorverhandlungen mit anderen Kreisen, bezüglich des Triplums erklärten sie stets nur, „daß sich darüber dermalen nicht reden lasse".[1]) Neues Leben in den Gang der Verhandlungen brachte erst die Ankunft des Barons von Widmann, den die fränkischen Stände schon seit 10 Jahren als einen überaus rührigen und betriebsamen Diplomaten kannten. Ihm voraus ging schon das Gerücht von seinen Forderungen. Man wußte, daß er in München den „Gründlichen Beweiß, daß . . . . . eine Neutralität nicht statt haben könnte" verfaßt und verteilt habe.

Widmann wandte sich zuerst nach Würzburg, wo er am 1. November eintraf, tags zuvor hatte er in Ellingen eine lange Unterredung mit dem Ansbachischen Exminister von Seckendorff, der ihm in illoyaler Weise die Geheimnisse des Hofes von Ansbach und die Verhältnisse des fränkischen Kreises auseinandersetzte und dem Gesandten seine guten Dienste zur Gewinnung des Markgrafen anbot. Widmann hörte alles ruhig mit an, ließ sich aber vorläufig auf seine Vorschläge nicht ein. Doch faßte er, obwohl er Seckendorff „wegen seiner immer mehr zu Tage tretenden Listigkeit" nicht recht traute, gleich seinen Plan: Der Markgraf von Ansbach sollte, koste es, was es wolle, „beygebracht" werden; dann war die protestantische Opposition im Kreise gebrochen und der Wille des Kaisers konnte in allem durchgesetzt werden. Und welchen Eindruck würde es im Reiche machen, wenn ein protestantischer Fürst und überdies ein Schwager des Königs von Preußen, ja ein Angehöriger des Hauses Hohenzollern sich von dem „Aufrührer" lossagte! Der Bischof von Würzburg bestärkte Widmann in dieser Absicht.[2])

In Erlangen, wohin der Bayreuther Hof am 29. Oktober übersiedelte, sah man der Ankunft Widmanns nicht ohne Unruhe entgegen. Der Markgraf selber zwar war entschlossen, sich nicht von seinem einmal gefaßten Vorsatz abdrängen zu lassen; er wolle alle Hebel in Bewegung setzen, um zu verhindern, daß sich der Kreis auf eine Kriegsassociation und Parteiergreifung einließe, die die Bischöfe erstrebten. Aber er wußte freilich nur zu genau, daß er allein nichts gegen die Übermacht der geistlichen Fürsten ausrichten könnte, wenn er nicht energisch von den anderen evangelischen Ständen unterstützt würde.[3])

Bei der Unzuverlässigkeit Nürnbergs, dessen Verhalten sich die anderen Städte meist zum Vorbild dienen ließen, mußte man stets mit

[1]) Schücker an Preising, 22. Okt. 1756.

[2]) Berichte Widmanns und W. Hofmann a. a. O. 25 ff.

[3]) Burrell a. a. O. IV, 91.

dem Durchdringen der Partei des Bischofs von Würzburg rechnen; deshalb ließ das Berliner Ministerium durch Buirette[1]) eine „itio in partes“ nach Vorbild der Institution des Reichstages anraten, d. h. die Erklärung der evangelischen Minderheit, daß, weil ein Religionsinteresse in Frage stehe, kein Majoritätsbeschluß gefaßt werden könnte, sondern ein Conclusum nur nach freier Vereinbarung beider Konfessionsgruppen zu Stande kommen dürfe, was in diesem Falle hieß, daß der Kreis sich auf keinen Beschluß den von Preußen angegriffenen Ständen zu helfen, einlassen würde.

Das Bayreuther Ministerium griff diesen Gedanken tatsächlich auf; man entschied sich in einer Geheimratsitzung vom 28. Oktober 1756 das Mittel zu versuchen, und schrieb diese Absicht nach Berlin.[2]) Die Schwierigkeiten aber, die sich der Sache entgegenstellten, wird man keineswegs übersehen haben. Man wußte nur zu gut, daß zwar der Vertreter Ansbachs auf dem Kreistag der energischste Vorkämpfer der preußischen Sache war, aber man verhehlte sich auch nicht, daß er bei der Gesinnung des Markgrafen Carl jeden Tag abberufen und ersetzt werden könnte. Da nun die Itio in partes auf Kreistagen zum mindesten nicht herkömmlich war, konnte gerade die Befürwortung derselben bei seinem Herrn Appolds Sturz herbeiführen und den Anstoß zu dem Umschwung der Ansbacher Verhältnisse geben. Ohne Ansbach aber ließ sich ein derartiger Plan nicht durchführen. So blieb der Versuch tatsächlich sehr bald stecken, vermutlich unter dem Einfluß des Ministers und Kreisgesandten Phil. Andr. v. Ellrodt, der zwar nie gegen die Interessen seines Herrn gehandelt hätte, aber doch nicht durch ein so radikales Auftreten dem Kaiser, von dem er weitere Standeserhöhungen erhoffte, vor den Kopf stoßen wollte, am wenigsten jetzt, wo sein älterer Sohn Friedrich als Gesandter des Markgrafen in Wien weilte. Dabei wird er vielleicht die Verhältnisse richtig beurteilt und vorausgesehen haben, daß auf die Dauer für Bayreuth die Durchführung einer entschlossenen Opposition doch nicht möglich war, da die Markgrafschaft, der Schlüssel zu Sachsen und Böhmen, dem Kreise und Reiche gegenüber in derselben Lage wie Sachsen Preußen gegenüber war und demnach sofort überrannt werden konnte. Dazu machte sich bei ihm, wie man sich offen erzählte, weiblicher Einfluß in österreichischem Sinne geltend: er stand in Nürnberg in „allzu genauem Verhältnis“ mit der Tochter des Bambergischen

---

[1]) Rescript an Buirette, 5. Okt. 56.

[2]) Bamb. Kr.-A. G. Kr. und B. A. 318.

Direktorialgesandten v. Diez,[1]) was, als der Bischof von Bamberg durch seinen Amtsbruder in Würzburg angefeuert,[2]) sich energischer für die österreichische Sache ins Zeug legte, eine flauere Haltung Ellrodts zur Folge haben mußte.[3])

Dieses Benehmen Ellrodts war umso bedeutungsvoller für die Bayreuther Politik, als in letzter Linie um diese Zeit er in allen Dingen den Ausschlag gab. „Dieser Mann hat einen unbedingten Einfluß auf den Geist des Markgrafen" schreibt Wilhelmine am 27. Oktober ihrem Bruder; sie fürchtete nur allzusehr er möchte aus Zaghaftigkeit oder in der Hoffnung auf eine „pluye d'or du Jupiter Viennois" seine Haltung ändern und riet deshalb König Friedrich den im Lande und im Kreise so einflußreichen Minister unter Ausnutzung seiner Eitelkeit durch eine Tabatiere mit des Königs Bildnis zu gewinnen.[4]) Der König folgte dem Rat und schrieb überdies dem Minister einen höchst schmeichelhaften Brief.[5]) Man wird nicht fehlgehen mit der Annahme, daß diese Gabe die Haltung Ellrodts und somit die seines Herrn auf einige Zeit beeinflußt hat.

Der Fortgang der Verhandlungen beim fränkischen Kreise war bedingt durch das Weiterschreiten der Geschäfte beim Reichstag und durch die Erfolge Widmanns in Ansbach.

In Regensburg war Bayreuth vertreten durch den Minister von Rothkirch, der in früheren Jahren am Hofe einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hatte; noch als er leitender Minister in Bayreuth war, hatte er zugleich eine württembergische Charge angenommen; im Jahre 1752 war er dem immer mehr hervortretenden Einfluß Ellrodts gewichen und nach Stuttgart übergesiedelt, doch unter Beibehaltung seiner bayreuthischen Ämter und Würden. Jetzt vertrat er außer dem württembergischen und bayreuthischen auch das Votum des Pfalzgrafen von Zweibrücken. Er war ein sehr geschickter Diplomat, doch griff er in die Bayreuther Verhältnisse nur selten und nicht bestimmend ein. — Im Herbste war er krank auf seinen Gütern und als er Ende November zur Reichsversammlung zurückkehrte, erhielt er die gemessene Weisung, keiner der Parteien Anstoß zu geben, im übrigen aber bei allen wichtigen

---

[1]) Berichte Widmanns, Nürnberg 31. Okt. 56. Wien. St.-A. und Bericht Eickstedts, Erlangen 7. Febr. 57. Berl. St.-Arch. Rep. XI, Nr. 33, Conv. 22.

[2]) W. Hofmann a. a. O. S. 20 und 24.

[3]) Vergl. P.-C. XIV, 8.

[4]) Burrell IV, 91 ff.

[5]) P.-C. XIV, 19.

Abstimmungen defectum instructionis anzugeben. Rothkirch hielt sich aber wenig an diese Instruktion, sondern unterstützte Plotho aufs eifrigste.[1])

Noch wichtiger als die Vorgänge am Reichstag war für die Bayreuther Politik das Vorgehen Widmanns. Er suchte die einzelnen Stände auf und betrieb den Anschlag der kaiserlichen Avocatorien, was er in Bamberg auch erreichte, und die Aufstellung von 3 Simpla. Auf dem Kreistag redete er noch nicht von seinen Aufträgen und ließ nur hier und da vorsichtige Andeutungen fallen. Bei seinem Aufenthalt in Nürnberg, wo er mit den einzelnen Gesandten Visiten tauschte, behandelte er aber den Punkt der Neutralität mit großer „délicatesse". Er erklärte, sein Hof verlange keine Parteiergreifung der Markgrafen gegen ihr Stammhaus und ihr Interesse. In Erlangen war man zunächst sehr erstaunt, dann aber wegen der eifrigen Verhandlungen Widmanns mit den Bischöfen mißtrauisch.[2]) Und man hatte alle Ursache dazu. Nach einer 2. Konferenz mit Seckendorff, hatte Widmann die Erlaubnis erbeten und erhalten, den Markgrafen von Ansbach, nötigenfalls durch reichliche Subsidien zu gewinnen, doch ohne sich mit Seckendorff und und seinen Kreaturen einzulassen. Er sollte auf große Schwierigkeiten stoßen. Am 20. November hatte er in Ansbach eine Konferenz mit den Ministern und Geheimräten. Er hielt ihnen einen langen Vortrag und verlangte das Versprechen auf dem Kreistag für den Anschlag der Avocatorien, für die Rüstung des Triplums zwecks Exekution, für Verhandlungen mit anderen Kreisen zur Herstellung des Reichsexekutionsheeres wirken zu wollen, außerdem solle der Kreis, wie es „die Anständigkeit erfordere", dem Kaiser eine ausdrückliche Antwort geben. Von dem Markgrafen speziell verlangte Widmann, daß er auf dem Reichs- und Kreistage im Sinne der kaiserlichen Anträge stimme, da man alle Oponnenten als Mitschuldige des Landfriedensbrechers ansehen müsse. Zuletzt verlangte er eine schleunige Stellungnahme zu seinen Forderungen. Widmann irrte, wenn er meinte, durch Einschüchterung auf die Geheimräte wirken zu können. Er konnte trotz mehrfachen Mahnens nicht durchsetzen, daß man dem Markgrafen alle seine Forderungen und alle Gründe dafür vortrug und erlangte auch keine

---

[1]) Codex. Germ. Monac. 1414 passim Brabant a. a. O. 68 f.; es sei bemerkt, daß nicht, wie Brabant S. 69 meint, Bayreuth in dieser Zeit nach dem 3jähr. Turnus das Kreisausschreibeamt verwaltete, sondern Ansbach; an dieses war auch das kaiserliche und Reichshofratsmandat gerichtet.

[2]) Wilhelmine an Friedr., Erlangen 5. Nov. 56, Burrell IV, 94 f. Berichte Ellrodts vom 8. und 12. Nov. Bamb. Kr.-A. Kr.-A. T. XI und G. Kr.-A. 318.

entscheidende Antwort. Man hielt ihn hin mit der Erklärung, daß die Hausverträge erst eine Korrespondenz mit Bayreuth verlangten und nur unter der Hand, vermutlich um ihn abzufertigen, gab man ihm das Versprechen, bei der Abstimmung auf dem Kreistag für Anschlag der Avocatorien und für Herstellung des Triplums zu stimmen. Der Vorsicht wegen fügte man ausdrücklich hinzu, daß es „mit der Frage des Ausrückens eine andere Sache sei" und Appolt verhieß Widmann, bei den Nürnberger Verhandlungen wolle er ihm nichts „verbittern, sondern alles versüßen".

Nach Bayreuth aber wurde trotz der Gegenwirkung Seckendorffs geschrieben, daß man entschlossen sei, an der Neutralität festzuhalten. Im engsten Vertrauen teilten die Ansbacher Minister ihren Bayreuther Kollegen alle Forderungen Widmanns mit und weihten sie ganz offen in alle Verhandlungen ein, um sie auf Ähnliches vorzubereiten und ihre „hochvernünftigen Gedanken über diese äußerst delicate und höchst beträchtliche Sache" zu erfahren. Zugleich baten sie um eine gleiche Instruktion für den Kreisgesandten.

Markgraf Friedrich schrieb darauf am 26. November an Carl hocherfreut, daß auch er die „Neutralitätserklärung für die sicherste Entschließung" ansähe und bat um Mitteilung der definitiven Antwort an Widmann. Der Ansbacher Markgraf oder vielmehr das Ministerium teilte ihm denn auch mit, daß er von den vielen Forderungen Widmanns nur die der Beschickung des Reichstags erfüllen wolle und daß er in Nürnberg für Aufstellung des Kreistriplums stimmen werde; in den Krieg gegen Preußen werde er aber nicht willigen, zumal nicht als erster Stand, da er sich nicht zwingen lasse, „in propria viscera des eigenen Stammhauses zu saeviren". So lautete das Schlagwort der preußischen Partei in Ansbach. — Auf diesen Bescheid konnte Friedrich nun auch nichts anderes tun, als auch seinerseits für die Aufstellung des Triplums zu stimmen, freilich unter ausdrücklicher Betonung des Festhaltens an der Neutralität. Bald sollte es sich zeigen, wie übel man getan, in diesem ersten Punkte nachzugeben.

Widmann hatte vorläufig nur soviel erreicht, daß der Kreis am 7. Dezember die Vermehrung der Kreistruppen auf 3 Simpla und die Affichirung der Avocatorien beschloß. Dies stand freilich vorerst nur auf dem Papier, wann dem Beschluß die Ausführung folgen würde, mußte die Zukunft lehren.

Indessen war der kaiserliche Gesandte mit diesen recht problematischen Erfolgen wenig zufrieden. Seinem eifrigen Bemühen aber gelang es

eine Beratung über den „wirklichen Gebrauch und Anwendung" dieser Mannschaft durchzusetzen, sodaß man sich in Regensburg recht wunderte, wie „hitzig und eyffrig im fränkischen Kreyse zu Werk gegangen würde." [1])

Wichtiger aber war dem kaiserlichen Gesandten die Sonderverhandlung mit den einzelnen Ständen. Die Unterhandlungen mit dem Markgrafen Carl von Ansbach ließ er nicht fallen, nur knüpfte er nach dem ersten Mißerfolg mit Seckendorff und Konsorten an und hinter dem Rücken der berufenen Ratgeber Carls gewann er im Laufe des Dezember den Markgrafen — in der unwürdigsten Weise verkaufte dieser Fürst förmlich seine Stimme auf dem Reichs- und Kreistage, machte aber, um möglichst viel Geld herauszuschlagen, immer neue Einwendungen und Schwierigkeiten. Bevor aber ein förmlicher Vertrag zu Stande kam, blieb es auf den Kreistagen bei dem alten Kurse, sodaß man in Erlangen an der Treue des verwandten Hofes nicht zweifelte. [2])

Zugleich trat Widmann mit Friedrich von Bayreuth in Verhandlungen. Am 11. Dezember hatte er eine lange Audienz bei dem Markgrafen, den er aber nur sehr allgemein an seine reichsständischen Pflichten ermahnte, ohne daß er auf Abgang von der Neutralität bestand, [3]) er erlangte aber nichts als den denkbar liebenswürdigsten Empfang bei Hofe. Die Audienz schloß der Markgraf mit den Worten: je ne souhaite rien plus qu'une prompte paix. [4]) Widmann gab sich in Erlangen nicht zu große Mühe, denn er mochte sich sagen, daß dieser Hof gutwillig doch nicht zum Nachgeben zu bringen sei; schon vor Jahren hatte er die Hoffnung aufgegeben, Friedrich zu gewinnen, so lange die Markgräfin lebte; [5]) jetzt aber glaubte er darauf rechnen zu können, daß der Markgraf, wenn er nach dem Abfall Ansbach gänzlich isoliert sei, nachgeben müsse.

[1]) Bericht Plothos vom 20. Dez. 1756.

[2]) Berichte Widmanns; die Übertragung des Reichstagsvotums an den Vertreter Hessen-Kassels, den ausgesprochen kaiserfeindlichen Komitialgesandten von Wülckenitz, die viel Aufsehen erregte, bildet eine Phase dieser schmutzigen Verhandlungen, bei der Seckendorff der eifrigste Vermittler war. Die Gemeinheit des Markgrafen ging so weit, daß er Seefried, der von Wien abberufen und als Gesandter nach Regensburg geschickt wurde und der auch an dem Geschäft beteiligt war, die Belohnung von 1000 fl. abjagte, die dann der kaiserliche Hof dem Gesandten ersetzte, damit er nur die Mittel hätte, von Wien nach Regensburg zu reisen. Gegenüber W. Hofmann a. a. O. S. 29 bemerke ich, daß der Bischof von Würzburg — zu seiner Ehre sei es gesagt! — an diesem üblen Handel keinen Anteil hatte.

[3]) Berichte Widmanns und Wilhelmine an Friedrich, 17. Dez. 56. Burrell IV, 97 ff.

[4]) Widmann an Colloredo, Nürnberg 14. Dez. 56.

[5]) Bericht Widmanns vom 26. Aug. 52.

Unterdessen war Folard, der französische Gesandte in Bayern und beim fränkischen Kreise, in Nürnberg eingetroffen. Bezüglich des Markgrafen von Bayreuth sagte seine Instruktion,[1]) daß er ihn an seine Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von 1751 erinnern und ihn mit Drohungen und Versprechungen von der Neutralität abbringen sollte. Frankreich müsse jeden, der Preußen irgendwie unterstütze, als Teilnehmer am Friedensbruch und demnach als Feind ansehen; es sei hingegen bereit, wenn der Markgraf sich willig zeige, den Subsidienvertrag auf 1—2 Regimenter zu je 1500 Mann zu erneuern und zu erweitern; auch mit Ansbach sollte er sich eventuell in einen Vertrag einlassen.

Folard dachte nicht daran, in dieser schroffen Weise aufzutreten. Seit Jahren in engen Beziehungen, fast möchte man sagen, Freundschaft zum Bayreuther Hofe, an dem er mitunter monatelang geweilt hatte, hegte er für die Markgräfin eine hohe Verehrung und eine aufrichtige Hingebung an den Markgrafen, den er wegen seiner Gastfreundschaft und Liebenswürdigkeit schätzte.[2])

Er trat zunächst mit Widmann in Beziehung und meinte, man müsse mit den Bayreuthern sehr vorsichtig und schonend umgehen, und erklärte sogar, das was Frankreich auf Vermittlung Preußens für Bayreuth getan habe, sei jetzt beendet, das heißt, Bayrenth habe keine Vertragspflichten mehr gegen Frankreich. Dann hatte er in Nürnberg eine Unterredung mit Ellrodt, auf die hin er sich gegen Widmann äußerte, man könne von Bayreuth weder den Anschlag der Avocatorien, noch sonst eine feindselige Handlung gegen Preußen verlangen; man müsse sich beschränken, wenn Bayreuth die Kreisverhandlungen nicht hindere; im übrigen aber solle man diesen Hof, da er viel „nachdrucksamer" sei, als der Ansbacher, zu gewinnen suchen durch Entgegenkommen in den Ansprüchen auf Eschenau[3]) und durch Subsidiengewährung. Seinem Hofe stellte Folard die Sache ungefähr so dar, als ob es sich gar nicht lohne, den Markgrafen zu gewinnen, denn da er weder besonders begabt sei, noch auch über irgendwelche Machtmittel verfüge, könne er gar keine Rolle

[1]) Recueil des instructions VII 339 ff., dort ist eine Instruktion für sein Wirken in Bayern und gesondert davon die für Franken, abgedruckt.

[2]) Berichte Widmanns.

[3]) Der Flecken Eschenau war ein Streitobjekt zwischen Nürnberg und Bayreuth. In den 40ger Jahren hatte ihn der Markgraf mit Gewalt an sich gerissen, war aber durch die Entscheidung des darauffolgenden Prozesses genötigt den Ort zurückzugeben. Seine Ansprüche aber gab er nie auf. Münchn. St.-A. K. schw. 202/12.

spielen.[1]) Widmann traute aber dem Schüler Belle-Isles[2]) wegen seiner „Listigkeit" nicht viel Gutes zu; als Folard am 15. Dezember nach Erlangen reiste, um bei Hof seine Aufwartung zu machen, folgte er ihm dorthin, obwohl er beim Kreistag wegen der Durchmärsche der kaiserlichen Truppen aus den Niederlanden stark in Anspruch genommen war; denn er hatte niemand, von dem er eine „aufrichtige Öffnung" über Folards Schritte erwarten konnte und wollte deshalb selber beobachten.[3])

War man aber schon vorher am markgräflichen Hofe nicht geneigt, sich in die Karten sehen zu lassen, so gebot der Durchmarsch von mehreren Regimentern Oesterreicher doppelte Vorsicht, schon um eine kleine Mahnung, bestehend in stärkerer Einquartierung zu vermeiden. Mußte doch Ansbach die „starke Sprache" des Kreisgesandten Appolt mit schwerer Belastung büßen.

Kurz vor Widmanns Abreise nach Erlangen setzte Ellrodt dem kaiserlichen Gesandten auseinander, daß Friedrich allen seinen Pflichten als Reichsfürst nachkommen wolle und von allen in dieser Absicht bestärkt würde. Auch die Haltung der Markgräfin sei durchaus loyal; sie liebe zwar ihre Brüder zärtlich, aber sie sei viel zu „bescheiden", um vom Markgrafen Rücksichtnahme auf ihre schwesterlichen Gefühle zu verlangen, auch habe ihr der Markgraf zu verstehen gegeben, es sollte ihm leid tun, wenn er ihr zum ersten Male im Leben etwas abschlagen müsse; darauf habe die Markgräfin erwidert: „Ich bin zwar die Schwester des Königs in Preußen, aber ich bin mir auch wohl bewußt, daß ich die Gemahlin des Markgrafen von Bayreuth bin." Widmann kannte aber die Verhältnisse des Hofes zu gut, als daß ihm nicht einige Zweifel an dieser theatralischen, ehelichen Scene aufgestiegen wären; er schrieb an Colloredo: „ich traue den schönen Worten nicht, sondern merke nur, daß man vonseiten Bayreuths durchaus vor eine ordentliche neutralität profession machen wolle."

Auf eine andere List Ellrodts fiel Widmann schon eher herein. Während er und der französische Gesandte von den Fürstlichkeiten mit geradezu Aufsehen erregender Herzlichkeit[4]) empfangen wurden und die Markgräfin „zu etlichen Mahlen auf eine so geistreiche als gantz an-

[1]) Widmann an Kaunitz, Nürnberg 10., Erlangen 11. Dez. Widmann an Colloredo, Erlangen 11. Dez. 1756.

[2]) Burrell a. a. O. IV, 105.

[3]) Widmann war so mißtrauisch gegen Folard, daß er nicht vor ihm von Erlangen abreisen wollte; der Franzose mußte den Kranken spielen, um noch einige Tage allein in Bayreuth bleiben zu können. Wilh. an Fr. d. Gr., 31. Dez. 56. Burrell a. a. O. IV, 101 ff.

[4]) Schücker an Preising, 28. Dez. 56.

ständige Arth über ihre dermahlige beederseitige Verständniß scherzete", kam plötzlich Ellrodt von Nürnberg an und erzählte aufgeregt, die Preußen seien in Bamberg eingefallen. Widmann setzte nun die Unwahrscheinlichkeit dieses Gerüchtes auseinander, Ellrodt aber hatte Gelegenheit seiner Entrüstung über den Einfall in den fränkischen Kreis, der dem König gar keinen Anlaß zu Feindseligkeiten geboten habe, Ausdruck zu geben; er wiederholte mehrmals, er habe seinem Herrn Anschluß an die Kreisbeschlüsse geraten, wenn der König dies tue; „doch von Ihme ist alles möglich". Widmann glaubte aus allen „unterlauffenen Umständen" entnehmen zu können, daß die Bayreuther Politik weniger durch die Neigung zu Preußen, als durch Furcht vor ihm bestimmt sei, und in vertraulichen Gesprächen suchte ihn Ellrodt darin zu bestärken, indem er ihm klagte, daß von Berlin immer gleich „böse Briefe" kämen, wenn man die Zinsen der schuldigen 60000 Taler nicht rechtzeitig zahle. — Indem nun Ellrodt bei Widmann diese Meinung erregte, hatte er erreicht, daß der kaiserliche Gesandte Rücksicht auf seinen Hof nahm und auch in Wien war man mit dem Markgrafen „vollkommen content", sodaß Widmann den Durchmarsch kaiserlicher Truppen durch Bayreuther Gebiet verhindern sollte.[1]) Durch diesen Erfolg ermutigt, suchte nun Friedrich auch in der Eschenauer Sache aus dem Wunsche Widmanns, ihn für Österreich zu gewinnen, Kapital zu schlagen. Zunächst ließ er durch Folard dem kaiserlichen Gesandten nahe legen, daß er durch die Belehnung mit Eschenau völlig gewonnen werden könnte. Doch Folards Zureden half bei Widmann so wenig, wie eine persönliche Anfrage Friedrichs von Ellrodt in Wien bei Kaunitz. Man wollte erst eine „reelle Probe" der guten Gesinnung des Markgrafen haben. Und dazu hätte sich zu Ende des alten und zu Beginn des neuen Jahres reichlich Gelegenheit geboten; hauptsächlich auf dem Reichstage.

In Regensburg hatten sich die Gegensätze mehr und mehr zugespitzt, ohne daß sich die Lage geklärt hätte. Der kaiserlichen Politik war es gelungen alle Vermittlungsvorschläge fern zu halten, sie hatte sich Neutralität verbeten und es so weit gebracht, daß sich der Reichstag für oder gegen die Reichsexekution gegen König Friedrich entscheiden sollte. Von vielen Ständen wußte man aber noch nicht, zu wessen Gunsten sie sich schließlich entscheiden würden.

So wurde erst am 17. Dezember Plotho und Gemmingen dadurch „in äußerste Verlegenheit und Bestürzung gesetzet", daß der bayerische

[1]) Widmann an Kaunitz, 19. Dez. 56.

Gesandte ihnen erklärte, sein Herr werde auf Erlassung einer Mahnung an König Friedrich stimmen, daß er Sachsen und Böhmen räumen solle. Würde dies Dehortatorium vom Reichstag beschlossen und dann der Aufforderung nicht Folge geleistet, so war die Reichsexekution gegen den Friedensbrecher die bittere, aber unvermeidliche Folge. „Hierin ist eben", fügte Plotho seinem Bericht darüber hinzu, „der Kunstgriff des Kayserlichen Hofes, daß nur erst gesuchet werde, die Stände zum A sagen zu bringen, weil sodann das B von selbsten darauf folgen müßte". Noch schlimmer empfand der kurbrandenburgische Comitialgesandte, daß plötzlich mehrere ansehnliche evangelische Höfe, auf deren gute Gesinnung er zuverlässig gezählt hatte, ebenso instruiert wurden. Daß Bayreuth darunter war, ist nicht anzunehmen, doch immerhin nicht ganz ausgeschlossen, da Plotho die Fürsten seinem Herrn „auf engagierte Parole" nicht nennen durfte. Tatsächlich gelang es ihm, sie wieder zu ihrem vorherigen Verhalten zurückzubringen. Bei diesem Werben um jede einzelne Stimme hätte Markgraf Friedrich, besonders auch als akatholischer und brandenburgischer Fürst dem Wiener Hofe einen großen Gefallen tun können. Er tat es nicht, sondern hielt fest an seinem einmal gefaßten Vorsatz, neutral zu bleiben.

Am 20. Dezember „ging der Lerm schon an"; Mainz und Sachsen beantragten „ob periculum in mora" die Weihnachtsferien ausfallen zu lassen und gleich zur Abstimmung über die Exekution zu schreiten. Plotho protestierte, da ein von ihm dem Direktorium übergebenes Schreiben noch nicht diktiert und somit zum Einholen der Instruktion den Gesandten noch nicht mitgeteilt sei. Es kam zu einer heftigen Diskussion und hitzigen Debatte. Die katholische Majorität wollte schon ein Konklusum fassen. Da aber die Evangelischen protestierten und ad itionem in partes bereit standen gab die Majorität nach: Das Plothosche Schreiben, das — Reichshilfe für das angegriffene Preußen beantragte, wurde diktiert und die Versammlung vertagte sich auf den 10. Januar.[1]) Als es an diesem Tage zur Abstimmung kam, ließ sich trotz des Zuredens Gemmingens der bayerische Gesandte v. Schneid nicht bewegen eine Reichsvermittlung zu beantragen; vielmehr fiel das bayerische Votum ad intentionem Caesaream aus; und mit ihm stimmten die Vota aller katholischen und einer Anzahl evangelischen Stände überein. Die Stimmerklärung Ansbachs war — von Widmann aufgesetzt und dem-

[1]) Brabant a. a. O. 61 ff. In meiner in Einzelheiten abweichenden Darstellung stütze ich mich auf die Berichte Plothos, bes. vom 20. Dez. 56.

nach völlig „nach Geschmack und Sinn des kaiserlichen Hofes" und setzte „weil es von einem brandenburgischen Hause abgeben jedermann in Erstaunen und Verwunderung". Auch das Bayreuthische Votum fiel auf; man merkte ihm deutlich an, mit welcher Vorsicht jedes Wort gewogen war. Es enthielt „große Billigung und Danksagung vor das bisherige Kayserliche Verfahren" und bat, man möchte Preußen sowohl als Österreich ersuchen, von den Feindseligkeiten abzulassen und die Ruhe wieder herzustellen. Dieses Votum war mit Folard [1]) verabredet worden und hatte sogar zuerst, trotz des in ihm liegenden „Nein" gegenüber den Forderungen des Wiener Hofes die Billigung Widmanns[2]) gefunden; er hatte weit schlimmeres erwartet. Plotho dagegen war zuerst sehr entrüstet. Er meinte, Bayreuth habe nächst Ansbach von allen Protestanten am schlimmsten gestimmt, obwohl doch der „Billigkeit nach zu vermuten gewesen sei, daß des Herrn Markgrafen von Bayreuth Durchlaucht am wenigsten Bedenken tragen würden solche Maßnahmen (wie Kurbraunschweig) mit hineinzugehen". Indessen beruhigte er sich bald und auch in Berlin war man, wenn man Bayreuth mit Ansbach verglich, ganz zufrieden und wollte es „an nichts verwinden lassen den Marggrafen von Baireuth in seiner guten, standhafften Gesinnung zu erhalten und zu bestärken." [3])

Bevor nun am 17. Januar der Beschluß auf Grund der abgegebenen Stimmen abgefaßt und somit an den König Friedrich der Reichskrieg erklärt wurde, suchte Plotho eine itio in partes durchzusetzen; da aber seine Anhänger, darunter auch Rothkirch, nicht dazu instruiert waren, so konnte er nur so viel erreichen, daß sie einzeln zu Protokoll gaben, ihre Herrn würden bei einem Angriff auf Preußen nicht mitwirken. Durch diese Forderung war nun schließlich Friedr. v. Bayreuth doch gezwungen, offen Farbe zu bekennen. Durch seine Erklärung, die nun einmal Preußens wegen nicht verweigert werden konnte, sagte er sich ausdrücklich von der Majorität des Reiches los und mußte nun damit rechnen, zu den schlechtgesinnten Ständen gezählt zu werden. Es war die unausbleibliche Folge seiner Neutralitätspolitik.

---

[1]) Widmann an Kaunitz, Erlangen 14. Jan. 57.

[2]) Bericht Schückers d. d. Nürnberg 19. Jan. 57.

[3]) Bericht Plothos 10. Jan. Rescr. an Plotho 24. Jan. 1757. Berl. an Bayr. Minist. Berlin, 23. Jan., Rep. 44, KKK. 2 d, Fol. 39.

IV.

Neutralitätspolitik und Vermittlungsversuche des markgräflichen Hofes im Jahre 1757.

Ganz wider seinen Willen sah sich Friedrich von Bayreuth, der sich bemüht hatte, es beiden Parteien recht zu machen, in die Gefolgschaft Preußens gedrängt. Freilich die Lage seines Ländchens gestattete es ihm nicht, mit seinen geringen militärischen Kräften für Preußen einzutreten: er wäre von Würzburg und anderen armierten Ständen sofort überrannt worden. Wichtiger als die unbedeutende Streitmacht des Markgrafen war ja für den König auch die Stimme auf Reichs- und Kreistagen, die Gewißheit gegebenen Falls im Reich einen Stützpunkt zu haben und schließlich die Beziehungen des markgräflichen Hofes zu anderen Mächten, besonders zu Frankreich. In dieser Hinsicht konnte sich Friedrich seinem Schwager nützlich erweisen, und er war schon in Rücksicht auf seine Gemahlin entschlossen, für den König zu tun, was in seinen Kräften lag. Seine Ratgeber bestärkten ihn zum mindesten eher, als daß sie abrieten. Rothkirch hatte in der Zeit, da er leitender Minister in Bayreuth gewesen, einer vorsichtigen, doch würdigen Politik das Wort geredet; als Gesandter in Regensburg aber schien er erkannt zu haben, daß nur ein fester Zusammenschluß aller dem Kaiser opponierenden Fürsten, die vermeintlich der evangelischen Konfession und der Freiheit der Stände gefährlichen Pläne der Hofburg hindern könne. Er war deshalb einer der eifrigsten Anhänger Plothos geworden; doch als die Versuche, dem Reich den Frieden zu erhalten, scheiterten, kam er unter den Eindruck der gewaltigen, gegnerischen Majorität auf seine frühere Politik zurück und fing an, „sich ganz piano zu verhalten.“ [1])

Lauterbach war seit langem entschieden preußenfreundlich gesinnt, indessen genoß er, wie es scheint, kein zu großes Ansehen beim Markgrafen, auch war er zu ängstlich, um nicht doch wieder die kaiserliche Partei durch möglichst entgegenkommende Schritte zu versöhnen. Sein Sohn, der auch Geheimrat war, scheint nur ein Werkzeug des Vaters gewesen zu sein. Ellrodt, der bedeutendste im Ministerium, hätte wohl lieber gesehen, wenn er eine Oesterreich begünstigende Neutralitätspolitik hätte verfolgen können. Doch trotz seines beherrschenden Einflusses auf den Markgrafen fühlte er sich stets durch die französischen Kavaliere, die seine Nebenbuhler um Gunst und Macht waren, bedroht;

[1]) Cod. germ. Mon. 1415.

er suchte deshalb einen festen Rückhalt an der Markgräfin, den er nur durch Befürwortung ihrer Wünsche erlangen konnte. So lange sie lebte, redete er deshalb einer preußenfreundlichen, doch vorsichtigen Politik das Wort. Die französische, zum Teil sehr einflußreiche Umgebung der Fürstlichkeiten war noch von der Friedenszeit her gewöhnt, alle antiösterreichischen Bestrebungen zu unterstützen; sie verfocht die Gerechtigkeit der Sache des preußischen Königs[1]) und hoffte, wie es scheint unter Vermittlung des so maßvoll auftretenden Folard und durch ihre Verbindungen in Frankreich für den Markgrafen eine, wenn auch nicht ausdrücklich anerkannte, so doch tatsächlich bestehende Neutralität erlangen zu können; an ihrer Spitze stand der bei Friedrich und Wilhelmine gleich angesehene Graf Ludwig Alexander von Mirabeau, ein Oheim des Redners der Revolution. Wie Ellrodt in seinem zweiten Sohn, dem deutschen geheimen Sekretär German Friedrich von Ellrodt, so hatten sie in dem Elsässer Henneberg, dem französischen Geheimsekretär, einen Anwalt, der in Geschäften weitgehenden Einfluß auf den Markgrafen ausübte.[2])

Alle diese Einflüsse wirkten zusammen, um den Markgrafen, dessen Streben nach anerkannter Neutralität erfolglos geblieben war, in seiner Neigung zum Frieden zu bestärken. Neben den Gefälligkeiten[3]), die er bei sorgfältigster Rücksichtnahme auf Österreich Preußen zu gewähren suchte, war das positive Ziel seiner Politik, alle Bestrebungen, die zum

[1]) Widmann an Kaunitz, Nürnberg 14. Dez. 56.

[2]) Dieses Geheimsekretariat war Anfang 1756, gerade zur Zeit, als die Söhne Ellrodts von der Universität und von Reisen zurückkamen, errichtet worden. Da German Friedrich, der jüngere Sohn Phil. Andr. v. Ellrodts, der als ebenso schön, gut und liebenswürdig, wie sein älterer Bruder Friedrich Wilhelm der Wiener Gesandte geschildert wird, bei dem Markgrafen in hoher Gunst stand, so suchte sich vermutlich der Vater, der meist in Nürnberg beschäftigt war, auf diese Weise eine Stütze zu schaffen. Der Geheimsekretär hatte zunächst die Aufgabe in Almosensachen zu referieren und die Privatkorrespondenz des Markgrafen zu führen; bald nahm er auch die gesamte Immediatkorrespondenz in die Hand und griff auch in die amtlichen Geschäfte über, worüber sich die beeinträchtigten Behörden beschwerten, doch vergeblich. — Bald darauf wurde neben diesem „deutschen" ein „französischer" Geheimsekretär in der Person Hennebergs bestellt, vermutlich auf Andringen der Franzosen. Hinterlassene Papiere zeigen wenigstens enge Beziehungen Hennebergs zu Mirabeau (Bamb. Kr.-Arch. Märckeriana 2324, Hdschr. Chron. der Stadt Bayr. im Besitz des histor. Vereins Bayreuth). So weit die Berichte Widmanns auf diese Verhältnisse eingehen, bestätigen sie die Angabe der Chronik.

[3]) erwähnt sei, daß er, trotz der damit verbundenen Gefahren im Februar 1757 den größten Teil des preußischen Reichsgesandschaftsarchiv mit vielen wichtigen Papieren in der Plassenburg in Verwahrung nahm in der Zeit als Plotho Regensburg verlassen wollte. Bericht Plothos 11. Febr. 1757. Noch Anfang 59 vermittelte der Bayreuther Hof einen Teil der Korrespondenz zwischen Plotho und dem preußischen Ministerium.

Frieden führen konnten, zu unterstützen und sogar selber zu versuchen, den Frieden herbeizuführen. Diese letzteren Bemühungen mußten erfolglos bleiben, denn die Schultern eines deutschen Kleinfürsten waren zu schwach, um die schwere Last einer Friedensvermittlung zwischen den großen Mächten Europas tragen zu können. —

Man muß bei den Bemühungen des Bayreuther Hofes um die Herstellung des Friedens unterscheiden zwischen solchen, die im Rahmen der laufenden Geschäftsführung unternommen wurden, also durch das Ministerium gingen, und solchen, die von den Fürstlichkeiten unmittelbar ausgingen, gewissermaßen mediaten und immediaten; bei letzteren tritt die Markgräfin besonders hervor, doch es ist wohl kein Zweifel, daß ihr Gemahl mit ihren Versuchen nicht bloß einverstanden war, sondern sie auch erleichterte und unterstützte; wir dürfen auch, wenn es nicht wie bei einigen in der Kette dieser Bestrebungen im ganzen Verlauf der Dinge begründet ist, doch eine Art Mitwirkung des Markgrafen annehmen, da er die Wünsche seiner Gemahlin möglichst erfüllte und übrigens später selber einige immediate Versuche machte, den Frieden herbeizuführen. Ebenso dürfen wir annehmen, daß auch bei diesen und bei den Versuchen, die durch die Hände der Minister gingen, Wilhelmine in irgend einer Weise beteiligt ist. Das betont Widmann immer wieder, der als langjähriger und sehr urteilsfähiger Beobachter die Verhältnisse des Bayreuther Hofes wohl richtig eingeschätzt hat.

Ende des Jahres 1756 kam nach Bayreuth ein junger Franzose, ein Cornet der Edelgarde Ludwigs XV., der Ritter V a t a n; er fand bei Hofe eine sehr gute Aufnahme, denn er nahm die Fürstlichkeiten durch seine Liebenswürdigkeit sehr für sich ein, „ich prognosticiere ihm großes Glück" schreibt Wilhelmine an ihren Bruder Friedrich,[1]) „denn er hat eine feine Bildung nach Benehmen und Wissen". Er war, wenn wir Wilhelmine glauben dürfen, von dem Versailler Hof nach Deutschland geschickt, um Friedensverhandlungen auf geeigneten Wegen anzuknüpfen. Zunächst führte ihn sein Weg nach Regensburg, wo er durch Vermittlung des französischen Gesandten beim Reichstag, des preußenfreundlichen Abbé Lemaire, mit Plotho in Beziehung trat. Vatan ließ sich dem König empfehlen mit Zurückgreifen auf ein früheres Projekt der Marquise von Pompadour als Lohn für die Herstellung des Friedens das Fürstentum Neufchatel anzubieten.[2]) Charakteristisch für Plotho ist, daß er, ohne die Glaubwürdigkeit des geheimnisvollen Unterhändlers

[1]) Burrell a. a. O. IV, 99.

[2]) P. C. XIV, 185.

zu prüfen, oder wenigstens darüber zu berichten, mit Feuereifer auf das Projekt einging, es jedoch, ohne der Pompadur wesentlich zu schaden, für Preußen günstiger zu gestalten suchte. Er meinte in seinem Bericht vom 13. Dezember, man solle ihr lieber Mörs bieten, wodurch Österreich in den Niederlanden ein „Kappzaun" angelegt würde. Die Franzosen würden, so glaubte er, dankbar sein, daß man ihnen durch diese Abtretung gestatte und ermögliche, die österreichischen Niederlande zu umklammern und deswegen nichts dagegen haben, daß König Friedrich von Maria Theresia die Abtretung der vorderen Kreise Böhmens erzwinge; durch das „sacrifice" erhalte man also vielleicht „die völlige Connexion mit denen brandenburgischen Häusern, so bey dermahl einstigem Anfall solcher beyder Markgrafthümer der allerwichtigste Vorteil seyn könnte."

Ehe Plotho auf seinen Entwurf von Berlin aus Antwort bekommen konnte, reiste Vatan nach Bayreuth und weihte die Markgräfin in seine Vorschläge ein, damit sie sie Friedrich zustellen könnte. Als aber endlich die Antwort des Königs, die leider nicht auf uns gekommen ist, eintraf, war Vatan in ein heftiges Fieber und in melancholische Zustände gefallen. Die Markgräfin konnte von Glück reden, daß ein Freund des jungen Franzosen ihr die Papiere des Kranken zustellte, sodaß trotz der Neugierde des verdachtschöpfenden Widmann, das Geheimnis bewahrt blieb. Am 7. Januar mußte Wilhelmine ihrem Bruder den Tod des Offiziers melden. „Man hat zu spät erfahren", schreibt sie „daß er sich vor drei Wochen eine Geisteskrankheit zugezogen hat . . . . Diese Katastrophe hat mich über unser Elend nachdenken lassen." [1])

Allerdings ein wenig verheißungsvoller Anlauf der Bayreuther Friedenspolitik — würde man auf einem andern Wege mehr Glück haben? Ein solcher bot sich im Zusammenschluß mit andern Ständen des Reiches. Von diesen hatte sich als einer der eifrigsten Anhänger Preußens sowohl in militärischer, als politischer Beziehung Hessen-Cassel erwiesen. Deshalb vermutlich wandte sich Lauterbach am 7. Januar an das Ministerium Wilhelm VIII. mit der Anfrage, ob nicht ein votum commune Evangelicorum möglich sei, um den Reichskrieg zu verhindern, da aber von dort die Antwort ausblieb, vermochte man sich nicht zu

[1]) Burrell a. a. O. IV, 101 f. 105. Die Markgräfin drückt sich drastischer aus „il s'est donné un coup à la tête", d. h. er hat einen Sparren, an anderer Stelle spricht sie von seiner „melancholie". Diese Bemerkungen veranlassen mich, Koser a. a. O. II, 50 zu folgen und an einem Auftrag Vatans zu zweifeln, statt wie Volz, Politik und Kriegführung Friedrichs des Großen im siebenjährigen Kriege S. 73 f. Vatan ernst zu nehmen.

entschließen, Rothkirch zu der von Plotho erstrebten itio in partes zu instruieren; noch weniger konnte sich der Markgraf dazu bestimmen lassen, den in Aussicht genommenen neuen Protest des churbrandenburgischen Komitalgesandten, der am 11. Februar wirklich zur Diktatur kam, beizutreten. Auf ein Ersuchen des preußischen Ministers Podewils ließ er am 28. Januar ablehnend antworten, ein neuer Protest würde nichts helfen, sondern die Gegensätze nur verschärfen; besser sei es, wenn der König beantrage, „daß weile doch alle Höchst und Hohe Reichs-Mitstände ihre sehnliche Begierde zum Frieden . . . . zum Grund ihrer votorum geleget, selbige auch nun mehro belieben möchten, Ihro May. sowohl die Mittel und Wege dazu zu eröffnen, als auch Allerhöchst-Dieselben wegen Ihrer Lande in Sicherheit zu stellen." So sehr dieser Vorschlag geeignet schien, die katholischen Stände zu zwingen, Farbe zu bekennen und zu zeigen, ob es ihnen wirklich nur um die Erhaltung des Landfriedens zu tun war, und den österreichisch gesinnten Evangelischen das „Umtretten" zu erleichtern, so wenig paßte er zu der von Plotho bisher vertretenen Politik, der damit auf einmal den Reichsbeschluß vom 17. Januar hätte anerkennen sollen. So wurde denn, wie es scheint, weder in Berlin noch auch in Cassel, wohin Lauterbach in gleichem Sinne geschrieben hatte, dieser Friedensvorschlag als diskutabel betrachtet.[1])

Ein Grund für die Ablehnung war wohl auch die Wiederaufnahme des Planes eines evangelischen Fürstenbundes. Sie war am 31. Januar von Plotho angeregt worden, der selber in Regensburg alles vorbereitete und die evangelischen Gesandten zu veranlassen suchte, mit ihm die „Mahlstatt des Reiches" zu verlassen[2]) und an einem anderen Orte die Beratungen über den Abschluß einer Union durchzuführen. Das Berliner Ministerium nahm den Gedanken auf, knüpfte die von Plotho empfohlene Vorverhandlungen mit Hannover an und instruierte Eickstedt (der ursprünglich bei einzelnen deutschen Höfen gegen die Zustimmung zu den Anträgen Österreichs wirken sollte, wozu er aber zu spät kam),[3]) die von ihm bereisten evangelischen Höfe für den Abschluß eines solchen Bündnisses und zur Abberufung der Reichsgesandtschaften zu gewinnen; er sollte namentlich den Markgrafen von Ansbach umstimmen und ihn vor den von Österreich bestochenen Ratgebern warnen und Friedrich von

[1]) Kr.-A. G. Kr. F. B. A. 318.

[2]) Mit Unrecht zweifelt Brabant a. a. O. S. 87 daran, daß Plotho Regensb. zu verlassen plante. (P. C. XIV 216 und mehrere andere Berichte Plothos.)

[3]) Seine Instruktionen erst vom 15. Nov. und 4. Dez. 1756.

Bayreuth, der am 10. Januar „sehr seicht votirt" habe, zu einer energischeren Parteinahme bewegen. Trotz der eifrigsten Bemühungen blieb Eickstedt in Ansbach ohne Erfolg.[1]) In Erlangen, wo er am 5. Februar eintraf, hatte er mehr Glück, da der Markgraf, die Markgräfin und Ellrodt, „in dessen Hand die Sache ganz war", die beste Gesinnung zeigten. Wilhelmine, von deren Eifer Eickstedt bereits unterrichtet war, gab die stärksten Versicherungen von der Festigkeit ihres Gemahls, in der sie ihn noch bekräftigen wollte. Auch Friedrich sprach sich ähnlich gegen den Gesandten aus; er gab dem Wunsche Ausdruck, der König möchte doch, um den preußisch Gesinnten einen Rückhalt zu bieten, dauernd einen Gesandten beim Kreise beglaubigen. Aber gerade wegen dieses Rückhaltes gegenüber den Drohungen der kaiserlichen Minister müsse Plotho unbedingt in Regensburg bleiben, denn sonst werde ganz Süddeutschland der kaiserlichen Partei schließlich zufallen müssen, er selber aber wolle dem König treu bleiben. „Ich werde nie dem Concluso gemäß leben" betonte er, „Trouppen marschieren lassen, auch wenn ich der einzigste im gantzen Reich seyn sollte." Dann besprach sich Eickstedt mit Ellrodt, der ihm versicherte, wenn andere Gesandtschaften von Regensburg zurückgingen, würde man dem Beispiele folgen. „Dies letztere geschehe zwar nur von dem v. Ellrodt" fügte Eickstedt seinem Berichte bei, doch ohne Bedenklichkeit, denn „eben dieser hat . . . den mehristen Credit." Er meinte, er müsse nur auf seiner Rückreise den Hof „noch näher angehen", dann würde man wohl in Erlangen den Wünschen Preußens nachkommen. Damit, daß er nicht wieder an diesen Hof käme, rechnete der Kammergerichtsrat und improvisierte Diplomat ebensowenig wie mit der Tatsache, daß Ellrodt, der bezüglich der Abberufung fast das Gegenteil sagte als sein Herr, ihn nach seiner Art nur mit schönen Worten abgefertigt haben könnte.[2]) Denn tatsächlich war Ellrodt weit entfernt sich für die Trennung vom Reichstag und damit für den gänzlichen Bruch mit dem Kaiserhofe ins Zeug zu legen, vielmehr wurde Rothkirch angewiesen, sich gegen den Plan auszusprechen. „Es ist der alte Reichs-Ständische Muth nicht mehr vorhanden", seufzte Plotho, als er auf so viele Widerwillige stieß. Trotz eifriger Agitation mußte Plotho das Projekt fallen lassen, da es dem Berliner Ministerium nicht gelang, Hannover für dasselbe zu erwärmen.[3]) Um so fleißiger arbeitete man

[1]) Vergl. meine Kritik des Werkes Brabants, Forsch. zur Geschichte Bayerns.

[2]) Berichte Eickstedts, Instruktion und Rescripte B. St.-A. Rep. XI, Nr. 33, Conv. 22.

[3]) H. Meyer a. a. O. S. 43.

daran, eine Union ohne Trennung vom Reichstag herbeizuführen. Plotho verfaßte einen unverfänglichen Entwurf eines Vertrages zur Erhaltung der Verfassung und Fernhaltung fremder Truppen vom Boden des Reiches, da man den Fürsten zuerst nur mit „Milchspeisen" kommen könne. Dieses Projekt wurde an die Hannoversche Regierung und eine Reihe von evangelischen Höfen, unter denen auch Bayreuth war, geschickt. Während man schon an den durch ihre Lage weniger gefährdeten Höfen leere Ausflüchte machte oder nichtssagende Versprechungen gab,[1]) bezeichnete Bayreuth die „nähere Zusammensezung der evangelischen Stände als dermahlen unerreichbar". „Es ist bekannt", schrieb Lauterbach am 21. März 1757 nach Berlin, „daß weder reservationes noch protestationes in gegenwärtiger Crisi die Mittel geben können, den abgesehenen Endzweck zu erreichen." Da verschiedene „Evangelici" die kaiserlichen Vorschläge unterstützten, käme der Widerspruch anderer „in Consideration" . . . „Es scheinet dannenhero nach unserem wenigen Ermessen kein anderes adaequales Auskunffts-Mittel übrig zu seyn, als wann Ihro Königl. May. in Preußen geruhen wollten . . . . weile Höchst Dieselbe sowohl in Dero Votis als in anderen pupliquen Schrifften zum Öffteren erkläret, wie Sie die Chur.-Sächsischen Lande nach habender Sicherheit, also bald wieder zu räumen geneigt wären, solches nunmehro an das versammelte Reich öffentlich zu declariren, als wodurch Sie . . . . denen sämtlichen Ständen die Gelegenheit suppeditireten das Werk näher einzusehen und den Einmarsch fremder Trouppen abzuwenden."[2]) Man sieht, in Bayreuth hatte man doch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, daß durch eine Reichsvermittlung der Krieg beendet würde und war deshalb grundsätzlich gegen Unternehmungen, die die Gegensätze unter den deutschen Fürsten verschärfen mußten. Preußen hielt aber an dem Unionsprojekt fest. Die mit den Verhandlungen beauftragten Minister Podewils und Finckenstein schrieben Ende Mai nochmals an die schon früher aufgeforderten Fürsten. In Bayreuth wurde am 9. Juni eine Geheimratssitzung abgehalten, die sich gegen den Anschluß an die Union aussprach, weil sie die „Gelegenheit zu einer Gegenunio oder Ligue geben könne, woraus eine Spaltung im Reich erfolgen und die ohnehin mißlichen Umstände in noch weit größere Verwirrung gesetzt würden." Vor der Antwort an Podewils wurde der Rat der Reichsgesandtschaft in Regensburg eingeholt. Rothkirch empfahl eine Vorkorrespondenz mit Dänemark, Wolfenbüttel und einigen anderen Ständen,

[1]) H. Meyer a. a. O. S. 54 ff.

[2]) Berl. St.-A., R. T. A.

vorher aber eine Beratung mit dem Kreisgesandten. So wurde das Gutachten Ellrodts eingeholt, der sich in seiner Denkschrift vom 21. Juni entschieden gegen den Anschluß an die Union aussprach, aber riet, Preußen zu antworten, man sei zum Beitritt bereit, doch wolle man vorher mit einigen anderen Fürsten in Beratung treten. „Mit der Communication selbst aber pressiert es nicht so, immerhin könnte nach einiger Zeit an das dänische und Wolfenbüttelsche Ministerium geschrieben werden." Eine für Ellrodt sehr charakteristische Antwort! — Wie immer gab er auch hier den Ausschlag: im Sinne seines Gutachtens wurde am 23. Juni an Podewils und Finkenstein geantwortet.[1] Zu einer Verhandlung mit Dänemark und Wolfenbüttel scheint es aber nie gekommen zu sein.

Diese mehr als vorsichtige Politik, deren ganze Weisheit darin bestand, es mit keiner Partei zu verderben, entsprach der Ohnmacht eines deutsches Kleinstaates. Man wird daher die Bayreuther Exzellenzen nicht zu sehr tadeln können, wenn sie ihrem nur allzu lenkbaren Herrn nicht die ehrgeizige und doch wieder aufopferungsvolle Politik Wilhelms VIII. von Cassel oder im österreichischen Lager des aus ähnlichen Motiven handelnden Adam Friedrich von Würzburg und Bamberg empfahlen. Der Landgraf sah bald wegen seiner durchaus preußenfreundlichen Haltung Hessen von den Franzosen grauenvoll heimgesucht und die fränkischen Hochstifter sollten bald genug den Zorn des preußischen Königs empfinden. Noch mehr als sie, wäre Friedrich von Bayreuth heftigen Verfolgungen ausgesetzt gewesen, wenn er sich den Kaiser zum Feinde machte, zumal jetzt im Frühjahr und Sommer des Jahres 1757, wo die Kreiskontingente sich in Franken zu sammeln begannen. Am 29. Januar nämlich hatte der fränkische Kreis gemäß dem Reichsschluß vom 17. Januar — so erforderte es die Geschäftsordnung — nochmals den Anschlag der Avocatoria und die armatura ad triplum beschlossen. In der Opposition stand nur der Landgraf von Hessen-Cassel, als Fürst von Henneberg-Schmalkalden. Er erklärte sich nach dem Beschluß nicht richten zu wollen. Auch Bayreuth sprach sich dagegen aus. Auf Widmanns Vorhaltungen und Versicherungen, „daß beiderseits Kayserl. Mayestaeten sich ehender würden gänzlich aufopfern, als denen getreuen Ständen einen Abbruch thun lassen", erklärte er aber dem österreichischen Gesandten unter der Hand, er habe gegen Lauterbach durchgesetzt, daß man sich dem Beschluß fügen werde. Das war in denselben Tagen, in denen Ellrodt auch dem preußischen Spezialgesandten die besten Ver-

[1] Bamb. Kr.-A. Br., R. T. A. Tomus XII.

sprechungen gab! Als aber den Worten Taten folgen sollten, zeigte es sich, daß der Markgraf nicht geneigt war, an dem Kriege gegen seinen Schwager teilzunehmen; für sein Zaudern führte er immer neue Gründe an, bald war es die durch Preußen gefährdete Lage des fränkischen Kreises, dessen Fürsten, wie bei französischen Kriegen die Stände Schwabens, ihre Regimenter im Lande behalten sollten, bald war es gänzlicher Mangel an Geld, bald das Umherschweifen von Deserteuren und Marodeuren, was ihn entschuldigen sollte. Widmann, der des öfteren den Hof aufsuchte, bat und drohte — vergeblich! Am 11. Mai waren die Fürsten Frankens so weit gerüstet, daß sie die Vereinigung ihrer Kreiskontingente binnen 14 Tagen und Ausrücken zum Reichssammelplatz bei Würzburg beschließen konnten. Bayreuth und Schmalkalden stimmten, „weil sie noch keine Instruktion hatten", nicht mit. Zugleich wurde dem Kreisgeneralfeldmarschall von Kreiswegen der Auftrag erteilt, er solle an die Regimentskommandeure die erforderlichen Ordres erlassen. Nicht ohne Spannung erwartete man, ob der Befehl erfüllt würde oder nicht; denn Generalfeldmarschall war seit 1742 — Markgraf Friedrich von Bayreuth. Aber seine Feinde im Kreise täuschten sich, wenn sie hofften, er werde Anlaß bieten, daß man ihn seiner hohen, militärischen Würde entkleiden könne. Er erließ an die verschiedenen Generalmajore und Obersten die Ordre, ihre Regimenter zusammenzuziehen und nach Würzburg zu führen; der erste aber, der den Befehlen des Oberstkommandierenden nicht gehorchte, war er selber in seiner Eigenschaft als Herr des Bayreuther Kontingents. Eine jener Wunderlichkeiten in den verworrenen Verhältnissen des heiligen, römischen Reiches teutscher Nation! Nimmt man noch dazu, daß die Gemahlin des Kreisgeneralfeldmarschalls mit stillschweigender Zustimmung des Gatten für den „Feind" Rekruten anwirbt und an zurückkehrende preußische Deserteure Pässe verteilt und sie mit Geld, Lebensmitteln und Kleidern versieht, so ist das Bild bizarrer Verwirrung vollendet.[1])

Noch in letzter Stunde machte Widmann einen Versuch den Markgraf zur Stellung des Kontingents zu bewegen. Gelegentlich des Geburtstages des Markgrafen war er am 10. Mai in Bayreuth eingetroffen und setzte nun allen einflußreichen Persönlichkeiten hart zu. Hatte der Markgraf ihm vorher „en ami" sagen lassen, „qu'il espéroit, que Mr. Baron de Widmann feroit une différence entre mari et

[1]) Bericht Plothos, 25. Aug. 57. Berl. St.-Arch. und Burrell a. a. O. IV, 148 f. Ellrodt an Markgr. Friedr., Nürnb. 8. Aug. Bamb. Kr.-Arch. G. Kr. F. B. A. 323.

femme", so wendete sich jetzt der Gesandte zunächst an Wilhelmine. Doch sie war zu krank, um sich auf eine eingehendere Unterredung einlassen zu können, sprach aber „mit Erfurcht und Zärtlichkeit" von der Kaiserin, gab ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck und seufzte: „faut il que mon héros et mon héroïne soient ennemis?" — Der Markgraf kam mit alten und neuen Ausreden und erklärte, er könne seine armen Leute nicht ins Lager bei Würzburg schicken, weil dort hitzige Krankheiten die Soldaten wegrafften. Ellrodt, der auch nach Bayreuth gekommen war, suchte Widmann hinzuhalten; er wolle erst an seinen Sohn in Wien schreiben, der dem Kaiser die eigenartigen Verhältnisse des Markgrafen vorstellen und um Erlaubnis, das Kontingent zum Schutz gegen Marodeurs im Lande zu behalten, bitten sollte. So blieb es dabei, daß der Markgraf noch keine Zusagen hinsichtlich des Ausmarsches seiner Truppen machte. „All dies", schrieb Widmann am 13. Mai an Graf Kaunitz, „ist mutmaßlich der ganzen Zärtlichkeit der hiesigen Markgräfin gegen ihren-Brüdern und der von ihr gegen den Markgrafen habenden Vermögenheit um so mehreres zuzuschreiben, als Ellrodt selbsten wegen seiner Eigenen Erhaltung sich an Sie die Markgräfin halten muß und viele Stunden bey Ihr zubringet."

Um diese Zeit machte der preußische Oberstleutnant von Mayr[1]) von Böhmen aus einen Einfall nach der Oberpfalz und Franken und setzte mit seinen 1500 Mann das ganze Reich in Aufregung. In Regensburg zitterte man und dachte an Flucht, der Kurfürst von Bayern suchte „seiner erkennenden Ohnmacht nach die Neutralitätspartie zu ergreifen." Der Markgraf von Ansbach, der die schon im Januar angekündigte Züchtigung für sein schmähliches Abkommen mit Österreich fürchtete, floh zu seinem neuen Freund, dem Bischof von Würzburg. Selten wohl hat ein Fürst so unfürstlich gehandelt, wie er. Gegen einige tausend Gulden jährlicher Pension hatte er sich im Geheimen verpflichtet, stets „praescriptis verbis" zu Gunsten des Kaisers zu stimmen, als aber die Minister und Geheimräte und Sekretäre von dem Abkommen hörten, hatten sie den Markgrafen verlassen oder sich geweigert, mit ihm zu arbeiten. Verhandlungen mit dem späteren französischen Gesandten beim fränkischen Kreise, dem Grafen Görtz und dem hernach in Württemberg so berüchtigten Freiherrn von Montmartin[2]) zur Bildung

[1]) Mayrs Einfall am eingehendsten bei Brabant a. a. O. 110 ff. für Bayern auch Bitterauf a. a. O. 83 f.

[2]) Brabant a. a. O. S. 102 sagt, Graf Montmartin habe ein neues Ministerium gebildet; das ist unrichtig, Montmartin (erst später Graf) stellte zu hohe Forderungen,

eines neuen Kabinetts zerschlugen sich. Mit seiner Gemahlin war der Markgraf längst zerfallen, sein Sohn hatte sich grollend von ihm zurückgezogen. Von allem verlassen floh der einst so stolze Fürst von Mayrs Freischaren und suchte, da er sich von seinen Soldaten allein auf seinen „Mignon", den Oberstleutnant von Reitzenstein verlassen konnte, hinter den Mauern von Würzburg, wenigstens seine Person der strafenden Hand des Schwagers zu entziehen; ja, nicht einmal da fühlte er sich sicher, sondern gedachte nach der Schweiz oder nach Wien zu fliehen; doch hielt ihn der Bischof fast mit Gewalt in Würzburg zurück.[1])

Auch den Vätern der Stadt Nürnberg schlug das Gewissen; hatten sie doch die kaiserlichen Avokatorien angeschlagen und einen preußischen Werbeoffizier gefangen genommen und nach Wien ausgeliefert.[2]) Schnell noch nahm man die Avokatorien ab, aber den Offizier konnte man leider nicht zurückholen und freilassen; so sah man in banger Erwartung den künftigen Dingen entgegen.

Auch der Bischof von Würzburg und Bamberg hatte Ursache die Rache Preußens zu fürchten, aber er hatte ein unerschrockenes Herz und scheint von den bedrohten Ständen und Fürsten Frankens der einzige gewesen zu sein, der den Kopf nicht verlor. Er drängte, wie und wo er konnte, auf Zusammenziehung der Kreismannschaften und auf die Unterstützung durch die übrigen Kreise; als das ohne Erfolg blieb, ließ er seine Haustruppen unter General Kolb ausrücken mit dem Auftrag, Mayr aus dem Kreise zu drängen, was ihnen trotz des wenig erfolgreichen Gefechtes bei Bach schließlich gelang.

Oberstleutnant von Mayr sollte Magazine zerstören, Geld und Rekruten mitbringen und die Stände zur Neutralität bewegen und so den Aufmarsch der Reichsarmee verhindern oder doch verzögern. Tatsächsich erlangte er weder von Bayern und Nürnberg, mit denen er Unterhandlungen anknüpfte, noch von irgend einem Fürsten einen dauernden Friedensschluß mit Preußen, und was die Zasammenziehung der Reichstruppen betraf, so beschleunigte er sie nur durch seinen Ein-

---

die der Markgraf unmöglich erfüllen konnte; er trat noch 1757 in würtembergische Dienste (Berichte Widmanns an Kaunitz) im übrigen wäre der gewissenlose Mensch wohl der Mann des Markgrafen gewesen. Vergl. Pfaff, Geschichte Würtembergs II 2 (1820) S. 442 f. — Graf Görtz führte nur ganz vorübergehend die Geschäfte, ohne sich zu binden.

[1]) Mayr. an König Friedrich, Ebermannstadt 12. Juni 57 (Berl. St.-Arch. Rep. XI Fränkischer Kreis) Widmann an Kaunitz, 2. Juni.

[2]) Rescr. an Mayr, 6. Juni 57. (Akta des Kabinets Friedrichs II., Rep. 96, 89 F.)

fall. Um so rücksichtsloser aber trieb er Geld ein und schädigte, wo er konnte, die Städte und Länder. Im Bambergischen ging es soweit, daß sich das Landvolk gegen ihn zusammenrottete. Wenn wir Wilhelmine Glauben schenken dürfen, so waren es Priester und Mönche, die „ihre Pflicht taten" und mit Genehmigung des Bischofs die Bauern aufwiegelten und bewaffneten.[1])

Mayr hatte den Auftrag Bayreuth zu schonen; ein Kommissar des Markgrafen sollte ihm die Grenzen des Fürstentums zeigen.[2]) Er hielt sich genau an seine Vorschriften und belegte keine Ortschaft Bayreuths mit Quartieren. Weit entfernt Brandschatzungen zu erheben, schützte er sogar das Land vor Proviantexpressung seitens der Würzburger Truppen.[3]) Dennoch hatte der Einfall der Preußen mancherlei unangenehme Folgen für den Markgrafen. Trotz aller seiner Gegenerklärungen hielt sich das Gerücht, daß er im Einverständnis mit Mayr handelte, daß er ihm Nachrichten gäbe, ihn mit Rekruten und Lebensmitteln unterstütze, und als die Freischaren gegen Ende ihrer Expedition am 17. Juni ungestört von dem Kommandanten Generalmajor von Beust unter der bayreuthischen Bergfestung Plassenburg lagern durften, schien man den Beweis für den Verrat des Markgrafen zu haben.[4]) Tatsache aber war, daß der Markgraf, wenn auch nicht allzu energisch gegen den Aufenthalt Mayrs im Bayreuthschen protestieren ließ und — allerdings zu spät — den Verkauf von Lebensmitteln an die Preußen verbot. Den Durchgang durch sein Land aber gestattete er unter den gleichen Bedingungen, wie den Preußen auch den Truppen des Bischofs von Würzburg.[5])

Schlimmer als diese üblen Nachreden waren die Drohungen der Bamberger Bauern, die in Wut über die Schonung ihrer Bayreuther Nachbarn zwei Beamte Friedrichs, die ihnen in die Hände fielen, empfindlich mißhandelten; niemand durfte wagen, die bambergische Grenze zu überschreiten und besonders war Friedrich selber gefährdet, denn die Aufwiegler drohten, „sie würden den Markgrafen totschlagen wie einen Hund, wenn er einen Fuß auf ihr Gebiet setzte". Stündlich mußte

---

[1]) Burrell a. a. O. IV, 115.

[2]) P. C. XV, 30.

[3]) Bericht Mayrs, Ebermannstadt 12. Juni. Rep. XI Fränk. Kr., Berl. St.-A.

[4]) Bericht Plothos, 30. Juni 57.

[5]) Brabant a. a. O. S. 124; Bamb Kr.-Arch. Kriegsfehde Bundesakten 321. Wien. St.-Arch. Staatskanzlei Reich 91. Münchn. Reichsarch. Fasc. I Nr. 11 (Nachlaß Loris).

man die Nachricht fürchten, daß sie die bayreuthischen Dörfer in Brand setzten.[1]) Erst nach dem Abzug Mayrs beruhigte sich das Landvolk wieder, die Grenzen wurden wieder frei und der Bischof gab die erforderte Genugtuung für die vorgefallenen Exzesse. Außerordentlich peinlich für Friedrich von Bayreuth war ein eigenartiger Zwischenfall. Der Oberstleutnant von Reitzenstein, jener Ansbacher Offizier, der seinen großen Einfluß auf Markgraf Carl im Interesse Österreichs ausübte, war von den kreisausschreibenden Fürsten (Bamberg und Ansbach) am 28. Mai zu Mayr gesandt worden, um ihn nach seinem „Ausweis" zu fragen. Mayr sah das als guten „hazard" an, nahm den schlimmsten Berater des Markgrafen fest und schickte ihn unter Aufsicht des Rittmeisters von Wildenheim und zweier Husaren in's Lager von Prag, da, wie er sarkastisch und vielverheißend für den Offizier, berichtete „Ew. Majestät diesen Oberstleutnant vielleicht persönlich gerne sprechen werden".[2]) Rittmeister von Wildenheim reiste mit seinem Arrestanten über Bayreuth und statt seiner Instruktion gemäß die Postpferde außerhalb der Stadt zu wechseln, fuhr er während der Nacht in die Residenz hinein; dort wurde er von der Wache aufgefordert, sich zu legitimieren. Den dadurch entstehenden Aufenthalt benutzte Reitzenstein, er entsprang dem Wagen und erklärte sich in die Hände des wachhabenden Korporals als Gefangenen des Markgrafen von Bayreuth. Da der Unteroffizier keine Einwendungen erhoben hatte, mußte am nächsten Morgen der Markgraf wohl oder übel Reitzenstein als seinen Arrestanten anerkennen und ließ ihn auf die Plassenburg bringen. Carl von Ansbach geriet in furchtbaren Zorn über die Gefangennahme seines Günstlings. „Niemand zweifelte daran", schrieb der Regensburger Chronist, „er werde diesen affront so hoch aufnehmen, als er wirklich ist und sich wohl gar eine Ehre daraus machen gegen seinen Herrn Schwager, das nämliche Talent von Bravour und Ehrliebe zu behaupten, so das Brandenburger Geblüt so sehr anwallen macht." Wenn man es als einen Beweis rühmlicher Ehrliebe ansehen will, daß der entartete Sproß des Hohenzollernhauses sich zur Regelung der Angelegenheit hinter andere steckte, so behält der Chronist allerdings recht; denn auf Ersuchen Carls von Ansbach verlangte der fränkische Kreis, Widmann und zuletzt der Kaiser von Friedrich von Bayreuth die Entlassung Reitzensteins aus seiner Haft. Der arme Markgraf kam in die peinlichste Verlegenheit. Er konnte kaum das Anhalten Reitzensteins vor dem König von Preußen entschuldigen und

[1]) Wilhelmine an König Friedrich, 14. Juni 57. Burrell a. a. O. IV, 115 f.
[2]) Obengenannter Bericht Mayrs vom 31. Mai.

nun sollte er ihn nochmals vor den Kopf stoßen und den Gefangenen frei geben? Das ging unmöglich an. — Während er vor dem Kreis das Festhalten des Gefangenen notdürftig zu begründen suchte, bat er seinen Königlichen Schwager flehentlich um die Erlaubnis, der Forderung des Reiches nachkommen zu dürfen. Der König aber verzichtete nur auf die Auslieferung des ihm als Werkzeug Seckendorffs verhaßten[1]) Oberstleutnants und behielt sich den Verbleib des Arrestanten auf der Plassenburg vor. Erst als auf die immer heftigeren Drohungen von Kaiser und Reich Wilhelmine ihre Bitten mit denen des Gemahls vereinte, willigte der König am 6. Juli in die Entlassung Reitzensteins ein, da er „in Verzweiflung wäre", wenn sich der Markgraf und die Markgräfin durch die Festhaltung des „schlechten Subjekts Affären von Seiten seiner Advokaten auf den Hals zögen".[2]) Das schlechte Subjekt wurde also freigelassen und spielte bis zu dem bald darauf erfolgenden Tode Carls von Ansbach seine verhängnisvolle Rolle weiter.

Alle diese Vorkommnisse hatten in deutlicher Weise die Anhänglichkeit des Markgrafen von Bayreuth an den König von Preußen reichskundig gemacht. Man wunderte sich nicht mehr, daß, als im Laufe des Juni und Juli allmählig die Reichstruppen in dem neuen Lager bei Fürth zusammentröpfelten, die Bayreuther Kriegsmacht ausblieb. Freilich Hildburghausen, des heiligen römischen Reiches Generalissimus, der seit Ende Juni mit unermüdlichem Eifer aus dem buntscheckigen Haufen ein Heer zu machen suchte, war nicht geneigt die Bayreuther Uniformen in dem bunten Farbenbild seiner Armee zu vermissen und auch Widmann und Adam Friedrich von Würzburg wollten des schlechten Beispieles willen, das Fernbleiben der Bayreuther unter keinen Umständen dulden, denn schon seit einigen Wochen zeigte sich der Markgraf von Ansbach und andere Fürsten unzufrieden, daß man gegen seinen Vetter in Bayreuth keine Gewalt anwende. Er wurde einmal ganz „feurig" und rief: „weilen man in mich so stark dringet, ist es billig, daß auch ein gleiches gegen den Markgrafen von Bayreuth beschiehet." Widmann aber wies den darin liegenden Vorwurf auf ihn zurück; es sei doch Sache der kreisausschreibenden Fürsten, die Exekution gegen säumige Stände zu vollstrecken.[3]) Von einer Kreisexekution war aber nicht die Rede. Vermutlich hielt es der Bischof von Würzburg für zweckmäßiger ein derartig unangenehmes Geschäft Hildburghausen

[1]) Eichel an Finckenstein, 9. Juni 57. P. C. XV, 158 Anm. 2.

[2]) P. C. XV, 217 f., 248.

[3]) Widmanns Bericht, 1. Juni 57.

zu überlassen. Wozu hatte denn auch das Reich einen Generalissimus? In Wien war man indessen ernstlich unzufrieden, daß der Markgraf von Bayreuth weder das Kontingent noch die römermonatlichen Beiträge zahlte. Der Reichsvizekanzler Graf Colloredo redete dem bayreuthischen Gesandten Friedrich von Ellrodt am 6. Juli ins Gewissen, er sollte ja seinen Herrn ermahnen, diesen seinen reichsständischen Pflichten nachzukommen, sonst würde man es bedauern, wenn man zu „Extremitäten" bestehend in Exekution schreiten müsse.[1])

Noch ehe diese bedrohliche Nachricht aus Wien eintraf, hatte am 5. Juli Philipp Andreas von Ellrodt eine Audienz bei Hildburghausen. Er bat ihn auf das Kontingent solange zu warten, bis sein Herr dem Feldmarschall „sein Herz ausgeschüttet" habe, wozu er sich in kurzem nach Erlangen begeben wolle. Hildburghausen meinte, der Markgraf müsse unbedingt seine Pflichten erfüllen, worauf Ellrodt klagend berichtete, wenn man das Kontingent stelle, würde der König von Preußen das Kapital, das er dem Markgrafen vorgeschossen habe, auf Grund des Vertrages eintreiben; dann aber wäre es mit seinem Ansehen beim Markgrafen aus und er könne nicht, wie bisher dem Kaiser so gute Dienste leisten. Widmann, der zugegen war, war über diese Dreistigkeit Ellrodts einigermaßen entrüstet und riet dem Generalfeldmarschall, er solle öffentlich erklären, wenn der Markgraf sein Kontingent nicht schicke, werde man es holen müssen.[2]) Hildburghausen aber wollte vorläufig von einer solchen Drohung nichts wissen, die er doch nicht ausführen konnte, denn zunächst hatte er alle Hände voll zu tun, um aus seinem Kriegsvolk Soldaten zu machen. Am 19. Juli fand eine neue Besprechung zwischen Ellrodt und Widmann statt, der Bayreuther kam wieder mit den alten Gründen, weshalb man nicht in der Lage sei, sich den Reichsbeschlüssen zu fügen. Als aber Widmann die Einwendungen nicht gelten ließ, schlug Ellrodt einen sonderbaren Ausweg vor. Der Markgraf solle die Standestabellen des Kontingents schicken, der Prinz von Hildburghausen aber zugleich den Befehl erlassen, daß die Bayreuther Truppen die Heimat gegen preußische Einfälle decken, d. h. zu Hause bleiben sollten. Denselben Vorschlag wiederholte der Markgraf, der am 20. Juli ebenfalls ins Hauptquartier kam, unter 4 Augen dem Prinzen. „Ein über das andere Mal deckte er ihm so aufrichtig, als wehmütig seine ganz besonders mißliche Lage und Umstände auf", er setzte ihm die Verpflich-

[1]) Bamb. Kr.-Arch., G. Kr. T. B. A. 323.

[2]) Widmann an Kaunitz. Hauptquartier Fürth, 9. Juli 57.

tungen gegen „den ohnehin bekanntermaßen sehr leicht gereizten" König von Preußen und gegen die kranke Gemahlin, der er durch Nachgeben „einen tötlichen Schmerz verursachen würde", die finanziellen Schwierigkeiten und die Schulden bei Preußen, auseinander und rief endlich mit Tränen in den Augen: „Wann man mir mein Leben nehmen will und der gemeinen Sache dadurch geholfen werden kann, so gebe ich es gerne her, denn die Umstände, worinnen ich mich befinde, müssen es mir in die Länge ohnhin kosten." Hildburghausen wurde durch diesen leidenschaftlichen Schmerzausbruch ganz gerührt und gewann erst seine Festigkeit wieder, als Widmann hinzutrat. Die beiden erklärten dem Markgrafen, daß es nicht in ihrer Macht stehe, ihn von der Stellung der Truppen „loszuzählen" und daß, wo es sich in Erfüllung der Reichspflichten handelte unmöglich „einige Privatrücksicht Plaz greifen" könne; doch auf sein „allbewegliches Andringen" konnte selbst Widmann seine Rührung nicht unterdrücken. Er versprach nochmals an den Kaiser zu berichten, dessen „endschafftlicher Verbescheidung" aber blinder Gehorsam geleistet werden müsse. Als der Markgraf einigermaßen getröstet nach Hause gereist war, beschlossen Hildburghausen und Widmann den Vorschlag des Markgrafen beim Kaiser zu empfehlen. Besonders der Prinz war damit einverstanden, da mit der Einsendung der Tabellen ja der Rechtstandpunkt gewahrt schien und beim Ausmarsch das Kontingent sich „ganz von selber" anschließen werde. Hildburghausen schrieb denn auch nach Wien, daß er die Bayreuther Truppen gar nicht gerne haben wollte, da sie wohl wie die 6000 Würtemberger, die „ungezogene Pursch" revoltieren und ihm die übrigen Soldaten anstecken würden.[1])

In Wien dachte man aber anders. Ein kaiserliches Rescript[2]) vom 10. September wies den Generalfeldmarschall an, von dem Markgrafen die Stellung des Kontingents, die Zahlung der rückständigen Römermonate, den Anschlag der Avocatoria und die Erklärung beim Reichstag, dem „jüngeren" Reichsschluß vom 17. Januar beizutreten, zu verlangen. Im Falle des Ungehorsams sollte nach 14 Tagen „ohne weitere Rückfrag und ohne einigen längeren Zeitanstand" die Execution vollzogen werden, „weilen es ohnehin allschon ein allgemeines Aufsehen erregt, daß zu der Zeit, da die willige Stände die ihrige Obliegenheit erfüllt haben, andere ungehorsame (wie Weimar und Gotha) die Ahndung empfinden, der in gleicher Schuld befangene Markgraf zu Kulmbach freygelassen werden

[1]) Widmann an Kaunitz, Hauptquartier 22. Juli und Bericht Hildburgh. 23. Juli (Wien. St.-Arch. Kriegsakten 410).

[2]) Wien. St.-Arch. Kriegsakten 410.

wolle." Hildburghausen teilte die 4 Forderungen dem Markgrafen mit. Selbst die Markgräfin redete nun ihrem Gemahl zu, die Truppen zu stellen in der Hoffnung, daß sie zu Friedrich überträten. Sogar der König riet nachzugeben. „Beschwöre den Markgrafen", bat er seine Schwester, „die Segel während des Sturmes zu streichen und sich nicht aus Liebe zu mir zu Grunde zu richten. Ich sehe nur Klippen und Schiffbrüche; man braucht ihre Zahl nicht zu vergrößern, zumal die Festigkeit gegen die Übermacht nutzlos ist." [1]) Doch der Markgraf blieb fest. Von der Rechtlichkeit seines Entschlusses durchdrungen, folgte er in vornehmer Gesinnung dem ehrenhaften Gefühl, ohne den Gründen der Vernunft Gehör zu geben; im Augenblick war er auch von der größten Not befreit, denn Hildburghausen, dem sich sein Kontingent nicht „ganz von selber" angeschlossen hatte, stand bereits in Thüringen. Er machte sich nicht klar, daß die Reichsarmee, ob sie nun siegte oder ihrem Roßbach entgegeneilte, allemal stärker war als ein schwacher, kleiner Reichsfürst. Und so schien er die Zahl der Schiffbrüche vermehren zu wollen.

Ich muß etwas zurückgreifen, um von anderen Bestrebungen des Bayreuther Hofes, deren Trägerin Wilhelmine war, zu berichten. Ich erwähnte oben [2]) das Erscheinen des Ritters Vatan, der Friedensvorschläge brachte. Vielleicht waren es die günstigen Eröffnungen dieses Offiziers, vielleicht aber auch Anregungen von anderer Seite, die die Markgräfin veranlaßten, auf den ihr offenen Wegen mit Frankreich Verhandlungen anzuknüpfen, um ihren Bruder aus seiner furchtbaren Not zu helfen und ihm Frieden zu schaffen. Das naheliegendste war eine Anknüpfung mit dem französischen Gesandten F o l a r d, der, wie schon erwähnt, enge persönliche Beziehungen mit den Fürstlichkeiten in Bayreuth unterhielt. Schon Ende 1756 hatte Widmann mit Mißtrauen seine vielen Besprechungen mit Wilhelmine wahrgenommen und dem Franzosen nicht so recht geglaubt, wenn er ihm versicherte, er suche ihr das Unrecht ihres Bruders und die Gerechtigkeit der Sache Frankreichs auseinanderzusetzen. [3]) Sicher nicht ohne Grund. Denn tatsächlich unterhielt sich Wilhelme mit Folard über andere Dinge als über die Rechtsfrage. Sie sondierte bei ihm, ob er geneigt sei, Briefe an Belle-Isle, dem späteren französischen Kriegsminister gelangen zu lassen, und konnte am 7. Januar bereits ihrem Bruder melden, daß er eventuelle Vorschläge König Friedrichs auf „geheimen undurchdringlich ver-

[1]) P. C. XV, 399 f.

[2]) S. 50 f.

[3]) Widmann an Kaunitz, Nürnberg 27. Dez. 56.

borgenem" Wege nach Frankreich gelangen lassen würde.[1]) Friedrich lehnte ab, bat aber den französischen Gesandten „bei guter Laune" zu halten, da er sich vielleicht später einmal seiner bedienen könne.[2]) In der Tat pflegte der Bayreuther Hof im Laufe des Frühsommers die Beziehungen zu Folard, wie wir annehmen dürfen, besonders auf Wilhelmines Drängen; Folard war entgegenkommend genug; er hatte häufige Besprechungen mit Ellrodt, verschaffte, wie es scheint, seinem Herrn neuerdings französische Subsidien[3]), unterstützte die Kreispolitik[4]) des Markgrafen und hielt das Mißtrauen Widmanns dadurch wach.[5]) Wie weit Folard zu dieser Haltung durch seine persönliche Neigungen zum Bayreuther Hofe oder durch Weisungen aus Versailles veranlaßt wurde, muß dahin gestellt bleiben. Vermutlich spielten politische Erwägungen dabei eine Rolle; Folard mußte, wie es scheint, daran arbeiten im Reiche eine französische Partei zu schaffen, denn gerade im Frühjahr schien man in Versailles eine Versöhnung Preußens mit Oesterreich und einen Angriffskrieg des gesamten Deutschlands gegen Frankreich zu fürchten.[6]) Sicher ist, daß Wilhelmine, die nach Folards Rückkehr aus Kassel, wo er Ende März und April weilte, wieder mit ihm anknüpfte, ihm nicht recht traute,[7]) als er verlangte, Friedrich sollte Vorschläge zu dem von beiden Parteien gewünschten Frieden machen, da Frankreich als Garant des westfälischen Friedens unmöglich die ersten Schritte tun könne. Sie suchte ihn „in gleicher Münze" zu bezahlen und erklärte ihm rund heraus, daß, wie sie die Denkungsart ihres Bruders kenne, er niemals Friedensvorschläge machen werde.[8]) Trotz dieser Abweisung aber blieb Folard bei guter Laune.[9]) Das war für König Friedrich in diesen Tagen von hohem Wert, da das Unglück bei Kolin und die Schreckenskunde von dem Rückzug des Herzogs von Kumberland und dem Vormarsch der Franzosen, die Magdeburg bedrohten,

[1]) Burrell a. a. O. IV, 105.

[2]) P. C. XIV, 211, 213.

[3]) Siehe S. 88 f. Fußn. 3.

[4]) So den Plan des Markgrafen den Kreistag nach Erlangen zu verlegen. Widmann an Kaunitz, Nürnberg 13. März 57.

[5]) Besonders peinlich berührte es Widmann, daß Folard den Bischof von Würzburg und Bamberg dem Markgrafen günstig zu stimmen suchte. Ein Erfolg darin hätte den Markgrafen aus seiner isolierten Stellung im Kreise gerettet. Widm. an Kaun., Bamberg 1. Mai 57.

[6]) Wilhelmine an Friedrich, Ende Juni 57. P. C. XV, 187, Fußnote 2.

[7]) Wilhelmine an Friedr., 10. und 19. Mai. P. C. XV, 41 und 102.

[8]) Vergl. Friedrich an Michell in London, 3. Juni 57. P. C. XV, 123.

[9]) Widmann an Kaunitz, 23. Mai und 1. Juni 57.

den König keinen andern Ausweg sehen ließen, als mit Frankreich anzuknüpfen.[1]) Er schrieb am 25. Juni an Wilhelmine: „Nach meinem Unglück vom 18. bleibt mir keine Zuflucht als durch Vermittlung Frankreichs zu versuchen, Frieden zu schließen. Ich bitte Dich, Folard zu sagen, ich wäre, wie Du sicher wüßtest geneigt, mich Frankreichs Schiedsspruch zu fügen und daß man hoffe, Frankreich würde zum mindesten noch einen Rest von Freudschaft zu seinem alten Bundesgenossen bewahrt haben, und daß man nur wissen wolle, was Frankreich von mir verlange. Meine Lage wäre nicht verzweifelt, aber Du wärest sicher, man würde sie einigen, um des Wohles Deutschlands willen und um mehr Blutvergießen zu vermeiden. Du bätest um eine schnelle Antwort, Du wüßtest, daß mir Österreich Bedingungen vorgeschlagen, die ich niemals annehmen würde und ich wollte und erwartete nur von Frankreich den Frieden . . . . Ich vertraue mich ganz Deiner Freundschaft an, aber ich flehe Dich an, zu eilen, denn es ist keine Zeit zu verlieren. Ich glaube, wenn Du einige verbindliche Worte für den Marschall Belle-Isle hinzufügst, so würde das nur eine gute Wirkung haben.“ [2])

Ein verzweiflungsvoller Brief! Größer als Wilhelmines Freude und Eifer, dem Bruder durch Ausführung des Auftrages zu helfen, mochte ihr Schmerz und ihr Mitleid mit seiner schrecklichen Lage gewesen sein. So wird sie wohl mit Erleichterung bald darauf Friedrichs Brief und Aufträge vom 28. Juni gelesen haben, die sich darauf beschränkten zu ergründen, welche Friedensbedingungen Frankreich wohl stellen werde. Vielleicht war es die Aussicht, durch Englands Einwirkung den Frieden zu erlangen, die Friedrichs Stimmung [3]) so hob,

[1]) Volz, Politik und Kriegführung ect. S. 121 ff. Ich sage nicht wie Volz: „Nicht die Niederlage von Kolin, sondern die Gefährdung Magdeburgs ect. trieben den König . . . zu Friedensverhandlungen“, da ich nicht, ohne mich V's Gründen zu entziehen, darüber hinwegsehen kann, daß Friedr. in den zu erwähnenden Briefen an seine Schwester vom 25. und 28. Juni nur die Niederlage als Motiv seiner Handlungsweise angibt.

[2]) P. C. XV, 187.

[3]) Mitchell, Memoirs aud papers I S. 354 f. zeigen die Verhandlungen mit England. Friedrich war es begreiflicherweise lieber in dem von ihm sonst so gefürchteten Neutralitätsvertrag Hannovers eingeschlossen zu werden, als unter Trennung von seinen Bundesgenossen aus der Hand Frankreichs den Frieden zu erhalten. Die Wandlung in seinen Entschlüssen vom 25. zum 28. Juni führt Volz a. a. O. S. 124 darauf zurück, daß sich die allarmierende Nachricht von der (unmittelbaren!) Bedrohung Magdeburgs durch die Franzosen nicht bestätigte. Da aber die Sache auf dem westlichen Schauplatz nach dem Briefe des Erbprinzen von Hessen-Kassel (P. C. XV 191, Fußn. 2) noch schlecht genug stand, und mir der innere Zusammenhang zwischen der doch nur

daß er der Schwester schreiben konnte: „Unsere Dinge stehen nicht verzweifelt, sie sind nur verwirrt. In drei Wochen werde ich wieder über Wasser sein". Und obwohl er auf Georg II. hoffte, fügte er galant hinzu: „Wenn der Friede aus Deiner Hand käme, wäre er mir doppelt lieb und Du würdest Dich der Ehre freuen können, Deutschland die Ruhe wiedergegeben zu haben".[1])

Erst auf diesen zweiten Brief hin, scheint Wilhelmine in der Lage gewesen zu sein, Schritte zu tun. Sie schrieb an Folard, der in diesen Tagen auf seinem Gesandtschaftsposten in München weilen mußte und schickte ihm zur Weiterbeförderung einen Brief an Marschall Belle-Isle. Als mindesten Erfolg davon versprach sie sich einen kleinen Aufenthalt der Armee Estrées. Ob Folard den Brief an seinen Lehrmeister[2]) nicht weitergesandt hat, ob Belle-Isle, dessen Ansehen in Versailles, wie Wilhelmine bekennen muß, gesunken war, nicht auf ihre Vorschläge eingegangen ist, oder ob er mit etwaigen Schritten zu Gunsten des Friedens erfolglos blieb — wir wissen es nicht. Denn nur unklar redete Folard von der Friedensneigung Frankreichs, ohne sich weiter als früher auszulassen und Wilhelmine glaubte nur soviel entnehmen zu können, daß eine Entschädigung Sachsens vielleicht die einzige Forderung Frankreichs sein werde,[3]) undurchdringlich aber scheinen die letzten Andeutungen über diese Verhandlung.[4])

Inzwischen aber hatte Wilhelmine einen andern Versuch unternommen. In demselben Briefe[5]), in dem sie Friedrich auf sein Schreiben vom 28. Juni antwortet, macht sie ihm den Vorschlag, sie wolle den Bayreuther Oberkammerherrn und Geheimrat Graf Ludwig Alexander M i r a b e a u nach Paris schicken mit dem Auftrag in ihrem Namen mit der Pompadour in Verhandlung zu treten. Wie ihr Bruder geneigt, bei wichtigen Vorgängen dem p e r s ö n l i c h e n Moment eine große Bedeutung zuzumessen, schreibt sie: „Die Pompadour ist die einzige Ursache der Wut, die man gegen Dich hat, man hat ihr wahre oder falsche Gespräche

sehr wenig beruhigenden Nachricht und dem Wandel in der Stimmung Friedrichs fehlt, so scheint mir, daß das Hauptmotiv dafür in der Vorliebe des Königs für Frieden m i t u n d d u r c h den Bundesgenossen zu suchen ist. Denn auch, wenn jene Nachricht von dem Erbprinzen von Kassel nicht eingetroffen wäre, hätte Friedrich mit dem Engländer Mitchell anknüpfen können.

[1]) P. C. XV, 194.

[2]) Burrell a. a. O. IV, S. 105.

[3]) Wilh. an Friedr., 20. Juli. Burrell a. a. O. IV, 130 ff.

[4]) P. C. XV, 262. Friedrich an Wilhelmine, 22. Juli P. Scr.

[5]) P. C. XV, 218 d. d. 4. Juli, vollständig bei Burrell a. a. O. IV, 121 ff.

berichtet, die Du gegen den König oder sie geführt habest. Diese Kleinigkeiten haben die Galle erregt und die Haltung, die man gegen Dich einnimmt, veranlaßt." Mirabeau, den sie als Sendling vorschlug, war ihr Vertrauter. Dieser feingebildete und energische Mann weilte seit 1755 in Bayreuth. Das fürstliche Paar hatte auf seiner Reise nach Südfrankreich und Italien ihn in Avignon kennen gelernt, wo er einsam lebte — wegen seiner Ehe mit einer zweifelhaften Person aus seiner Familie ausgestoßen und auch nach deren Tod, als „mauvais sujet"[1]) verleugnet. Er begleitete Friedrich und Wilhelmine nach Italien und folgte ihnen an ihren Hof, wo ihm gleich wichtige Ämter und Würden übertragen wurden; deshalb und infolge seines großen Einflusses auf beide Herrschaften erwuchsen ihm viele Neider und Feinde, darunter auch Ellrodt, letzterer, wie es scheint deshalb, weil Mirabeau in seiner Eigenschaft als Direktor des Kommerzkollegs auf eine vernünftige Finanzwirtschaft drang.[2]) Mirabeau schien der geeignete Unterhändler zu sein, einerseits weil er wegen seiner Rechtlichkeit das volle Vertrauen der Markgräfin genoß und andererseits, weil er das in seinem Glück von der Familie wiedererkannte[3]) Glied eines großen französischen Hauses war, das mit den Villars, Broglies, Choiseuls,[4]) und, was für den vorliegenden Fall von besonderer Bedeutung war, auch mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Rouillé und seinem Nachfolger dem Abbé Bernis[5]) verwandt war. Sein Versuch, die Pompadour zu versöhnen, schien insofern eine gewisse Aussicht zu haben, als Wilhelmine schon einmal in Beziehung zu der „indigne femme" getreten war; es stand der Mätresse des allerchristlichen Königs gewiß in schmeichelhafter Erinnerung, daß die Schwester des Salomo des Nordens und die Freundin Voltaires, des gefeierten Philosophen sie einst um eine ihrer Gravierarbeiten gebeten hatte.[6])

König Friedrich ging in seiner Not auf den Vorschlag Wilhelmines ein. Er schrieb ihr am 7. Juli, sie möge Mirabeau nach Frankreich

---

[1]) Loménie, Les Mirabeau I (Paris 1889) 127 ff. Das 6. Kapitel ist Graf Ludw. Alex. gewidmet.

[2]) Gegnerschaft zu Ellrodt: Widmann an Colloredo 12. Aug. 61. Seine Reformpläne angedeutet in einem Memoir des Markgrafen Friedrich 1790, Bamb. Kr.-Arch. Märckeriana 2324.

[3]) Loménie a. a. O. I, 934, 136.

[4]) Memoir. Markgr. Friedr. 1759, Bamb. Kr.-Arch.

[5]) Verwandter Bernis: P. C. XV, 218. Roulliés: Burrell a. a. O. IV, 126, demnach ist die Fußnote 7 P. C. XV, 362 unbegründet.

[6]) Malassis, Correspondance de Madame de Pompadour. S. 232.

senden, seine Auslagen wolle er decken; er solle der Pompadour bis zu 500000 Taler für den Frieden anbieten und wenn sie ihm einige Vorteile verschaffe, noch mehr; größte Vorsicht sei nötig, daß England keinen Wind bekäme, alles übrige überlasse er ihr, „denn", so frug er „wem könnte ich besser die Interessen eines Landes, das ich beglücken soll, anvertrauen als einer angebeteten Schwester, die mein vollkommeneres, anderes Ich ist?" [1]) Wilhelmine bat nun Friedrich um eine Instruktion, die sie Mirabeau abschreiben wolle.[2]) Der König lehnte es ab. Der Gesandte solle im Namen Wilhelmines unterhandeln und nicht im Namen des Königs, damit man nicht seine Eröffnungen in England gegen ihn verwerten könne.

Vermutlich noch im Juli reiste Mirabeau von Bayreuth ab. Mitte August dürfte er seinen ersten Bericht aus Paris geschickt haben. Er scheint gleich anfangs Gelegenheit gefunden zu haben, Bernis [3]) unter

---

[1]) P. C. XI, 218 f.

[2]) Wilhelmine an Friedrich (ergänzt aus Friedrich an Wilhelmine 16. Juli und Wilh. an Friedr. 18. Juli, P. C. XV, 251 und Burrell a. a. O. IV, 125 ff). Der Brief ist erwähnt P. C. XV, 261, Fußnote 3.

[3]) Wilhelmine an Friedrich, 25. Aug. 57. P. C. XV, 340, Fußnote 2. Warum die Herausgeber der P. C. den „tout-puissant", der Mirabeau die Einmischung verbat, auf Belle Isle beziehen, weiß ich nicht. Daraus, daß Wilhelmine im Frühsommer durch Folard mit Belle-Isle anzuknüpfen suchte, folgt doch nicht, daß es jetzt wieder Belle-Isle sein müsse, an den sich Mirabeau wendet. Auch meldet sie Friedrich noch am 5. Juli 57, daß der Einfluß Belle-Isles gesunken sei (Burrell IV, 121) Mirabeau hatte, wie wir sahen, viele Verbindungen, eine solche mit Belle-Isle wird nicht genannt, dagegen in der Korrespondenz der Geschwister die Verwandtschaft speziell die mit Rouillé und Bernis. Daß Bernis' Memoiren von dieser ersten Abweisung Mirabeaus nichts bringen, will bei ihrer großen Unglaubwürdigkeit, namentlich, wo das Verhältnis des Verfassers zur Pompadour hineinspielt, nichts heißen (Vergl. Küntzel in den Forsch. zur brand. und preuß. Gesch. XV, 1902). Bernis I 403 f. speziell ist die Sendung Mirabeaus so dargestellt, als sei sie die Fortsetzung der Friedensbestrebungen der Markgräfin nach dem Scheitern der unten zu erwähnenden Intervention Tencins, d. h. als sei sie erst frühestens in den Februar 1758 gefallen. Bernis erwähnt aber in einem Schreiben an Stainville (in Wien) 13. Sept. 57 (gedruckt bei Denoiresterres, Voltaire aux Delices S. 239), die Sendung Mirabeaus. „M . . . . . a fait un voyage à ce pays-ei, où il est eneore; je ne scais point, s'il a été chargé des quelques popositions, mais il est certain, qu'il n'en a point fait et j'avais même prévenus ses frères, qu'il se devoit attendre, que je n'en écouterois aucune. Also eine Abweisung ist sowohl in dem Bericht Wilhelmines als Bernis erwähnt. Danach scheinen die Berichte zusammen zu passen; freilich will Mirabeau bis zu einer „préambule" bei dem Tout-Puissant" gekommen sein. Bedenkt man aber daß zuerst Mirabeau an Wilhelmine die Dinge vermutlich möglichst optimistisch darzustellen suchte und auch Wilhelmine an Friedr. eher etwas hinzugefügt, als eine Hoffnung vermindert hat,

der Hand Andeutungen von seinem Auftrag zu machen; aber weit entfernt etwas zu erreichen, erhielt Mirabeau bei Strafe der Ungnade von dem „allmächtigen" Vetter den Rat, sich nicht in Staatsgeschäfte zu mischen. Doch ohne sich durch den ersten Mißerfolg irre machen zu lassen, setzte er seine Bemühungen im Geheimen fort und suchte seiner Herrin Nachrichten über die Stimmung und die Lage seines alten Vaterlandes zu geben. Mit Spannung und Unruhe folgte König Friedrich den Schritten Mirabeaus und gab auch die Hoffnung nicht auf, als dessen Nachrichten noch recht „vague" klangen. „Man muß sich in meiner Lage an ein Haar halten, um nicht zu ertrinken", schrieb er am 10. September an seine Schwester. Freilich war es eine arge Geduldsprobe für den König auf die Erfolge der Sendung Mirabeaus zu warten, denn der Graf konnte zwar des öfteren von der Geldnot Ludwigs XV. und von der Begeisterung im Volke für Friedrich reden,[1]) doch wollte es ihm, wie es scheint , nicht gelingen, sich der Pompadour zu nähern; so ungeduldig Friedrich war und so ärgerlich er sich über die Franzosen ausließ[2]), als seine Verhandlungen mit Marschall Richelien — die Idee, mit dem General anzuknüpfen, war ihm von Voltaire durch Vermittlung Wilhelmines nahe gebracht worden[3]) — so ernstlich rechnete er doch mit dem Auftrag Mirabeaus, den Frieden mit und durch Frankreich[4]) anzubahnen. So lange der Graf keine Aussicht auf größere Erfolge hatte, sollte er den Boden für spätere Versuche bereiten und Stimmung für Preußen machen.[5]) Endlich gelang es ihm im Dezember eine Audienz bei Bernis zu erlangen. Der Minister äußerte sich aber nur über die Entstehung des Krieges und sprach mit Komplimenten über Friedrich, ohne aber sich auf etwas Bindendes einzulassen; im Hinblick auf Sachsen verlangte er Schadenersatz und ließ nachher Mirabeau unter der Hand andeuten, daß der König gut täte, Graf Finkenstein zu geheimen Unterhandlungen nach Paris zu senden.[6]) Friedrich aber verweigerte das: „nicht einen Küchenjungen werde ich

---

andrerseits aber Bernis Interesse hatte in Wien eine schroffe Abweisung Mirabeaus verkünden zu lassen, so lassen sich wohl die scheinbaren Widersprüche vereinigen zu der im Text gegebenen Darstellung.

[1]) P. C. XV 340, XVI 104.

[2]) P. C. XV, 434 f.

[3]) Trotz Volz' Ausführungen (a. a. O. 210 ff.) glaube ich wie Fester (a. a. O. 217) daran festhalten zu können, daß die Idee von Voltaire kam.

[4]) P. C. XV 362, XVI 42.

[5]) P. C. XVI 66.

[6]) P. C. XVI 151.

nach Frankreich schicken", schrieb er in Erwiderung[1]) auf Wilhelmines Bericht. An dieser Weigerung des Königs einerseits, der Unbestechlichkeit der Pompadour andrerseits, die ihre Idee, ihre Politik, ihr Werk den schwächlichen Friedensversuchen Bernis' nicht opfern wollte, scheint die Mission Mirabeaus gescheitert zu sein. Wir hören wenigstens im Jahre 1758 nichts mehr von seiner Anwesenheit in Paris.[2])

Um dieselbe Zeit mißlang eine andere Friedensaktion, an der Wilhelmine beteiligt war. Voltaire, dessen Hoffnung, Richelieus Eingreifen könne zum Frieden führen, sich nicht verwirklichte, gab die Rolle des Vermittlers nicht auf, sondern machte vielmehr einen zweiten Versuch, nicht ohne dem König zuzumuten, er müsse eine Provinz abtreten.[3]) Sein neuer Einfall[4]) bestand darin, daß durch Vermittlung Kardinals Tencin, Erzbischofs von Lyon und ehemaligen französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten eine Korrespondenz zwischen Wilhelmine und König Ludwig XV. hergestellt werden sollte.[5]) Obwohl Tencin ganz einflußlos war, schien doch wegen seiner Freundschaft mit Belle-Isle[6]) ein Erfolg wenigstens möglich zu sein. Für Voltaire wird der geistliche Würdenträger wohl deshalb in Betracht gekommen sein, weil er einerseits leicht in Beziehung zu ihm treten konnte, andrerseits Wilhelmine ihn auf ihrer Reise durch Südfrankreich kennen gelernt hatte.[7]) Tencin, der vermutlich wieder gerne auf der politischen Bühne als handelnde Person aufgetreten wäre, war schnell gewonnen. Er gab am 24. Oktober seine Zustimmung; sofort wandte sich Voltaire an Wilhelmine und machte sie auf den neuen Weg aufmerksam. Kaum hatte die Markgräfin den Vorschlag des Dichters erhalten, so wandte sie sich an ihren Bruder und bat ihn, ihr seine Absichten mitzuteilen

[1]) P. C. XVI 152.

[2]) Vergl. Brüder Goncourt, Madame de Pompadour Paris 1878 S. 296 f. Loménie, a. a. O. S. 131 glaubt diese Tätigkeit Mirabeaus schon vor Roßbach abgeschlossen, obwohl ihn ein Blick in dem ein Jahr vor seinem Werke erschienenen 16. Band der P. C. eines besseren hätte belehren können.

[3]) Voltaire an König Friedrich Ende September 1757, Oeuvres de Voltaire (Moland) 39, 273 ff. Der Brief ist dort in den Oktober gesetzt; doch hat Koser im Hohenzollernjahrbuch III (1899) S. 136 ff. gezeigt, daß er noch im September geschrieben ist. Voltaire an Tronchin 20. Oktober 1757, ebenda 283.

[4]) Vergl. darüber Volz, Politik und Kriegführung ect. Anhang II S. 213 ff. Broglie, Voltaire avant et pendant la guerre de 7 ans (Paris 1898) und Herrmann, Voltaire als Friedensvermittler. Preuß. Jahrbuch 98 (1899) S. 327 ff.

[5]) Voltaire an Tronchin, 20. Okt. 1757.

[6]) Wilhelmine an Friedr. Anfang Nov. (vergl. Volz a. a. O. S. 213 f.)

[7]) Reisetagebuch Wilhelmines, gedr. bei Burrell.

und was sie Voltaire antworten solle; zugleich glaubte sie im Sinne Friedrichs zu handeln, wenn sie Voltaire vorläufig antwortete; sie schrieb ihm, ihr Bruder würde vermutlich einen zweiten Versuch wagen, wenn er vorher einen solchen Waffenerfolg erziele, daß es nicht, wenn er Verhandlungen anknüpfe, Erniedrigung auf ihn werfen würde.[1]) König Friedrich aber dachte nach seinem Siege bei Roßbach nicht mehr daran, seinerseits die Friedensverhandlungen zu beginnen; er ging in seiner Antwort an Wilhelmine[2]) gar nicht auf den Vorschlag Voltaires ein, sondern deutete ihr nur an, daß er nach einem weiteren Siege vielleicht den Frieden erlangen könne, weil die Kräfte der Gegner erschöpft seien; doch mit Rücksicht auf England könne er sich nicht auf einen Separatfrieden einlassen. Etwas ermutigender für Wilhelmine klang ein kurz darauf geschriebener Brief;[3]) freilich meinte er auch jetzt noch, ihm ziemten keine Verhandlungen, doch sei es gut, Beziehungen („pourparlers") zu unterhalten, um im Falle der Not eine Hintertüre zu haben. Diese und die Äußerung Friedrichs, es sei gut, wenn man die Art (nature) der Bedingungen Frankreichs kennen lerne, glaubte Wilhelmine als Erlaubnis, auf Voltaires Vorschlag einzugehen, auffassen zu dürfen. Am 23. November versprach sie dem Dichter, den von ihm gewünschten Brief an Tencin zu schreiben. Schon in den nächsten Tagen erwartete Voltaire das Schreiben,[4]) doch konnte es Wilhelmine bei dem Mißtrauen, mit dem die kaiserlichen Minister[5]) und die im Lande liegende Reichsgeneralität alle Schritte des Hofes beobachteten, erst am 27. Dezember wagen, mit Tencin in Beziehung zu treten. Ihr Brief enthielt, wie sie gegen Voltaire bemerkte, für S. Eminenz viele coquetteries, doch keine coquineries.[6]) Nun war die Möglichkeit für Tencin gegeben, an Ludwig XV. zu schreiben, wie schwer das europäische Gleichgewicht durch einen Triumph Österreichs über Preußen bedroht wäre, und daß jetzt durch eine Vermittlung der Markgräfin für Frankreich die Möglichkeit gegeben sei, zu seiner alten Politik, dem Schutz

---

[1]) Voltaire an Tronchin, 11. Nov. 1757, Oeuvr. de V. 39, 295. Darin ist ein Satz aus einem Briefe Wilhelmines an Voltaire zitiert.

[2]) P. C. XVI 23 undatiert; von den Herausgebern der P. C. auf 11./12. Nov. angesetzt.

[3]) ebenfalls undatiert; vermutl. 13./14. Nov. P. C. XVI 33.

[4]) Voltaire an Tronchin 8. Dez. 1757, Oeuvr. de V. 39, 321.

[5]) Stainville-Choiseul an Bernis, Wien 4. Dez. 1757 und 6. Febr. 1758 bei Desnoiresterres, Voltaire aux Délices (Paris 1873) S. 265, 268 f. P. C. XVI 15 und unten S.

[6]) Voltaire an Tronchin, 13. Jan. 1757. Oeuvr. de V. 39, 367.

der deutschen Fürsten gegen das Haus Habsburg und zum Bündnis mit Preußen zurückzukehren.[1]) „Man kann nicht mit mehr Würde und nicht mehr Weisheit, noch in einer besseren Absicht schreiben," meinte Voltaire,[2]) doch scheint der König anders gedacht zu haben, denn er würdigte seinen ehemaligen Minister keiner Antwort, sondern ließ ihm am 29. Januar 1758 nur durch Bernis sagen, daß König Friedrich durch seine Treulosigkeit gegen Frankreich bei Abschluß der Westminster Convention und durch den Überfall auf Sachsen und Böhmen an seiner unglücklichen Lage selbst schuld sei. Bernis überließ es Tencin, der Markgräfin zu antworten und empfahl ihm bei derartigen „Abenteuern" [3]) mehr Zurückhaltung gegen die Feinde Frankreichs; der Kardinal starb bald darauf.

Damit war der letzte Versuch Wilhelmines vollständig gescheitert.

V.

Anschluß an den Reichskrieg und geheimes Verständnis mit Preußen.

So war ein Vermittlungsversuch nach dem andern fehlgeschlagen. Der König von Preußen konnte sich darüber trösten: Roßbach und Leuthen hatten ihm Luft gemacht! Anders der Markgraf von Bayreuth. Gerade der Sieg König Friedrichs über die Reichsarmee sollte für ihn die Quelle neuer Bedrängnisse werden. Am 11. November trafen die ersten Trümmer des geschlagenen Heeres in Franken ein. Da die ganze Armee aufgelöst war und jeder der Heimat zueilte, schien zuerst die Markgrafschaft von den verwilderten Haufen ziemlich verschont bleiben zu sollen. Indessen gelang es Hildburghausen doch, die Truppen größtenteils in Franken zu halten und die Verbände einigermaßen herzustellen. Für die Neuformierung sollte das Bayreuther Kontingent den Stamm bilden. Widmann verlangte von Hildburghausen Exekution, um den Markgrafen nun endlich

[1]) Der Inhalt des mir nicht bekannten Schreibens Tencins, ergibt sich zum Teil aus der Korrespondenz Voltaires mit dem Bankier Tronchin, der die Korrespondenz zwischen dem Philosophen und dem Kardinal vermittelte, vor allem aber aus dem Schreiben Bernis an Choiseul und der Antwort Bernis an Tencin Desnoiresterres a. a. O. 265 ff.

[2]) an Tronchin 12. Febr. 58. Oeuvr. de V. 39, 394.

[3]) Bernis an Choiseul-Stainville, 30. Jan. 58. Desnoiresterres 265 f.

zur Stellung seiner Truppen zu zwingen. Doch der Prinz lehnte aus militärischen Erwägungen diesen Vorschlag ab. Seine unzuverlässigen Truppen auf eine so weite Entfernung zu detachieren, schien ihm offenbar zu gewagt.

Einer wirklichen Exekution suchte der Markgraf, beraten von Ellrodt, der in diesen kritischen Tagen nach Bayreuth gekommen war, dadurch vorzubeugen, daß er Hildburghausen und Widmann durch einen Offizier erklären ließ, die Infanterie seines Kontingentes stehe marschbereit, er hoffe aber es zum Schutze des Landes im Bayreuthischen in Winterquartiere legen zu dürfen. Doch die Geduld des kaiserlichen Gesandten war erschöpft; er und auf sein Zureden auch Hildburghausen schrieben dem Markgrafen, er habe nichts zu tun, als seiner Reichspflicht nachzukommen und die 4 Forderungen des Kaisers vom 10. September zu erfüllen; täte er es nicht, so erfolge unerbittlich die Exekution.

Schon vorher hatte Widman in Wien um Genehmigung gebeten, schlecht gesinnte Fürsten bei Anordnung der Winterquartiere schwerer zu belasten und besonders Bayreuth „die gerechte Ahndung vor das Vergangene empfinden zu machen.“ [1]) Von Wien blieb die Erlaubnis dazu natürlich nicht aus, doch kostete es Widmann einige Mühe, den Feldmarschall dazu zu bewegen; er fürchtete der König von Preußen möchte bei zu starker Belastung des Fürstentums im Interesse seiner Schwester einen Angriff auf die Winterquartiere machen; der Gesandte redete ihm jedoch diese Sorge aus, indem er darlegte, daß dem König seine „Konvenienz“ höher stehe als seine „Zärtlichkeit vor die Markgräfin als vor seine geliebte Schwester.“ Unter Zuziehung des Bischofs von Würzburg und Bamberg wurden die Truppen in fränkischen Kreisen verteilt. Bayreuth sollte mit 5 Regimentern, 3 Bataillonen Infanterie und den kaiserlichen Kürassier-Regimentern Trautmannsdorff und Pretlack belegt werden, das heißt mit etwa 5000 Mann oder mehr als einem Viertel der ganzen Reichsarmee.[2])

Als der Markgraf Ende November hörte, daß eine so große Macht in sein Land gelegt werden sollte, konnten er und seine Ratgeber natürlich an keinen weiteren Widerstand denken; es war deshalb ungerecht, daß Wilhelmine und Plotho dem Ministerium des Markgrafen Furchtsamkeit vorwarfen.[3]) Sie handelten nur nach dem Rate König Friedrichs, die

---

[1]) Widmann an Kaunitz, Lichtenfels 14. und 21. Nov. 57.

[2]) Bamb. Kr.-A., R. T. A. 1757.

[3]) Wilhelmine an Friedrich Nov./Dez. 57. P. C. XVI 104 und Bericht Plothos 12. Jan 58.

Segel beim Sturme zu streichen, da Festigkeit gegen Übermacht nutzlos sei und es war das einzig Richtige, sich zu unterwerfen, ehe es zur förmlichen Exekution kam.[1]) Der Markgraf konnte dann als „gehorsamer Reichsstand" gegen eine zu starke Bequartierung seines Landes wenigstens protestieren. In dieser Erwägung wurde Rothkirch angewiesen den österreichischen Gesandten und dem versammelten Reichstag die Unterwerfung des Markgrafen unter die kaiserlichen Befehle zu erklären und Ellrodt wurde zu Widmann und Hildburghausen geschickt, um auch ihnen mündliche Mitteilung von dem Entschluß seines Herrn zu machen und zugleich um Abstellung von Ausschreitungen zu bitten.[2])

Die Beschwerden des Markgrafen bezogen sich auf ungerechte Forderungen der Generalmajore von Roth (Trautmannsdorff Kürassiere) und von Pretlack. Roth verlangte nämlich von dem Markgrafen außer den Lebensmitteln noch Sold und zwar nicht blos den laufenden, sondern auch noch einen Teil des rückständigen und als man die Zahlung weigerte, drohte er mit — Exekution. Der Markgraf ließ in Nürnberg, Regensburg und Wien dagegen protestieren, zahlte aber unter allem Vorbehalt der Rückforderung an den schneidigen Offizier eine Abschlagssumme, um den ärgsten Plünderungen und noch schlimmeren Erpressungen zu entgehen.

Gegen diesen offenbaren Bruch der Reichsverfassung erhielt aber der Markgraf zunächst nur Vertröstungen. Der Reichsvizekanzler suchte gegenüber dem jungen Ellrodt die Ausschreitungen mit Überstürzung aller Dinge bei der Reichsarmee zu entschuldigen und meinte sogar gutmütig, die Last käme gegenüber „dem dadurch verschafften Schutz und Sicherheit in gar keine Considération".[3]) Tatsächlich aber war der Kaiser entrüstet über die Ausschreitungen der beiden Generale und die Entschuldigung Pretlacks, er habe der Kaiserin Geld sparen wollen und war entschlossen, eine eklatante Satisfaktion[4]) zu geben. Am 19. Dezember erhielt der Markgraf von Widmann ein Attestat, daß alle Forderungen aufzuhören

---

[1]) Zu einer solchen kam es nicht, trotzdem wird stets in der einschlägigen Litteratur, zuletzt von Fester (in den Forsch. zur brand. und preuß. Geschichte XV [1902] S. 180) erzählt, Friedrich sei erst durch die Exekution gezwungen worden, sein Kontingent zu stellen; wenn Wilhelmine (P. C. XVI 104) sagt: Nous avous l'exécution, so ist das entweder unwahr, oder sie ist falsch unterrichtet, oder sie bezeichnet die unten zu erwähnenden Ausschreitungen als Exekution. Sachlich kam allerdings das Verfahren gegen den Markgrafen einer Exekution fast gleich.

[2]) Bericht Ellrodts Bergfarnbach 8. Dez. 57. Bamb. Kr.-Arch. Kreisakten XII.

[3]) Bericht Friedr. v. Ellrodt, Wien 14. Dez. 57. Bamb. Kr.-Arch. G. Kr. F. B. A. 326.

[4]) Colloredo an Widmann, Wien 10. und 16. Dez. 57.

hätten und er erreichte wenigstens auf diesem Punkt eine Erleichterung; die starke Einquartierung aber mußte ertragen werden und fast hätte er sich durch sie zuguterletzt noch eine wirkliche Exekution auf den Hals gezogen; denn noch einmal suchte er sein Kontingent in der Stadt Bayreuth zu behalten. Er schrieb nämlich am 8. Dezember an Hildburghausen, er könne seine Reiterei nicht an das weiter gegen den Feind vorgeschobene Regiment, zu dem sie gehörte, schicken, weil er keine — Pferde für seine Dragoner habe auftreiben können und bäte auch die Infanterie in der Hauptstadt behalten zu dürfen, da die Regimenter Ferntheil und Kronegk, unter die sie nach der Kreismilitärordnung zu verteilen waren, ja ohnehin in der Markgrafschaft einquartiert wären.[1]) Hildburghausen schrieb über diese neue Verzögerung ganz entrüstet an Widmann und beruhigte sich erst, als Ellrodt am 20. Dezember mitteilte, die Infanterie sei bereits abmarschiert, die Kavallerie werde am 4. Januar zu den Regimentern aufbrechen und der Rest der Römermonate solle demnächst gezahlt werden.[2])

Hatte damit der Markgraf nun endlich seine Reichspflichten erfüllt, so wurde ihm fortan vom Kaiserlichen Hof zwar nicht ohne Mißtrauen, aber doch mit einem gewissen Wohlwollen entgegengekommen. Man brauchte ihn! Einmal löste er am 1. Januar nach dem Turnus den Markgrafen von Ansbach in der Funktion des kreisausschreibenden Fürsten ab; als solcher war er in der Lage, die Verhandlungen wesentlich zu beschleunigen oder zu verzögern. Noch mehr war es wünschenswert, erträgliche Beziehungen zu ihm zu unterhalten, da man zur Deckung Frankens der Plassenburg bedurfte. Diese Bergfeste bei Kulmbach konnte bei etwaigen Einfällen der Preußen einen guten Stützpunkt bieten; da sie als sehr stark galt, wollte man sie sich lieber auf dem Wege eines Abkommens verschaffen, als mit Gewalt dem Markgrafen nehmen.[3])

Nach mehrmonatlichen Verhandlungen kam man am 13. April 1758 so weit, daß der Markgraf schriftlich erklärte, er wolle die Plassenburg den fränkischen Kreistruppen erforderlichen Falles öffnen; doch hatte er die Erlaubnis an die Bedingung geknüpft, daß die Hälfte der Besatzung aus seinen Truppen bestehen sollte und die Genehmigung so verklausuliert,

---

[1]) Wien. St.-Arch. Widmanns Ministerialkorrespondenz 20.

[2]) Widmann an Kaunitz, Nürnberg 20. Dez. 57.

[3]) Der Markgraf scheint tatsächlich einmal an gewaltsame Abwehr gedacht zu haben, in den ersten Apriltagen als der Anmarsch Mayrs gemeldet wurde. Da aber die Preußen nicht in den Kreis drangen, mußte er sich fügen (Wilhelmine an König Friedrich, Frühjahr und 16. April 1758) Burrell a. a. O. IV 153 ff., 163.

daß man in Bayreuth glaubte, die Generalität werde unter solchen Umständen auf die Festung verzichten und sich sehr wunderte, als sie auf die Bedingungen vor der Hand einging. Daß ein Stück Papier im Lärm der Waffen von recht geringer Bedeutung ist, bedachten die Politiker des Markgrafen nicht.[1])

Indessen seufzte das Fürstentum unter der starken Einquartierung; im Vogtlande lagen in einem jeden Bauernhof 30—40 Mann und auch auf den Rittergütern war keine Kammer unbesetzt. Die Vorräte und der Viehstand wurde zerüttet; die Wälder auf das „verwüsterischste" abgeholzt. Wenn man sich beschwerte, erhielt man mit höflichem Bedauern die Antwort: die Kriegsraison erfordere dies. Die Einwohner wurden um den Ertrag von 1—2 Jahren geschädigt, abgesehen von den erhöhten Steuern und einigen Ausschreitungen.[2])

Die Lasten wurden noch größer, als sich die Reichsarmee, die seit Anfang des Jahres von Friedrich Michael von Zweibrücken befehligt wurde, in Bewegung setzte. Die Mißerfolge des vorigen Jahres hatten den Anlaß gegeben, einige Umgestaltungen herbeizuführen. Die blinde Furcht vor den Preußen sollte gehoben werden durch eine zeitweilige Vereinigung mit österreichischen Truppen, das jämmerliche Verpflegungswesen, das trotz der schlimmsten Erfahrungen aus früheren Kriegen immer wieder von den einzelnen Kreisen Juden in die Hände gelegt worden war, sollte ihnen endlich entzogen werden und von Reichswegen einem christlichen „Generaladmodiateur" übertragen werden. Bayreuth hatte auf dem „Admodiationstag" zu Nürnberg wo die Beratungen darüber stattfanden, anfangs dagegen protestiert, weil es fürchtete, daß die Zustände noch übler würden, wenn man den einzelnen Fürsten die Kontrolle über die Verpflegung entzöge und daß es dann den Soldaten noch schlimmer ergehe. Obwohl diese Ansicht richtig war und sich im Laufe des Jahres durch Tatsachen bestätigte, so blieben doch Winke Widmanns nicht erfolglos, die erkennen ließen, daß es vorteilhafter sei, den kaiserlichen Wünschen nicht zu wiedersprechen, wenn man gegen

[1]) Colloredo an Hildburghausen 28. Dez. 57 an Widmann 1. Jan. 58. Widmann an Kaunitz 7. Jan. 58. Wilhelmine an König Friedr. 16. April 1758. Friedr. v. Bayreuth an Colloredo 3. Dez. 1759. Bamb. Kr.-Arch. Kreisakten 7, XV. Leider konnten die ehedem vorhandenen Bayreuther „Akta betr. Besetzung der Plassenburg", nicht ermittelt werden.

[2]) Berichte Plothos 8. Dez. und 19. Jan. Er ist von seiner im Vogtland ansässigen Schwiegermutter, deren Güter „aus Gunst gegen ihn" besonders stark belastet wurden, unterrichtet.

5000 Mann im Lande habe. So gab Bayreuth auch hierin ängstlich nach.[1])

Größer als die Furcht der Minister war die Liebe Wilhelmines zu ihrem Bruder; voll Stolz trug sie das Zeichen des Ordens, den eine Prinzessin von Hessen-Kassel zu Ehren des großen Königs gestiftet hatte. Die rote Schleife auf der linken Brust sollte aller Welt ihren Glauben an den „Triomphe de la bonne cause“ verkünden und sagen:

Soit en paix, soit en guerre
C'est le plus grand roi de la terre!

und als die Österreicher und Franzosen bis herauf zu Colloredo und Stainville sich ob dieses Jubelzeichens von Roßbach aufregten, da wollte sie fortan eine ganze Garnitur tragen und es überall in ihrem Schloß anschlagen, daß sie einen großen Bruder habe.[2])

Das Einrücken des preußischen Oberst von Mayr in die Bayreuthische Stadt Hof (13. April) und die Gefangennahme des Grafen Ludwig von Wittgenstein mit über 100 Mann Kreistruppen,[3]) brachte die Reichsarmee in Bewegung; zunächst wurde die Plassenburg dem Abkommen vom 13. April gemäß, doch unter treuloser Verletzung der markgräflichen Vorbehalte nach einigen Tagen besetzt;[4]) das Hauptquartier wurde nach Bayreuth verlegt und bei der Stadt die ganze Reichsarmee zusammengezogen. Ausschreitungen blieben wie immer, wo die Reichsarmee sich zeigte, nicht aus; hier aber hatten, wie es scheint, sogar die Fürstlichkeiten persönlich darunter zu leiden. „Wir werden mit aller nur denkbarer Unwürdigkeit behandelt" schreibt am 19. April die totkranke Markgräfin ihrem Bruder, „und sind von oben bis unten ruiniert." Daran seien, fährt sie fort, am meisten die Bischöfe schuld und allen voran der von Würzburg und Bamberg, der „Satansknecht" (suppot de l'enfer) dessen geistlichen „enthusiasmo“ die Bayreuther Minister nicht mit Unrecht die Schuld an den Wirren im fränkischen Kreise gaben. Tatsächlich stellte das Lager der Reichsarmee ungeheuere Anforderungen. Die Bauern mußten gegen 20000 Mann mit Holz, Stroh und Lebensmitteln versorgen und wenn die durch die winterlichen Quartiere schon

[1]) Die Generalverpflegung wurde vermutlich in Abänderung eines Vorschlages Hildburghausens beschlossen; bei Brabant a. a. O. 353, Schäfer a. a. O. II 1, 16 f. 73.

[2]) Stuhr, Forschungen und Erläuterungen über Hauptpunkte der Gesch. des siebenjähr. Krieges II, S. 168. Wilhelmine an Friedrich 15. Febr. 1758, Burrell 151 ff.

[3]) P. C. XVI 393 und Schweitzer im 28. Ber. des hist. Vereins zu Bamberg (1865) S. 29.

[4]) Wilhelmine an Friedrich, Burrell IV, 167 f.

erschöpften Dörfer, die Lieferungen verweigerten, so drohte man mit Einäscherung. Nicht mit Unrecht verglich deshalb Wilhelmine diese Horden mit den Kreuzfahrern, die unter dem Vorwand, das heilige Land zu erobern, die Heimat plünderten und wenn Friedrich auch Hülfe versprach, so blieb Wilhelmine doch in ihrer verzweifelten Stimmung. „Wir sind ruinirt, wie die Dinge sich auch drehen," schrieb sie hoffnungslos.

Trotz der Unbilden wurden, wie es in Bayreuth Brauch war, die Herren vom Hauptquartier, vor allem Friedrich von Zweibrücken und Widmann in der zuvorkommendsten Liebenswürdigkeit im Schlosse begrüßt und bewirtet. Die kranke Markgräfin raffte die letzten Kräfte zusammen, um die Feinde auszuforschen und dem König über die Stimmung, die Absichten und die Veranlagung der maßgebenden Persönlichkeiten, besonders des neuen Generalissimus, zu berichten. „Zweibrücken versteht nicht viel" meint sie einmal und ein andermal glaubt sie das Heer besser führen zu können, als die Generalität, die kreuz und quer im Lande umherziehe. Aus dem Lager aber berichtet sie, daß es zwischen Katholiken und Protestanten zu blutigen Schlägereien käme, wenn letztere riefen: vivat unser Fritz und unser Erlöser![1])

Endlich, nach fast dreiwöchentlichem Aufenthalt, brachen die ungeladenen Gäste am 15. Mai[2]) nach Böhmen auf; dort sollten sie von den Oesterreichern Mut lernen, obwohl sie im Kreise Gelegenheit gefunden hätten, sich darin zu üben. Die Preußen planten einen zweiten Einfall in Franken. Obwohl das Kommando der Reichsarmee diese Absicht hätte erraten können — denn schon am 11. Mai stand Prinz Heinrich, der Führer eines kleinen preußischen Heeres bei Plauen![3]) — ließ es zum Schutze Frankens, nur 2 Infanterie- und ein verstärktes Kavallerieregiment, zusammen etwa 2000 Mann unter General von Rosenfeld[4]) zurück, der natürlich nicht in der Lage war, den Preußen energischen Widerstand zu leisten.

Schon am 21. März und 2. April hatte König Friedrich seinem Bruder den Befehl gegeben, die „Kanaillen" und das „zusammenge-

[1]) Burrell a. a. O. IV 155—75, P. C. XVI 405 f., XVII 9. Bamb. Kr.-Arch. Gem. Kriegsfehde B. Akten 331 Kreisakten XIII.

[2]) W. Hofmann, Politik des Bischofs von Würzburg S. 39 setzt den Aufbruch gänzlich unbegründet auf den 5. Mai an. Das Datum des 15. Mai, das schon Schäfer gibt 2, 1, S. 75 finde ich in den Kriegsakten 411 des Wiener St.-Arch. bestätigt.

[3]) Prinz Heinrich an König Friedrich, Plauen 11. Mai. Schöning, Geschichte des siebenjährigen Krieges I 191 freilich suchte er seinen Marsch möglichst zu verschleiern.

[4]) Schäfer a. a. O. 2, 1 S. 75. Stuhr a. a. O. II 45. O. Hofmann a. a. O. S. 39 ungenau.

würfelte Lumpenpack" mit einem „Tritt in den Hintern" zurückzujagen.[1]) Methodisch wie immer ging Heinrich, obwohl der König seiner Bayreuther Schwester schnelle Hülfe und Befreiung von ihren Gästen versprochen hatte,[2]) langsam vor; am 23. Mai gelangte er nach Taltitz, von wo er nach Würzburg und der Oberpfalz detachierte und am 25. Mai den Generalleutnant von Driesen, mit 3000–4000 Mann, zusammengestellt aus allen Regimentern seines Heeres, nach Bamberg schickte, um möglichst viel Geld einzutreiben, Rekruten zu pressen, Magazine zu zerstören und so den Bischof mürbe zu machen, daß er sich neutral erkläre.[3])

Auf die Kunde von dem Anmarsch der Preußen wurde das heilige römische Reich von einem neuen Schrecken erfaßt, ganz Süddeutschland zitterte, man beklagte sich, daß man dem Feinde schutzlos preisgegeben sei, durch den Abzug der Reichsarmee nach Böhmen; bis in den Elsaß hinein, fühlte man sich bedroht.[4]) In Regensburg dachte man an Flucht, zumal Driesen aussprengen ließ, er werde zur Donau marschieren; die Nürnberger Kreisgesandten ergriffen tatsächlich das Hasenpanier und retteten ihr teures Leben und die fast leere Kreiskasse nach Rothenburg o. d. Tauber. Prinz Heinrich erließ an alle Fürsten und Stände Frankens Aufforderungen, ihre Truppen zurückzurufen und ihre Neutralität zu erklären, widrigenfalls man sie als Feinde ansehen müsse. Zur peinlichsten Ueberraschung des Markgrafen traf ein solches Schreiben auch in Bayreuth ein; der Prinz beklagte sich darin, daß der Markgraf nicht blos sein Kontingent zur „vermeintlichen" Reichsexekutionsarmee, sondern auch überdies der Kaiserin freiwillig Truppen oder wenigstens Rekruten geliefert habe. „Ew. Lbd. saynd von so erleuchten Begabnissen, daß sie von selbsten einzusehen belieben werden, wozu meines Herrn Bruders des Königs in Preußen Maj. bey der ihm abgedrungenen Notwehr auf den Fall, wenn Ew. Liebden bey Ihrem jetzt noch habenden Entschluß verharren sollten, nach göttlichen und weltlichen Rechten berechtigt, ja zur Beschützung seiner Lande und Unterthanen verbunden

---

[1]) P. C. XVI 321, 344.

[2]) P. C. XVI 405 f., XVII 2 f.

[3]) Berichte Heinrichs, Zwickau 21. Mai, Taltitz 28. Mai bei Schöning a. a. O. I 198 f. Instruktion für Driesen, Entwurf von der Hand des Prinzen, Berl. St.-Arch. Schriftwechsel des Prinzen Heinrich Rep. 92 Bd. III 12 und Tagebuch des Prinzen ebenda. Berichte Driesens sind leider nicht mehr vorhanden. Der Aufsatz v. G. Sommerfeld über diesen Einfall der Preußen in Nr. 76, der wissensch. Beilage zur Leipz. Zeitung, Jahrg. 1899 ist mir leider nicht zugänglich geworden.

[4]) Bernis an Stainville-Choiseul, 4. Juni 1758. Bernis, Mémoires et lettres XI, 237.

seyn würden. Ich kann Ew. Liebden freundfetterlichst und ergebenst nicht verhalten, daß gleich wie gedachte Truppen ihrer Destination halber so lange sie subsistiren als feindliche Truppen unwidersprechlich anzusehen, solchemnach auch bey der unter meinem Kommando stehenden armée bereits dergleichen Maßregeln genommen werden müssen .... welche ohne Ew. Liebden beschwerlich zu werden nicht auszuführen seyn werden." [1])

Was für „Maßregeln" gemeint waren, darüber konnte man nicht im Zweifel sein, wenn man auf die Nachrichten aus dem benachbarten Bistum Bamberg achtete, wo in rücksichtslosester Weise durch Brandschatzungen, Beitreibungen, Kassen- und sogar Kirchenplünderungen dem kriegerischen Bischof gezeigt wurde, wie leicht sich das Kriegsglück ändere und ein wie wenig zuverlässiger Freund doch der seit 400 Jahren mit ihm verbündete König von Böhmen sei. [2])

Wie aber Prinz Heinrich auf den Gedanken kam, daß sein Schwager, der Markgraf von Bayreuth sich wirklich preußenfeindlich gezeigt habe, ist nicht recht verständlich; möglicherweise deshalb, weil in dem Gefechte, indem Driesen den General von Rosenfeld und sein kleines Korps zurückwarf, die Bayreuther Grenadierkompagnie sich besonders hervorgetan hatte. [3]) — Der Markgraf wies am 27. Mai die tatsächlich unrichtigen Vorwürfe des Prinzen zurück: „Daß Ew. Liebden sowohl als des Königs Maj. von mir ganz anderer Gesinnung convinciret seyn werden, solches habe ich mir festiglich um so mehreres persuadiret, da Ihro Maj. nur allzuwohl bekannt ist, wie lange ich an mich gehalten und es bis auf die Extremität und angedrohte militärische Execution habe ankommen lassen, ehe und bevor ich nur mein Creys-Contingent abgegeben, welches Ihro Maj. nicht unbewußt geblieben, noch von Ihro bei denen vorgewalteten Umständen desapprobiret worden. Daß aber ich weiteres Trouppen im Lande oder Recrouten zusammenbringen lassen um diese an die Kayserin Königin abzugeben und damit Verstärkung zu verschaffen, solches ist mir nicht in den Sinn gekommen und landkundigermaßen ungegründet auch nicht zu begreifen, aus welcher Gelegenheit oder bey welchem Vorfall man nur einen Verdacht dar zu schöpfen und einige mir sehr nahegehende Beschuldigung aufladen können. — Ob etwa die dem Vernehmen nach bey andern Ständen durch den Kayserlichen Minister geschehene Anträge zu Stellung einiger Recrouten,

[1]) Bamb. Kr.-A. G. Kr. F. B. A. 368.

[2]) Siehe oben S. 29.

[3]) Widmann an Kaunitz, Würzburg 2. Juni.

damit man jedoch an mich bishero zu kommen sich nicht getraut, wie ich auf mein fürstliches Wort versichere, zu dieser mißliebigen Aufbürdung Anlaß gegeben haben und das, was hier und da geschehen, auch von mir vermutet worden? solches muß dahin gestellt seyn lassen. Soviel verspreche ich mir aber von Ew. Hoh. allzeit verspürten Freundschaft und Gemüthsbilligkeit, daß da der Grund des Verdachtes unrichtig, also auch die in Dero Schreiben zu bemerken beliebten Folgen um so weniger mich allarmiren wollen, als ich in Wahrheit nicht des geringsten widrigen Verhaltens beschuldigt werden kann . . . . mithin ich nicht vermuten will, daß benachbarten Ständen, deren Vorwürfen ich bisher ausgesetzet worden bin, das Vergnügen gemacht werden sollte, wann sie vernehmen, daß auch derjenige Blutsfreund der mit der größten Vorsicht und Behutsamkeit seit des ausgebrochenen Krieges Feuers in allem gehandelt, doch auch mit Ungemach heimgesuchet wird." [1])

Prinz Heinrich hielt in seinem Antwortschreiben vom 29. Mai von seinen vorigen Anklagen nur soviel aufrecht, daß der Markgraf das Kontingent rekrutiert habe; er empfahl ihm die Abberufung seiner Truppen von dem Corps Rosenfeld und der Reichsarmee, „welches das vorzüglichste Mittel seyn wird, Ew. Liebden Land vorer Beschwerden zu entheben." [2])

So peinlich diese Forderung des Prinzen Heinrich war, so sehr suchte man, vermutlich besonders der vielgewandte Ellrodt, der in diesen kritischen Tagen zum Befremden Widmanns von Nürnberg nach Bayreuth eilte, aus ihr Kapital zu schlagen. Man erinnerte sich daran, daß im vorigen Jahre der Bischof von Würzburg und Bamberg vom Kreise und Reiche einen teilweisen Ersatz für das von Oberstleutnant von Mayr erpreßte Geld und Entschädigung für die Verwüstung verlangt hatte. Um nun diesmal einerseits der Repartition der preußischen Brandschatzungen im Bambergischen, andrerseits dem Haß und Neid der Nachbarn, von dem Bayreuth im vorigen Jahre betroffen worden war, zu entgehen, schrieben die Minister am 29. Mai an den Ansbachischen Kreisgesandten von Appolt und baten ihn in Stellvertretung Ellrodts dem Kreise „apertur zu machen", daß Generalleutnant von Driesen außer Fourage 200000 fl baar Geld verlangt habe, die dann aber auf 150000 Gulden herabgesetzt seien. Nach dem Einlaufen des 2. Schreibens des Prinzen Heinrich, wurde die am 1. Juni gestellte

[1]) Bamb. Kr.-Arch. ebenda.

[2]) Bamb. Kr.-Arch. ebenda.

Bitte wiederholt mit der Mitteilung, daß die auf 150000 fl herabgesetzte Summe auf 250000 fl erhöht sei unter dem Vorwand, es habe sich um Taler gehandelt.[1]) Wie weit dieses Mittelchen dem Markgrafen Unannehmlichkeiten zu ersparen geeignet war, muß ich dahingestellt sein lassen. Tatsache ist, daß, wie im Jahre vorher die Bamberger Bauern sich zusammenrotteten und es an der Bayreuthischen Grenze zu Excessen kam. Gegenüber den in das Land einrückenden Preußen verhielt sich die Bayreuther Regierung nach einem geheimen Ratsbeschluß vollkommen passiv, um nicht wieder wie 1757 dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, die Preußen unterstützt zu haben.

Während die einzelnen preußischen Detachements von der Fülle, mit der „Plutus die Mönche begünstigt"[2]) ihr Teil erhoben, rückte Prinz Heinrich langsam bis Hof vor, wo das Heer mehrere Tage lagerte. Der Prinz ritt von dort am 11. Juni dem General von Driesen entgegen, der über Bayreuth zurückkehrte[3]) und stattete seiner kranken Schwester einen Besuch[4]) ab. Bei dieser Gelegenheit hatte er mit dem Markgrafen eine Unterredung, in der sie sich über die Zeiten unterhielten und darin übereinstimmten, daß König Friedrich gut täte, baldmöglichst Frieden zu schließen. Der Prinz wird seine bekannte Meinung, daß

---

[1]) Im Bamb. Kreisarchiv liegen nur die Entwürfe der 2 Schreiben an Appolt, die (angebliche) Abschrift eines Protokolls bezüglich der Forderungen vor. Daß es sich nur um eine Vorschützung von Forderungen handelt, ist eine Vermutung von mir. Einmal ist kein Schreiben Driesens (die Kontribution betr.) vorhanden, das sicherlich als Beweismittel sorgfältig aufbewahrt worden wäre, dann aber paßt die Forderung nicht in das ganze Verhältnis des Markgrafen zu Preußen; weder in den gleichzeitigen Briefen des Prinzen Heinrich an den König (Schöning a. a. O. I) noch in den Antworten des Königs (P. C.) noch in dem Briefwechsel Wilhelmines mit ihrem Bruder (Oeuvres de Frédéric Le Grand XXVII, I P. C.) und Burrell findet sich der geringste schriftliche Niederschlag einer solchen Forderung. Bedenkt man ferner, daß Driesen an barem Geld im ganzen 90000 Taler mitbrachte, so kann er aus Bayreuth nicht 150000 Taler gezogen haben; dazu kommt daß Appolt ausdrücklich angewiesen wurde nichts Schriftliches abzugeben, „weil die delikaten Umstände alle Circumspection und Behutsamkeit erfordern." Wozu das? Man könnte einwenden, daß Driesen, dessen Instruktion von einer besonderen Behandlung Bayreuths nichts enthält in Unkenntnis gehandelt, und daß die Summe sofort wieder erlassen worden wäre. Auch das halte ich für ausgeschlossen, da gar kein schriftliches Zeugnis vorliegt und speziell ein Brief des Markgrafen an Prinz Heinrich, vom 1. Juni in dem für einen Fähnrich Fürbitte getan wird, kein Wort von der Kontribution enthält. (Bamb. Kr.-Arch. ebenda.)

[2]) Burrell IV, 155.

[3]) Tagebuch des Prinzen.

[4]) Schäfer a. a. O. II 1, 87 f. und Schäfer in Sybels hist. Zeitschr. 21 (1869) 112 ff.

man sich Frankreich in die Arme werfen müsse, nicht verschwiegen haben.[1]) Das machte einen tiefen Eindruck auf den Markgrafen; er hatte schon vorher gehört,[2]) daß auch in Frankreich maßgebende Persönlichkeiten den Frieden wünschten. Als nun aber aus Paris die Nachricht einlief, daß sogar in den Kreisen der Pompadour diese Stimmung Platz greife,[3]) da mußte der Wunsch für die Herstellung des Friedens zu wirken, in ihm neu erwachen. War bisher Wilhelmine die Trägerin der Vermittlungsidee gewesen, so trat jetzt Friedrich, der in den letzten Monaten die schwere Not des Krieges schmerzlich genug empfunden hatte, bei den Friedensbestrebungen in den Vordergrund. Seine Sehnsucht nach Ruhe trieb ihn zu einem neuen Versuche.[4])

Am 12. Juli schrieb er an den König, daß er im Interesse des von ganz Deutschland heißersehnten Friedens wage, ihm ein „Projekt pour parvenir à une paix générale" vorzulegen. Zuerst habe er dasselbe Projekt durch einen Vertrauten nach Paris schicken wollen, doch wolle er erst die Meinung des Königs erfahren, um nicht „zwiefach zu mißfallen." Das diesem Briefe beigelegte Projekt macht der staats-

[1]) Vergl. Krauel, Prinz Heinrich als Politiker (1902) S. 13.

[2]) Das geht hervor aus dem Schreiben Wilhelmines an Kg. Friedrich 10. Mai 58 Oeuvres XXVII 1, 314.

[3]) Davon berichtet zwar Wilhelmine ihrem Bruder erst am 18. Juli Burrell IV 178. Daß aber die Nachricht aus Paris schon vor dem 12. Juli eingelaufen ist, ist umso eher möglich, als Wilhelmine nicht immer ihre Nachrichten sehr schnell weitergegeben hat. Jetzt, wo sie totkrank war, halte ich es umso eher für annehmbar, daß sie nicht gleich ihrem Bruder schreiben konnte; die schwachen, zitterigen, kaum leserlichen Züge ihrer Buchstaben in diesem letzten eigenhändigen Briefe, scheinen ihre Angabe, daß sie für die wenigen Worte, mehr als 3 Stunden brauchte, zu bestätigen.

[4]) Schäfer, an den angeführten Stellen schiebt die Initiative zu diesem Schritte Bernis zu. Er stützt sich auf eine von ihm mitgeteilte Stelle des Briefes Bernis an Choiseul-Stainville Versailles 19. Aug.: „Je dois vous dire pour votre information particulière que lorsque le prince Henri était à Bayreuth il témoigna au margrave le désir qu' il avait, que le roi, son frère prit le parti de se mettre à la raison et de songer à faire une paix solide. Cela me fut mandé" und auf eine Bemerkung des Prinzen Heinrich, der annimmt, daß dem Markgrafen das Projekt von anderer Seite zugestellt sei. Warum aber teilt Bernis Choiseul die Angelegenheit erst nach 7 Wochen mit? Die Erklärung, daß Bernis in seiner „Gewissensangst" ein so törichtes Schriftstück verfaßte, indem die Hauptprobleme übergangen wurden, halte ich für gesucht. Ehe nicht stärkere Beweise für die Initiative Bernis gebracht werden, kann ich mich nicht entschließen, von dem aus dem Schriftstück sich ergebenden Sachverhalt abzugehen. Filon, Mémoires sur l'ambassade de Choiseul à Vienne 1757/58 bringt nichts darüber. Ein von ihm gebrachtes Rescript Bernis an Choiseul 9. Okt. 58 betont gerade die amerikanische und niederländische Frage. Auch Fester scheint an die Autorschaft des Markgrafen zu glauben. Fester a. a. O. S. 153.

männischen Begabung des Markgrafen wenig Ehre. Nach einigen Gemeinplätzen über die Verderblichkeit des Krieges, über seinen Ursprung aus gegenseitigem Mißtrauen, das gehoben werden müsse, um den Frieden herzustellen und der Schwierigkeit unter den größeren Staaten einen geeigneten Vermittler zu finden, bietet er sich dazu an, da seine „sentiments patriotiques“ bekannt seien: man könne es ihm nicht verargen, daß er den Königen von Preußen und Frankreich Friedensvorschläge mache. Das Hauptproblem scheint für den Markgrafen die Frage zu sein, welche Macht die ersten Schritte zur Versöhnung tun sollte. Um diese Schwierigkeit zu erheben, verspricht er die einlaufenden Vorschläge gleichzeitig einzusehen und streng geheim zu halten. Gelingt es auf die Weise Frankreich und Preußen zu einigen, so soll jede dieser Mächte ihre Verbündeten, nämlich Österreich und England zum Beitritt bewegen. Die Grundlage des Vertrages soll der westfälische Friede sein, doch unter Bestätigung des Dresdener Friedens; Sachsen aber soll in Geld oder in natura oder durch ein Äquivalent für seine Leiden entschädigt werden, die Grenzen und Handelsbeziehungen Schlesiens sollen so gründlich geregelt werden, daß kein neuer Zwist entsteht. Endlich soll Österreich, Sachsen und Preußen nie wieder zu den Waffen greifen dürfen, sondern Streitpunkte stets einem Schiedsgericht vorlegen, das z. B. aus Frankreich, England, Schweden, Rußland bestehen und nötigenfalls intervenieren solle. Endlich sollen, falls die Präliminarien nicht zu Stande kommen, alle Worte als nicht gesprochen, alle Vorschläge als nicht gemacht, angesehen und somit abgeleugnet werden können.

Man sieht — ein Friedensvorschlag von recht subalternem Standpunkt! Kleine Schwierigkeiten werden aufgebauscht, Probleme von der größten Bedeutung schlechterdings übersehen. Der Verfasser versteht nicht die Bedeutung dieses Krieges. Er wählt den ungeschicktesten Zeitpunkt, denn am 12. Juli hatte er bereits die Nachricht, daß die Belagerung von Olmütz, von deren erfolgreichen Durchführung man sich in vielen Kreisen den Frieden versprach, vom preußischen Könige am 2. Juli aufgehoben worden war. Mit einem nicht entscheidenden, aber schädigenden Mißerfolg konnte ein Friedrich nicht in Verhandlungen eintreten! In seinem Antwortschreiben vom 28. Juli[1]) an den Markgrafen, lehnte er

[1]) Jetzt P. C. XVII 138 f.; charakteristisch für die Beurteilung des Bayreuther Hofes ist, daß, als Friedrich das „Projekt“ und seine Antwort dem engl. Gesandten Mitchell zu lesen gab, ohne den Verfasser bezw. Empfänger zu nennen, dieser gleich auf die Markgräfin v. Bayr. riet. Mitchell, Memoires and papers I 421.

denn auch mit Dank für die guten Absichten den Vorschlag mit der Begründung ab, daß die Zeit wenig geeignet und daß die Hauptschwierigkeiten, nämlich die amerikanische Frage und die eventuellen Ansprüche Frankreichs auf Flandern, nicht berührt sein. Vollends aber hieße es auf die Souverenität verzichten, wenn er sich dauernd einem Schiedsgerichte unterwerfen sollte.

Mit dieser höflichen, aber entschiedenen Ablehnung der Dienste des Markgrafen wäre die Sache erledigt gewesen, wenn nicht der Markgraf zu eifrig gewesen und — wie ich allerdings nur vermuten kann — wenn er er nicht von Paris wohin er wohl doch sein Projekt geschickt hatte und wo es bei der Friedensneigung Bernis' auf günstigeren Boden fiel[1]), eine bessere Antwort erhalten hätte. Er erwiderte dem König am 24. August, er bleibe bei der Hoffnung, daß man mit seinem Vorschlage zum Frieden kommen könne, überließ es dem König in der amerikanischen Sache einen Ausweg zu suchen, berief sich bezüglich Flanderns, das von Frankreich gar nicht begehrt wurde, auf Erklärungen, die Bernis am 25. Januar im Haag habe übergeben lassen und zog den Punkt bezüglich des Schiedsgerichtes, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch sachlich zurück; dann berichtete er hinsichtlich Frankreichs, daß er von guter Hand und mehreren Seiten erfahren habe, qu'on sera juste équitable et très bien disposé.

König Friedrich dankte unterm 8. September eben so höflich wie das vorige Mal und meinte, seine Feinde sollten nur reden, wenn sie etwas zu sagen hätten, er für sein Teil werde „stumm wie ein Karpfen" bleiben. Auf diese zweite Ablehnung gab allerdings der Markgraf die Vermittlung auf, da, wie er seinem Schwager am 16. September erwiderte, nichts anderes übrig bleibe, „als Sr. Majestät Befehlen zu gehorchen." [2])

Diesen sehr förmlichen Brief erwiderte der König mit einer doppelt freundlichen Antwort: „ . . . . . Ich bin erkenntlich für den nur denkbar guten Willen und alle die Mühe, die Sie Sich gegeben haben, um den Frieden herbeizuführen; ich sehe Ihre guten Absichten, für die

[1]) Wenn wir annehmen, daß etwa am 23. od. 24. Aug. ein Schreiben Bernis in Bayr. einlief, so muß es in denselben Tagen abgeschickt sein, in denen Bernis das oben erwähnte Schreiben an Choiseul absandte. Wir haben dann eine Erklärung für die späte Absendung des Briefes an den König und für das Rescript Bernis an Choiseul vom 19. Aug.

[2]) Diesen Brief erwähnt Schäfer nur; die Akten befinden sich jetzt im Berl. St.-Arch. Immed. Korresp. König Friedr. II., Rep. 96, 99 d, Fol. 180.

ich Ihnen unendlich danke. Ew. Hoheit können überzeugt sein, daß ich mich nicht weigern werde, ein vernünftiges Friedensabkommen anzunehmen; ich höre gerne alle Vorschläge, die man machen will, aber niemals wird man von mir erlangen, daß ich die Bedingungen vorbringe." [1])

Hocherfreut antwortete darauf der Markgraf am 27. September: „Ew. Majestät Schreiben hat mich durchaus beruhigt. Ich sehe, daß mein Eifer Ew. Majestät nicht mißfallen hat und Sie gewillt ist, sich einem Frieden und vernünftigen Abkommen nicht zu verschließen. Es hat mir geschienen, daß Ihre Feinde sowohl als ehemalige Bundesgenossen nur nach dem allgemeinen Wohl streben. Ich werde den Boden (sonder le terrain) auf die Vorschläge untersuchen lassen, die man autentisch machen lassen will, um zu einem so heilsamen Ziel zu kommen, und ich werde Ew. Majestät Mitteilung machen."

Ehe der hier zum zweiten Mal angedeutete Plan des Markgrafen, nämlich einen Gesandten nach Paris zu schicken, zur Ausführung kam, vergingen Wochen. In dieser Zeit bezieht sich die Korrespondenz der Schwäger auf andere Dinge als auf Politik. Der Markgraf berichtet von dem Krankenlager seiner Gemahlin und meldet am 14. Oktober dem König den Tod Wilhelmines. Am Tage der Schlacht von Hochkirch schied sie dahin; sie erlag wie ihr Vater der Wassersucht, doch getötet wurde sie von dem Schmerz und der Sorge um den Bruder. Die Tränen des Königs befeuchteten den Brief und verwischten die Schriftzüge des Markgrafen, sie legen ein Zeugnis ab von dem Schmerz eines Mannes, dem das Teuerste, das er auf dieser Welt hatte, entrissen worden war. Immer aber lebte sie fort im Gedächtnis des großen Bruders und fand in seinem Herzen ein weihevolleres Heiligtum, als im Freundschaftstempel zu Sanscouci.

Ihr Feind, Widmann[2]) aber schrieb: „Ich muß dieser Fürstin die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Sie mit vorzüglichen und erhabenen Eigenschaften begabt gewesen." Er kannte sie seit 12 Jahren und wird nicht zuviel gesagt haben. —

Bald nach dem Tode der Markgräfin, den, wie ich unten zeigen werde, die österreichische Partei in ihrem Sinne auszunutzen suchte, sandte Markgraf Friedrich einen seiner Beamten und Hofkavaliere nach Paris. Es war der Baron von Gleichen.[3]) Daß die Wahl gerade ihn traf,

[1]) Jetzt P. C. XVII, 258.

[2]) an Kaunitz, Würzburg 15. Okt. Wien. St.-Arch.

[3]) Karl Heinrich von Gleichen, nicht Ernst, wie er P. C. XVIII, 740 genannt wird, ist eine der interessantesten Persönlichkeiten des Bayreuther Hofes. Kammerherr

hatte er seinem mächtigen Gönner, dem Herzog von Choiseul, der am 9. Oktober 1758 Bernis' Nachfolger geworden war und dessen liebenswürdiger Gemahlin zu verdanken, die den feingebildeten jungen Kavalier schätzen gelernt hatten. Gegen Ende des Jahres dürfte Gleichen seine Reise angetreten haben. Wenn wir dem Markgrafen glauben wollen, gab er dem Gesandten keinen Auftrag hinsichtlich des Friedens mit, doch schlug er in einem Briefe (etwa Mitte Februar 59) dem König von Preußen vor, er solle sich des jungen Diplomaten bedienen, wenn er eines Tages dem französischen Ministerium etwas zu verstehen geben wolle.[1]) Der König erwiderte am 21. Februar, die Aufforderung Choiseuls, einen bayreuthischen Gesandten zu beglaubigen — so hatte der Markgraf die Sendung dargestellt — gelte ihm als ein gutes Zeichen, doch, so fuhr er fort: „Erlauben Sie mir Ihnen zu sagen, daß ich für mein Teil noch ebenso denke wie früher, nämlich, daß ich bereit sein werde alles zu hören, aber — ich habe keine Vorschläge zu machen."[2]) Man sieht, der König glaubte dem Schreiben des Markgrafen entnehmen zu können, als wollte Choiseul auf diese Weise Preußen verlocken, die ersten Schritte zum Frieden zu tun. Doch hat vermutlich Gleichen, wenn er wirklich dazu kam, Vermittlungsvorschläge zu machen, bei dem der Kriegspartei zugehörigen französischen Minister keinen Anklang gefunden. Wir hören wenigstens nicht das geringste von einem Erfolge. Auch in einem andern Geschäft kam Gleichen nicht zum Ziel: er hatte nämlich den Auftrag Ansprüche des Markgrafen auf rückständige Subsidien, die sich von dem Vertrage von 1751 herleiteten, geltend zu machen.[3]) Man

---

und Vertrauter der Markgräfin wird er 1755 zur italienischen Reise des markgräflichen Paares zugezogen; 1756 schickt ihn Wilhelmine nach Italien zum Einkauf von Kunstwerken, in Rom lernt er Choiseul kennen und wird der Hausfreund des französischen Gesandten. 1758 unterzeichnet er als Zeuge das Testament Wilhelmines; 1759 tritt er in dänische Dienste. Er ist der Verfasser einer Reihe wenig bekannter, feinsinniger, liebenswürdiger Essays über Personen und Verhältnisse der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts und stirbt 5. Apr. 1807 in Regensburg. Vergl. Denkwürdigkeiten des Barons Karl Heinrich von Gleichen Leipzig 1847 und Grimblot, Souvenirs de Charles Henri de Gleichen Paris 1868. Bettelheim, in den Ergänzungsbänden der Allgem. D. Biogr. und P. Vedel im Dansk. Biogr. Lex. geben die gesamte Literatur über ihn. Demnächst wird der Freiherr von Gleichen-Rußwurm eine neue Monographie über ihn veröffentlichen. In den Akten habe ich weder seine Instruktion noch seine Berichte aus Paris gefunden.

[1]) P. C. XVIII 77 f.

[2]) P. C. XVIII 77.

[3]) Grimblot a. a. O. Nach dem „Livre rouge" (1793) hatte der Markgraf v. Frankr. v. Aug. 1751 bis Apr. 1756 jährlich in 3 Raten 168750 fr. (= 45000 Taler)

wird sich nicht wundern, daß Gleichen in beiden Aufträgen erfolglos blieb, wenn man an Choiseuls großzügige Angriffspläne gegen England und Hannover und an seine Sparsamkeit, gerade im Punkte der Subsidienzahlungen denkt.[1] Wieder hatte der Markgraf für seine Pläne und besonders für seine Geldforderungen, den ungeeignetsten Zeitpunkt gewählt. Vielleicht hängen mit Gleichens Mißerfolgen andere Unternehmungen der markgräflichen Politik zusammen. Doch davon später.

VI.

Die Wiedervermählung des Markgrafen und die Rückwirkung davon auf die Politik.

Um die Versuche des Markgrafen, eine Friedensvermittlung zu übernehmen, im Zusammenhang darzustellen, eilte ich in der Zeit voraus; jetzt muß ich zurückgreifen, um seine Haltung in der Reichspolitik zu erzählen.

Den Reichstag beschäftigten im Sommer 1758 vornehmlich zwei Angelegenheiten: der kaiserliche Antrag auf neue „römermonatliche Verwilligungen" und die Verhandlungen im Anschluß an den gegen König Friedrich eingeleiteten Achtsprozeß. Der Markgraf war seit dem Frühjahr 1758 auf dem Reichstag nicht vertreten; sein bisheriger Gesandter,

Subsidien erhalten. Dann wurden die Zahlungen eingestellt. Im Frühjahr 1757 scheint der Vertrag erneuert worden zu sein, vermutlich auf der Basis, daß der Markgraf seine Truppen marschieren lassen sollte. Er erhielt daraufhin noch 2 Raten ausbezahlt, das Ministerium (Ellrodt) aber 3750 fr.; der Kabinetssekretär Henneberg 2500 fr. Trinkgeld. Wohl weil der Markgraf trotzdem in seiner Opposition verharrte, blieben die Subsidien aus. Im Jahre 1759 gelang es aber Friedr. sich nochmals 50000 fr. zu verschaffen. Gleichen sollte also vermutlich die Weiterbewilligung dieser und die Zahlung der in den Jahren 1757 und 58 ausgebliebenen Summe bewirken. Noch im Jahre 1760 übertrug der Markgraf seine Ansprüche als Hochzeitsgeschenk dem Grafen Mirabeau und seiner jungen Gemahlin, Elisabeth, Freiin von Künsberg. Mirabeau machte 1759 und 1760 in dieser Sache vergebliche Reisen nach Paris. Nach seinem frühen Tode 1761 zog seine Witwe nach Frankreich; ihr gelang es mit Hilfe ihres mächtigen Schwagers, des Marquis Mirabeau auf Grund dieser Ansprüche wenigstens eine lebenslängliche Rente von 4000 fr. sich zu verschaffen. Loménie a. a. O. I 136 ff. und Bamb. Kr.-Archiv. Märckeriana 2324.

[1]) Schäfer II 1, 257 ff.

Baron von Rothkirch, war wegen seiner preußenfreundlichen Gesinnung aus württembergischen Diensten entlassen worden und legte daraufhin auch das Bayreuthsche Votum nieder. Man begreift von dem elegantesten Kavalier Regensburgs, daß er, der bisher mehrere Fürsten vertrat, nicht gerade die Stimme allein führen wollte, die er als die geringste angesehen hatte.[1]) Der Markgraf gab ihm keinen Nachfolger; es schien ihm das Zuträglichste in dieser kritischen Zeit, sein Votum ganz ruhen zu lassen, um bei keiner Partei irgendwie Anstoß zu erregen.[2]) Freilich kam er mit dieser tapferen Politik nicht immer durch. Beide Parteien drangen bei wichtigen Entscheidungen darauf, daß er seine Stimme abgäbe. In solchen Fällen aber konnte er den charakterlosen Ansbachischen Gesandten instruieren und ihn nach gefaßtem Beschluß bei der unzufriedenen Partei verleugnen. So machte er es in der Frage der Römermonate. Er ließ durch Seefried am 25. August erklären, er könne zwar bei der großen Einquartierung des Winters den Matrikularbeitrag nicht zahlen, sei aber nicht gegen einen Beschluß, wenn er nur verschont bleibe. Auf Drängen der österreichischen Partei drückte sich dann Seefried nach drei Tagen anders aus: Der Markgraf stimme für die Römermonate, doch hoffe er von S. Maj. „gepriesenen allerhöchsten Gemütsbilligkeit", daß sie einen so „enervirten Stand" mit dem wirklichen Zahlen verschonen möge. Feine Unterschiede, die wir kaum mehr verstehen, über die sich aber die Regensburger Gesandten heftig aufregen konnten! Das Bayreuther Ministerium fühlte denn auch, daß es sich in Berlin entschuldigen müsse. Seefried wurde dem Zorne Plothos geopfert.[3]) Erfolg hatte diese armselige Weisheit nicht: trotz Klagens und Jammerns mußten die Beiträge schließlich doch gezahlt werden.

Zu einer ausgesprochenen Stellungnahme sah sich der Markgraf in dem Achtsprozeß gegen den Kurfürsten von Brandenburg genötigt. Das Verfahren war am 22. August 1757 beim Reichshofrat eröffnet worden; aber erst am 21. August 1758 wurde unter Umgehung wichtiger Formalitäten diese Angelegenheit vor den Reichstag gebracht. Nach den Bestimmungen der Wahlkapitulationen hätten die Akten zuerst einer konfessionell vollständig paritätischen Kommission, die aus Mitgliedern aller 3 Reichskollegien bestand zur vorläufigen und dann dem Reichstag zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden müssen. Bei der ablehnenden

---

[1]) Cod. Germ. Mon. 1417.

[2]) Friedrich an Rothkirch, Bayreuth 3. Jan. 1759. Bamb. Kr.-A., G. Kr. F. B. A. 339.

[3]) Bamb. Kr.-A. G. Kr. F. B. A. 335, Berl. St.-A. Rep. 44 K. K. K. 2d.

Haltung der meisten evangelischen Fürsten hätte der Kaiser in Einhaltung dieser Bestimmungen nichts erreicht. Er suchte infolgedessen den Achtsprozeß durch die ihm sichere „Majora der gemeinen Reichsversammlung decidiren zu lassen".[1] Kurbrandenburg und Kurbraunschweig waren entschlossen, einen derartigen Verfassungsbruch zu verhindern. Dem Eifer ihrer Reichsgesandten gelang es denn auch, am 28. November ein conclusum corporis Evangelicorum zu Stande zu bringen, in dem energisch gegen eine Verletzung der Wahlkapitulation Protest eingelegt wurde. Die dringenden Forderungen Plothos, irgend einen protestantischen Gesandten im Sinne der meisten evangelischen Stände zu instruieren, wurde unter allerlei Ausflüchten von Markgraf Friedrich abgelehnt,[2] „vermutlich aus Furcht vor dem Wiener Hof und dessen nachdrücklicher Ahndung durch Winterquartierbelegung derer Bayreuthschen Lande."[3] Diese und, wie sich aus dem Folgenden ergeben wird, andere Gründe veranlaßten in der Tat den Markgrafen zu einer abwartenden Haltung. Schließlich konnte er sich aber den Mahnungen Preußens, das „Ansehen, Freiheit und Würde des evangelischen Wesens" wahren zu helfen, nicht mehr entziehen[4]) und bevollmächtigte den herzoglich braunschweigischen Gesandten am 21. Dezember zu erklären, daß Bayreuth dem „Concluso Evangelicorum als reichsconstitutionsmäßig beyträte."

Indessen suchte der Wiener Hof den Beschluß der Protestanten als verfassungwidrig für ungültig zu erklären und nicht ohne Erfolg durch Einzelverhandlungen mehrere Protestanten zur Widerrufung ihrer Zustimmung zu bewegen.[5] Plotho glaubt speziell berichten zu können, daß der Gesandte v. Ellrodt in Wien erklärt habe, man wäre per sub- et obreptionem zur Accession verleihtet worden, wäre aber sonsten bereit wieder abzugehen, wenn man bey dem ohnbesetzten Gesandschaffts Posten einen schicklichen Modum an Händen geben könne."[6] Die Berliner Minister erließen darauf am 31. März ein sehr ernstes Schreiben nach Bayreuth, auf welches hin sie die feste Zusicherung erhielten, daß der Markgraf „niemalen abgehen werde, wo es auf die Behauptung all-

---

[1]) H. Meyer a. a. O. 69 ff.

[2]) Bericht Plothos vom 28. Nov.

[3]) Bericht Plothos am 23. Nov. Berl. St.-Arch. in Rep. 44 K. K. K. 2 d.

[4]) König Friedrich an Friedr. v. Bayr. 11. Dez. 58. Berl. St.-Arch. R. T. A.

[5]) H. Meyer a. a. O. 79.

[6]) Bericht vom 19. März 59.

gemeiner Principiorum ankommt."[1]) Und in der Tat blieb der Markgraf, wie die meisten andern Protestanten fest, sodaß der Wiener Hof den Achtsprozeß aufgeben mußte.

Nicht ohne Grund nahm der markgräfliche Hof so sehr, wie er es nur immer konnte, auf die kaiserliche Politik Rücksicht. Nach dem Tode Wilhelmines war zwar die Sympathie für Preußen überhaupt merklich gesunken, doch der Markgraf zeigte immerhin durch sein Verhalten, daß er nicht allein in Rücksicht auf seine Gemahlin preußenfreundliche Politik getrieben hatte.[2]) Widmann aber glaubte irrtümlich, Friedrich sei innerlich den preußischen Grundsätzen niemals zugetan gewesen und wenn „auch etwas mituntergelaufen", so sei es mehr „aus allzugroßer Rücksicht auf seine abgelebte Gemahlin", als aus Neigung geschehen. Ganz logisch folgerte er also, daß man nach dem Tode der Markgräfin „sein an sich redliches Gemüt von der preußischen Gesinnung losreißen könne."[3]) Auch in anderer Hinsicht beleuchtete er die Bedeutung von Wilhelmines Tod. Der Mannesstamm der fränkischen Hohenzollern stand nur noch auf acht Augen: es lebten noch zwei Oheime des Markgrafen Friedrich, die schon über 50 Jahre alt waren und keine Nachkommenschaft hatten, der seit 1757 regierende Markgraf Alexander von Ansbach, der 4 Jahre verheiratet war, ohne Kinder zu erzeugen, und der Markgraf Friedrich, dem von Wilhelmine nur eine Tochter geboren worden war. Bei allen vier Fürsten hatte man jede Hoffnung auf Fortpflanzung aufgegeben und fürchtete um so mehr, daß dereinst „beede Marggrafthümer unter die Preußische Zuchtrute fielen", als man mutmaßte, daß die Hausverträge von 1752, von der die Hofburg nichts als die Existenz hatte erfahren können, derartige Bestimmungen enthalten möchten. Der Markgraf stand mit seinen 47 Jahren noch im besten Mannesalter und man konnte wohl bei einer neuen Ehe auf Fortpflanzung seines Stammes hoffen. Die Wiedervermählung lag nur zu sehr im Interesse der preußenfeindlichen Partei, als daß sich nicht Berufene und Unberufene in wenig erquicklicher Weise in diese Angelegenheit eingemischt hätten.

Wann in Bayreuth der Gedanke einer zweiten Ehe des Markgrafen Boden fand und von wem er ausging, vermag ich nicht mit Sicherheit zu sagen. Ich denke aber von Ellrodt, der nachdem sie beschlossene Sache geworden war, am 16. Januar 1759 vom Kaiser

---

[1]) Bamb. Kr.-Arch. G. Kr. F. B. A. 344.

[2]) Wie Stuhr a. a. O. II 180 meint.

[3]) Widmann an Kaunitz, Würzburg 15. Okt. 58.

in den Reichsfreiherrnstand erhoben wurde. Die Vermählung lag auch sonst in seinem Interesse. Er konnte, indem er seinen Herrn dazu bewog, dem Wiener Hof auf billige Weise einen Gefallen tun. Zugleich hoffte er als Entgelt für die Vermählung seinem Herrn reichliche Geldunterstützungen zu verschaffen, und so den Bayreuther Finanzen, für deren Zerrüttung er durch Befürwortung aller Wünsche und Launen Friedrichs ein gut Teil der Verantwortung trug, etwas auf den Damm zu helfen. Diese Hoffnung scheint den Markgrafen auch zu der schnellen Wiederverheiratung bewogen zu haben. Obwohl er seine erste Gemahlin herzlich lieb gehabt hatte, war er doch nicht tief genug, um den Verlust besonders schmerzlich zu empfinden. Vermutlich, als die Aussicht, von Frankreich die Subsidienrückstände ausbezahlt zu bekommen, sich zerschlug und die Sendung Gleichens [1]) erfolglos blieb, scheinen die Verhandlungen begonnen zu haben. Der Markgraf hätte zwar lieber seine „Freiheit nicht geopfert",[2]) aber die dringende Geldnot, die durch die neuen, zwar nicht wieder so schweren Winterquartiere, vermehrt wurde veranlaßte ihn, im Prinzip einzuwilligen. Noch in der ersten Hälfte des Dezember, also noch vor Ablauf von 2 Monaten seit Wilhelmines Tod, trat der Bayreuther Hof mit dem gerade in der Residenz verweilenden Ritter Folard in Beziehung. Man kam mit ihm überein, eine kurze Denkschrift zu verfassen und den maßgebenden Persönlichkeiten mitzuteilen, daß der Markgraf „aus purer Lieb vor hiesigen Creyß und das gesamte teutsche Vatterland" entschlossen sei, sich von neuem zu vermählen, wenn man ihm die zu einem solchen Schritt nötigen Mittel, bestehend in 500000 fl, zur Verfügung stelle und wenn ihm der fränkische Kreis den Rest der alten Schulden,[3]) nämlich 275000 fl

[1]) Siehe oben S. 87 ff.

[2]) Freiherr von Seckendorff an Kaunitz, Obernzenn 23. März 59. Wien. St.-Arch. Staatskanzlei Reich Ber. 114 ähnlich Widmann an Kaunitz und Colloredo, 21. Dez. 58.

[3]) Dies und das folgende nach 2 ausführlichen Berichten Widmanns vom 24. Dez. 1758: Den an Kaunitz fand ich im Wiener Haus-, Hof- und St.-Archiv, der an Colloredo ist dem Würzburger Kreisarchiv (hist. Saal 7 Fasz. 6a ad 64a fol. 118) entnommen. Herr Archivsekr. Dr. Brabant stellte mir das Aktenstück zur Verfügung und verzichtete zu meinen Gunsten auf die Erstveröffentlichung, wofür ich ihm sehr dankbar bin. — Die Schulden des Markgrafen beim fränkischen Kreise haben ihre eigene Geschichte, die ich ohne auf die Irrtümer in der Literatur einzugehen, nach den z. T. originalen Urkunden des Bamb. Kr.-Arch. (Rep. I 94) kurz darstelle. Zu Beginn des 18. Jahrh. zerfiel die Bayreuther Linie in den regierenden Bayreuther und den sehr gering apanagierten Kulmbacher Zweig. Der kinderreiche Markgraf Christian Heinrich von Kulmbach verzichtete im Vertrag zu Köln an der Spree 23. Nov. 1703 auf seine

erlassen. Um diese Vorteile zu erlangen, kam es darauf an, den Kaiser und den Bischof von Würzburg-Bamberg dafür zu gewinnen. Die Zustimmung des geistlichen Fürsten beizubringen, nahm Folard auf sich. Er reiste nach Schloß Werneck bei Würzburg; dort gelang es ihm den Bischof, der am schwersten durch eine preußische Herrschaft im fränkischen Kreise geschädigt worden wäre, von der Wichtigkeit des Projektes zu überzeugen; Schritte bei den anderen Kreisständen wollte der Bischof aber nur dann tun, wenn er durch ein kaiserliches Schreiben aufgefordert und gedeckt würde; und wenn der Wiener und Versailler Hof, die ebenso an der Vermählung interessiert seien, wie der fränkische Kreis, mittun wollten, den zerrütteten Finanzen des Markgrafen aufzuhelfen und ihm dadurch eine Wiedervermählung zu ermöglichen; geschähe dies, so wolle er „sich so willig als kräfftig am Laden legen.“ [1]) Auf diesen guten Bescheid hin, sprach Ellrodt am 22. Dezember bei Widmann vor und

geringe Erbaussicht im Fürstentum zu Gunsten der Krone Preußen, wofür ihm und seinen Nachkommen eine Pension, gedeckt durch die Einkünfte des Amtes Wolmirstedt, zugesichert wurde. Die Pension wurde im Vertrag von Schönhausen, 13. Sept. 1704 erhöht. Der Markgraf und seine beiden ältesten Söhne beschworen denselben. Als sich aber die Erbaussichten plötzlich verbesserten, wandten sich nach Christ. Heinr. Tode seine Söhne Markgraf Georg Friedrich Karl und dessen Brüder an den Reichshofrat und erlangten, weil der König in Preußen seinen Vertragspflichten nicht nachgekommen sei und weil die Übergehung der Ansbacher Linie im Erbgang den Hausgesetzen (dispositio Achillea und Geraer Vertrag) zuwiderliefe, relaxiationem juramenti ad effectum agendi. Die Markgrafen suchten nun zuerst durch Verhandlungen, dann durch einen Prozeß die Nichtigkeitserklärung des widerrechtlichen Vertrages von 1703 zu erlangen; ehe es zum Urteil kam, ließ sich König Friedrich Wilhelm I. auf einen Vergleich ein: Im Berliner Vertrag vom 22. Dez. 1722 erkannte der König das Erbrecht des Kulmbacher Zweiges an; wogegen sich der mittellose Georg Friedrich Karl und seine Brüder als Entgelt für die bisher gezahlte Pension verpflichteten, im Falle sie Bayreuth erbten, 30000 fl.; im Falle sie Ansbach erbten weitere 30000 fl. jährlich und für letzteres Fürstentum die einmalige Summe von 50000 fl. an den König oder seine Erben zu zahlen, doch sollten die Gesamtzahlungen die Summe von 550000 fl. nicht überschreiten; Verpflichtungen, zu deren Sicherung dem Könige einige Ämter der Markgrafschaften als Hypothek dienen sollten. Im Jahre 1726 wurde Gg. Friedr. Karl, der Vater unseres Friedrichs, regierender Markgraf; seit seinen Prozessen wenig preußenfreundlich, suchte er sich der Kontrolle und Abhängigkeit von seinem königl. Vetter zu entziehen; das gelang ihm durch ein Abkommen mit dem fränk. Kreis, demzufolge dem Markgrafen die 550000 fl. zur Zahlung an den König von Preußen vorgeschossen wurden; diese Schuld sollte allmählich abgezahlt werden, belief sich aber im Jahre 1758 noch auf 275000 fl. Die Schulden bei Preußen stammten aus den Regierungsjahren Markgraf Friedrichs.

[1]) Bischof Adam Friedrich an Widmann, Würzburg, 24. Dez. 58. Wien. St.-Arch. St. Kanzlei Reich 103.

setzte ihm die Bedeutung der Angelegenheit auseinander; am 23. kam er in Begleitung Folards und des geheimen Kabinetsekretärs Henneberg wieder und bat ihn um Unterstützung des Plans und um Einsendung des Memoirs an den Wiener Hof. Dieses Schriftstück begründete in geschickter Weise die Bitte um 500000 fl, um die Gläubiger zu befriedigen, „die aus der Schuld den Vorwand nehmen könnten, sich in des Markgrafen Affären zu mischen." Ohne daß es ausgesprochen wurde, wußte jeder, daß es sich hier um den König von Preußen handelte. Folard meinte, er habe an dem Projekt nur das eine auszusetzen, daß die Forderungen des Markgrafen allzu mäßig seien. Die Bedingnng des Bischofs, daß Österreich zu der Zahlung beitragen sollte, wurde Widmann zunächst wohlweislich verschwiegen. — Der österreichische Gesandte sprach sich in seinen Berichten nach Wien dafür aus: „Niemand in der Welt kann mehr als ich überzeugt seyn, wie sehr dem fränkischen Creyß, dem gesamten Reich, ja dem kayserlichen Hof und in gewissem Maaß ganz Europa daran liege, daß der Herr Marggraf von Bayreuth sich sobald als möglich wieder vermähle und Erben, wozu von Seiten des Marggrafen von Anspach alle Hoffnung verlohren ist, erzeuge, maßen außerdem die beeden Marggrafthümer Culmbach und Onalzbach in die Hände des Konigs in Preußen oder dessen Nachfolger gerathen möchten, wovon die Höchstbetrüblich und gemeinschädliche Folge jedes redlich gesinnte Gemüth, auch nur in der Vorbildung vor Franken und das ganze teutsche Vatterland zittern machen muß." Bei dieser Lage sei der Erlaß der 275000 fl „eine ebenso billig und mäßige als etwan leicht zu bewirkende Bedingniß." Was aber die 500000 fl betraf, so sprach sich Widmann wegen der Erschöpfung der Kreiskasse und des Kreiskredits in seinem Bericht gegen die Bewilligung aus; im Laufe des Schreibens aber kam er durch „Vorbildung" des Greuels einer preußischen Herrschaft in Franken dahin, daß er meinte die Vorteile, die die Erhaltung der fränkischen Linie des Hauses Brandenburg brächte, seien durch die halbe Million Gulden nicht zu teuer erkauft, wenn sich der Markgraf verpflichte, mit dieser Summe seine Schulden an Preußen zu zahlen. Zwei Tage darauf hörte er durch den Bischof selbst dessen Ansicht, daß der kaiserliche und der Versailler Hof zu den 500000 fl beitragen sollten; aber obwohl der Gesandte dem geistlichen Fürsten innerlich recht gab, betonte er in seiner Antwort nur, daß jedenfalls die Heirat ermöglicht werden müßte.[1]) Folard suchte Adam Friedrich

[1]) Widmann an Kaunitz, 26. Dez. 1758.

nun nochmals persönlich auf, um seinen Eifer für die Sache anzuregen; doch der Bischof hatte schon gute Worte genug bekommen; er wollte erst die Gewißheit haben, daß nicht schließlich die ganze Last auf dem Kreise liegen bleibe. Ärgerlich schrieb Folard an Widmann über die Lauigkeit des geistlichen Fürsten, der garnicht bedenke, wie sehr die Sache eile, „da doch unser guter Markgraf auch sterblich" sei.[1])

Auf die verschiedenen Berichte Widmanns hin scheint der Handel in Wien in einer Konferenz zur Sprache gekommen, dann aber trotz des Drängens des jungen Ellrodt stecken geblieben zu sein; wenigstens hören wir eine geraume Zeit nichts von dieser Heiratsaffaire; auch die Ergüsse des schreibseligen Projektenmachers v. Seckendorff, der nach dem Tode des Markgrafen Carl von Ansbach jeden Einfluß verloren hatte und nun auf seinen Gütern lebte, scheinen wenig Förderung gebracht zu haben. In seiner schwülstigen Weise setzte er die Notwendigkeit der Ehe auseinander, erzählte was vor 10 Jahren der König von England über diese Angelegenheit gesagt und brachte schließlich eine Liste von 20 heiratsfähigen Prinzessinnen und 3 Reichsgräfinnen im Alter von $12^1/_2$—34 Jahren bei, bei deren Auswahl er sowohl auf das protestantische Bekenntnis und die „gute Gesinnung", als besonders die Fruchtbarkeit der Familie sah, damit der „Endzweck auch erreichet werde". Er meinte, diese Liste solle durch einen „vertraulichen Kanal" dem Markgrafen zugeführt werden.[2]) Ob es geschah, weiß ich nicht. Tatsache aber ist, daß der Markgraf schon vorher (Anfang Februar) in Verhandlung mit Carl von Braunschweig, einem Schwager Friedrichs des Großen und entfernten Vetter Maria Theresias trat und um die Hand seiner Tochter Sophie Karoline Marie warb; vielleicht war die Wahl auf diese Prinzessin wegen ihrer doppelten Verwandschaft gefallen. Die Vorbesprechungen, die der erst kurz verwitwete Markgraf aus begreiflichen Gründen vor dem König von Preußen streng geheim hielt, waren Mitte April abgeschlossen,[3]) noch bevor er eine bindende Zusage in der Geldfrage erhalten hatte. Das Opfer, das er dem „teutschen Vatterland" zu bringen bereit war, schien ihm also nicht allzu schwer zu fallen.

Der Wiener Hof wollte, wie es scheint, in eine Unterstützung nur dann willigen, wenn er mit Bestimmtheit erfahren habe, daß die Haus-

[1]) Widmann an Kaunitz, 2. Jan. 1759.

[2]) Seckendorff an Kaunitz, Obernzenn 16. Febr. und 23. März 1759. Wien. St.-Arch. St. K. Reich 114.

[3]) Charl. Hausarchiv, Briefe des Wolfenbüttler Hofes an Markgraf Friedrich.

verträge der Hohenzollern wirklich geändert, also nach dem Aussterben der fränkischen Linie, keine neuen Nebenlinien gebildet werden sollten, sondern die „malheureuse époque“ einer preußischen Herrschaft eintreten werde. Der Bischof von Würzburg wurde deshalb beauftragt, dem Baron von Seckendorff, der den Vertrag von 1752 mitunterzeichnet hatte, das Geheimnis zu entlocken. Doch gelang es ihm ebenso wenig, wie den Wiener Ministern aus Seckendorff, als er im Herbst in Wien auftauchte, etwas herauszubringen; niemand wollte sich, wie es scheint, mit diesem schmutzigen Menschen allzutief einlassen.[1])

Die Verhandlungen wurden im Frühsommer gestört durch einen dritten Einfall der Preußen in Franken. König Friedrich wollte, da er im Jahre 1759 von allen Seiten Feinde zu erwarten hatte, zuerst die „Kreiser“ „die schofelsten“ (les plus piètres) seiner Feinde, außer Spiel setzen, um zu verhindern, daß sie, wenn Österreicher, Russen und Franzosen ihn bedrängen würden, die Zahl der Gegner noch vermehrten. Prinz Heinrich erhielt deshalb den Befehl gegen die „Kanaille“ vorzugehen,[2]) um sie zu vernichten oder sie durch Zerstörung der Magazine gründlich aufzuhalten.[3])

Am 5. Mai brach Prinz Heinrich von Zwickau auf und marschierte durch Thüringen nach Hof, wo er am 9. Mai eintraf; damit betrat er bayreuthisches Gebiet. Wie im Jahr zuvor hat sich auch 1759 nach der Zeit der Winterquartiere die Reichsarmee im Gebiete des Markgrafen Friedrich neu formiert. Die zusammengeschmolzenen Reichstruppen waren durch österreichische Hülfsvölker verstärkt, die auch zum Teil im Bayreuthischen einquartiert waren. In der Hauptstadt selber trafen wieder vornehme Gäste ein, darunter Feldmarschall-Leutnant Graf Hadik, mit seiner Gemahlin, die nur mit Mühe im letzten Augenblick den andringenden Preußen entfliehen konnte.[4]) Prinz Heinrich säuberte, nach allen Seiten Detachements ausschickend, in kurzem das Bayreuther Oberland, am 12. Mai marschierte das Korps des General Finck, am 13. die Hauptarmee unter Prinz Heinrich mit klingendem Spiel durch die Residenz und salutierte vor dem Schloß.[5]) War diese Ehre der Dank

[1]) W. Hofmann, a. a. O. S. 65 ff. Über das Verhalten des Bischofs in der Wiedervermählungssache bringt Hofmann leider gar nichts; Colloredo an Widmann, Wien 9. Dez. 1759.

[2]) P. C. XVIII 179, 185.

[3]) P. C. XVIII 205.

[4]) Gräfin Hadik an Friedrich von Bayreuth 10. (?) Mai 59. Charlottenb. Hausarch.

[5]) R. Schmitt, Prinz Heinr. v. Preuß. als Feldherr I (1885) S. 96.

dafür, daß Friedrich allenthalben sein Möglichstes getan hatte, um den Zug erfolgreich zu gestalten? — In welcher Weise er den Prinzen Heinrich unterstützte, ist leider nicht zu sagen; auch schweigen die Akten über die Motive des Markgrafen. Wenn man aber die Haltung Friedrichs in den Jahren 1757, 58 und 1762 mit der vom Jahre 1759 vergleicht, so liegt es nicht nahe anzunehmen, daß er gerade in diesem Jahre aus besonderer Sympathie für Preußen und zu irgend welchen Vergünstigungen, sei es durch Lieferung von Lebensmitteln oder durch Überbringung von Nachrichten, sich bewogen fühlte. Vielmehr ist anzunehmen, daß er nach den Erfahrungen des vorigen Jahres *aus Furcht vor Prinz Heinrich* so handelte. Denn was sollte nach dem Tode Wilhelmines den preußischen König veranlassen, den Markgrafen von Bayreuth, mit dessen Haltung er keineswegs immer zufrieden war, besonders zu schonen?

Gelegenheit zu allerlei Gefälligkeiten war reichlich gegeben, denn vom 9.—16., dann vom 25.—31. Mai hielt sich das ganze Heer oder Teile desselben auf Bayreuthischem Gebiete auf, in der Zwischenzeit aber in der Nähe der Landesgrenzen. Trotzdem hatten die Untertanen des Markgrafen auch in diesem Jahre, in dem Franken schlimmer als bei den vorigen Einfällen heimgesucht wurde, nichts zu leiden. Im Hinblick auf die Schonung seines Gebietes, war es wohl von Friedrich nicht zu viel gesagt, wenn er den Dank, den der preußische König auf Anregung des Prinzen Heinrich dem Markgrafen erstattete, bescheiden ablehnte, indem er antwortete, daß er nichts als seine Pflicht getan habe.[1])

Indessen gingen die Verhandlungen des Markgrafen mit seinem künftigen Schwiegervater den Sommer über fort und kamen schneller zum Abschluß, als die Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hofe und den Mitständen des fränkischen Kreises. Am 20. September wurde in Wolfenbüttel die Vermählung Friedrichs von Bayreuth mit Sophie Karoline Marie von Braunschweig vollzogen. Die noch erhaltenen Akten geben keinen Aufschluß, warum der Markgraf, noch ehe er in dem Geldpunkt eine Sicherheit erlangt hatte, die neue Ehe einging. Er gab damit eine für seine Verhandlung in doppelter Weise günstige Position auf: konnte er doch jetzt nicht mehr behaupten, es sei ihm bei seinem völligen finanziellen Ruin schlechterdings unmöglich, sich wieder zu vermählen und beraubte er sich doch seines besten Bundesgenossen, nämlich der Angst vor Preußen,

[1]) Prinz Heinrich an König Friedr. 2. Juni 1759, König Friedrich an Prinz Heinrich 6. Juni P. C. XVIII 301 und Fußn. 1. Markgraf Friedr. an König Friedr. 14. Juli. Berl. St.-A. Rep. 96, 99 d. Fol. 180.

die den fränkischen Kreis vielleicht zu einem namhaften Geldopfer bewogen hätte. Zartere Gefühle dürften den Markgrafen nicht zu dem schnellen Schritt bewogen haben, da er seine Auserwählte nur nach einem Bilde kannte.[1]) Wenn man bei seiner geringen staatsmännischen und diplomatischen Begabung überhaupt annehmen will, daß er mit dem Eingehen der Ehe einen Zweck verband, so kann es nur der gewesen sein, daß er dadurch die eingeschlafenen Verhandlungen neu beleben wollte; unter allen Umständen aber war die Überstürzung ein Fehler, denn die an seiner Verehelignug Interessierten, besonders der Bischof von Würzburg und Bamberg, hätten vermutlich bald genug auch ihrerseits Schritte getan.

Zugleich mit der Anzeige der Vermählung des Markgrafen mußte Baron Friedrich von Ellrodt dem kaiserlichen Hofe ein Promemoria übergeben des Inhalts, daß sein Herr nur in der bestimmten Erwartung einer ausgiebigen finanziellen Unterstützung eine neue Ehe eingegangen sei. Auf eine solche glaubte er um so eher rechnen zu dürfen, als er durch Erzielung „einer von Gott hoffenden" männlichen Nachkommenschaft dem fränkischen Kreise und dem Reiche einen großen Gefallen getan habe. — In einer ebenso großmütigen als billigen Weise erzeigte sich der Kaiser erkenntlich: er beauftragte nämlich Widmann mit dem ohnehin zu einer Unterstützung geneigten Bischof Adam Friedrich in neue Verhandlung einzutreten und den übrigen Fürsten klarzulegen, daß ihr wahrer Nutzen den Erlaß der Schulden des Markgrafen erheische. Zugleich aber sollte Friedrich als „billige Rückgab" für die Vorteile eine Reihe von Bedingungen erfüllen, vornehmlich allem „preußischen Abhang entsagen" und auf Grund der „neugewürckten" Freundschaft die Pläne des Reichsoberhaupts in jeder Hinsicht nach Kräften fördern, in allem Vertrauen den Inhalt der neuen Hausverträge und die Höhe seiner Schulden bei Preußen nennen, und endlich auf seinen alten Anspruch, mit Bamberg zusammen das fränkische Kreisdirektorium zu führen, verzichten. Namentlich an der letztgenannten Bedingung scheinen die Verhandlungen, die sich noch bis in das Jahr 1760 hineinzogen, gescheitert zu sein; und als der vielbesprochene Sprößling des Markgrafen und seiner neuen Gemahlin nicht kommen wollte, scheint der fränkische Kreis nicht mehr ernstlich daran gedacht zu haben, dem Markgrafen die Rückstände zu erlassen, geschweige denn die Schulden bei Preußen zu bezahlen; man hielt es für geratener mit der großen Schuldforderung „ein solches hefft

[1]) Charl. Haus=Arch.

in hande zu behalten, wodurch der Künfftige (preußische) Successor, wo nicht in Schrancken gehalten, doch ihme sich allenfallß angenehm gemachet werden könnte".[1])

So hatte der Markgraf mit seiner neuen Ehe nichts erreicht; die zweite Gemahlin brachte ihm nur Unfrieden ins Haus, indem sie in verletzender Weise gegen erprobte Diener und Freunde des Markgrafen, wie die Familie Mirabeau, verfuhr und ihm durch Eifersüchteleien die letzten Jahre seines Lebens verbitterte.[2])

VII.

Die letzten Kriegsjahre.

In den letzten Jahren des siebenjährigen Krieges, erlahmten, wie überhaupt die Kräfte der einzelnen Staaten, so besonders die der meisten Reichsfürsten. Für Freund und Feind hatte man große Opfer gebracht und mußte sie auch fernerhin bringen, ohne daß man als Trost für vergangene oder als Ansporn zum Ertragen künftiger Leiden irgendwelchen Vorteil sah. Und trotz der allgemeinen Friedenssehnsucht blieb das Reich im Kriege; man wagte es nicht einmal, den Wunsch nach Ruhe laut werden zu lassen; zu schwer und hart hätte einen Verwegenen, der dergleichen geäußert hätte, die Rache des Wiener und Versailler Hofes getroffen. Frankreich, das sich im Jahre 1760 selber mit Friedensgedanken trug, konnte aus strategischen Gründen[3]) die Neutralität des Reiches nicht dulden. Bei der Hofburg kamen dazu noch Erwägungen moralischer Natur: Aus der Exekution gegen den „aufrührerischen" Kurfürsten von Brandenburg wäre mit dem Ausscheiden des Reiches ein Krieg gegen den preußischen König geworden, das heißt ein Krieg, bei dem es sich nicht sowohl um Wahrung der von Gott gewollten kaiserlichen Autorität

[1]) Berichte Widmanns 2. 8. Okt. 10, 28. Nov.; Reskripte an ihn 31. Okt., 7. Dez. 1759, 11. Jan. 1760 (Wien. St.-A. Reichskanzlei Weisungen ins Reich 50) Bisch. v. Würzb. an Colloredo, undatiertes Konzept (Würzb. Kr.-Arch. Reichssachen 62) Kaiserl. Reskript an den Bisch. 26. Okt. 59. Bamb. Kr.-A. Märckeriana 177, ebenda Widmann an den Bischof 17. Nov. Antw. 28. Nov. und Gutachten des Bamb. Statthalters 7. Dez. 59. Die letzten Verhandlungen sind mündlich geführt worden.

[2]) Heinritz im Archiv für den Obermainkreis II 3, 49. Bamberger Kreisarchiv. Märckeriana 2324.

[3]) Recueil des instructions VII S. 339.

als vielmehr um Eroberungen gehandelt hätte. Konnte man es vor der Welt verteidigen, so viel Opfer an Gut und Blut zu bringen, wenn es sich um ganz egoistische Zwecke, nicht um höhere Güter handelte? Das ist der Grund, weshalb das Reich, so schlecht sein Wille und so erbärmlich seine Leistungen auch waren, vor Maria Theresias Kriegswagen gespannt blieb; ein halblahmes Roß trottete es neben den andern her. —

Bei dieser Lage der Dinge war der Parteieifer, der sich in den Jahren 1756—58 gezeigt hatte, sehr herabgestimmt; selbst ein der Sache des Wiener Hofes so ergebener Fürst, wie Adam Friedrich von Würzburg, wurde bei neuen Forderungen schwierig und übellaunisch, in Bayern regten sich neue Neutralitätsgelüste und Eichstädt ließ es bei den französichen Fourageforderungen bis zur Drohung mit Exekution kommen, ehe es sich zu ihnen bequemte. So im österreichischen Lager, wo man doch im Jahre 1759 auf glänzende Waffenerfolge blicken konnte; wieviel mehr mußte der Eifer der offenen und geheimen Anhänger Preußens mit dem, wie es schien, untergehenden Stern des großen Königs sinken! Zwar gab es eine Reihe von unerschütterlichen Treuen, namentlich im Norden und Nordwesten Deutschlands, aber im Süden war im Jahre 1760 keine preußische Partei mehr vorhanden. Die bisher eifrigsten Anhänger waren der Markgraf Baden-Durlach, Alexander von Ansbach, der seinem Vater Karl 1757 gefolgt war und Friedrich von Bayreuth; ersterer war mehr und mehr verstummt: die französische Nachbarschaft war zu drückend. Der Ansbacher, der sich allmählich den von seinem Vater überkommenen Fesseln der österreichischen Diplomatie entwunden hatte, war im Gegensatz zu seinem Vorgänger gut preußisch gesinnt, doch wie jener zu energielos, um eine klare, zielbewußte Politik zu treiben. Seinen auch zur preußischen Partei neigenden Ministern aber kam es in dieser schweren Zeit mehr auf Erleichterung der Lasten und Linderung der Not an als auf Erhaltung altbrandenburgischer Traditionen; sie wehrten sich gegen die starken Einquartierungen, gegen die vielen Römermonate und die drückenden Fourageforderungen der Franzosen. Trotzdem schreibt Widmann ihre Memoires „würden von preußischen Federn geschrieben.“ Anders Markgraf Friedrich von Bayreuth. Durch sein nobles Eintreten für Preußen, das er schwer hatte büßen müssen, waren seine ohnehin schlechten Finanzverhältnisse noch mehr in Zerrütterung geraten; er hatte vergeblich versucht von Frankreich, vom fränkischen Kreise, vom Kaiser Geld und Unterstützung zu bekommen; sollte er, weil die Versuche ergebnislos verlaufen waren, sich schmollend von Österreich, dem er sich genähert, wieder zurückziehen, sich wieder unter die „schlecht ge-

sinnten" Stände zählen lassen und die üblen Folgen einer solchen Haltung auf sich nehmen? Ellrodt, der vor kurzem durch seine Standeserhöhung erfahren hatte, daß man in Wien nicht undankbar war, riet energisch zum Anschluß an Oesterreich, doch so, daß man sich Preußen gegenüber nicht bloßstellte. Dagegen empfahl der alte saumselige Lauterbach[1]) eine möglichst wenig ausgesprochene Haltung; er hatte den Erfolg, daß der Regensburger Gesandtschaftsposten auch fernerhin unbesetzt blieb und der für ihn in Aussicht genommene Friedrich von Ellrodt[2]) vorläufig noch in Wien blieb.

Das Jahr 1760 gewährte dem Markgrafen wenig Gelegenheit irgendwie hervorzutreten, die Regelung der im Winter 1759/60 für Bayreuth sehr leichten Winterquartiere, die Zahlung der Römermonate, die Ergänzung der Kreistruppen und die starken Forderungen für den Unterhalt der französischen Heere bildeten die Hauptfragen, die ihn beschäftigten.

Große Aufregung rief eine Denkschrift des Markgrafen von Ansbach hervor, der wegen seiner römermonatlichen Rückstände mit Exekution bedroht worden war. Er ließ in „übertriebenen, heftigen und ungestümen Ausdrückungen" gegen alle weiteren Steuern protestieren und den Erlaß der Rückstände fordern.[3]) Es kam nun darauf an, ob sich die Majorität des Kreises und besonders ob sich Bayreuth dieser Erklärung anschließen und die Forderung genehmigen werde; dann wäre der Kreis aus dem Kriege ausgeschieden. Ellrodt war weit entfernt seinem Herrn dazu zu raten, er meinte in seinem Bericht[4]) vom 12. Juni in Anbetracht der angeblich viel größeren Leiden Bayreuths und der noch immer andauernden Durchzüge der Reichsarmee „dörffte es ein leichtes seyn jene Ansbach. Klage mit einer weit nachdrücklicheren Parodie zu begleiten und die nehmlichen Anforderungen mit ungleich wichtigeren Gründen zu besteifen." Und als dann von Wien der Wink[5]) kam, daß jetzt der Markgraf Gelegenheit habe einen „thatkräftigen Beweis" zu liefern, „daß er wahrhaft gemeynet sey mit der gerechten Sach zu

[1]) Widmann an Colloredo 15. Aug. 60.

[2]) Colloredo an Widmann 8. Okt. 60. Wien. St.-A. Weis. in's Reich 20. German von Ellrodt an Widmann Kaiserhammer 17. Okt. 1760, Widmann an Colloredo 19. Okt. 1760.

[3]) Widmann an Colloredo, 10. Juni 60.

[4]) Bamb. Kr.-A. Gr. Kr. F. B. A. 335.

[5]) Colloredo an Widmann 21. und 26. Juni 1760. Wien. St.-A. Reichsk. Weisungen in's Reich 20.

halten", da ließ es der Markgraf an der gewünschten „geschwinden Entschließung" nicht fehlen und sprach sich den Ansbachischen Forderungen gegenüber ablehnend aus;[1]) auf diese Weise hoffte er die Unterstützung der Hofburg zu gewinnen für seinen bald darauf gestellten Antrag, ihm für seine Rückstände einen Teil der Kriegsschäden durch die Reichsarmee und die Preußen in Anrechnung zu bringen. In der Tat befürwortete auch Widmann zuerst diese Bitte, doch als der Bischof von Würzburg die Forderung als eine „verkleisterte Entziehung von den Kreyß-Ständischen Pflichten" brandmarkte und den gänzlichen Mangel an baren Mitteln in der Kreiskasse betonte,[2]) da war es mit der Unterstützung schnell wieder vorbei; es wurden immer neue „thatkräftige Beweise" der Freundschaft verlangt, so die Verhängung und Vollziehung der Kreisexekution gegen Ansbach;[3]) die Gegenleistungen aber bestanden in geharnischten Forderungen, die Römermonate bis auf den letzten Heller zu bezahlen, „widrigenfalls unerbittlich die Exekution folgen müsse."[4]) War es bei diesen Umständen zu verwundern, daß Friedrich mit Freuden zugriff, als sich von neuem für ihn die Gelegenheit bot eine Vermittlerrolle zwischen Preußen und Frankreich zu übernehmen? Nicht nur das Reich, dessen Fürsten ohne Hoffnung auf Gewinn am Kriege teilnehmen mußten, auch die großen Mächte waren kriegsmüde, sogar Maria Theresia schien sich von ihrem Herzenswunsch, in Schlesien den schönsten Edelstein ihrer Krone zurückzuerobern, nach dem 5. Feldzug trennen zu wollen.[5]) Stärker war die Friedenssehnsucht in Frankreich; bei der völligen Erschöpfung der Finanzen und bei den Verlusten der so vieler überseeischer Besitzungen an England, hatte es Choiseul für nötig befunden, mit diesem mächtigen Gegner in Separatfriedensverhandlungen[6]) zu treten. In der Absicht, Preußen an diesen Auseinandersetzungen Anteil zu verschaffen, hatte Graf Finckenstein

[1]) Widmann an Colloredo 10. Juli 1760.

[2]) Widmann an Colloredo 9. Sept. 1760, Widmann an Markgraf Friedrich 10. Nov. Bamb. K.-A. G. Kr. F. B. A. 357.

[3]) Korrespondenz darüber zieht sich durch den ganzen Spätsommer und Herbst (Berichte Widmanns und Bamb. Kr.-A., G. Kr. F. B. A. 356/57, Kr.-A. T. XV.

[4]) Über eines dieser Schreiben war der Markgraf sehr entrüstet, weil Widmann darin „eine solche Thesin statuiret, welche wider die ständische Freyheit . . . . . schnurstracks anlauffet", trotzdem sah er von einem Protest ab, „alldieweilen es um vielerley Ursachen willen habe bedenklich seyn wollen", d. h. weil er sich nicht traue, das gute Einvernehmen mit dem Kaiserhof zu stören. Bamb. Kr.-A. Kreisakten 7. XVI.

[5]) Schäfer II_2 185.

[6]) P. C. XIX 25 und sonst.

Anfang 1760 seinem Herrn den Vorschlag gemacht durch den Hof von Gotha oder Bayreuth dem französischen Ministerium kund zu tun, es werde nur durch preußische Vermittlung von England annehmbare Bedingungen erhalten. Der König erklärte sich zu dem Vorschlag bereit,[1]) doch fiel die Wahl nicht auf den Markgrafen Friedrich. Dagegen bot sich diesem Anfang September 1760 die Gelegenheit mit dem französischen Gesandten beim fränkischen Kreise, dem Grafen Görtz in Verhandlung zu treten. Offenbar im Einverständnis mit ihm, machte er dem König den Vorschlag, er möge durch seine Vermittlung, mit Frankreich in heimliche Friedensverhandlungen eintreten. Der arme Markgraf hatte wieder das Pech, einen ungeeigneten Augenblick gewählt zu haben. Nach seinem Siege bei Liegnitz wollte der König noch vor dem Winter eine Entscheidung im Felde herbeiführen. Von dieser Absicht allein beseelt, konnte er jetzt keine Verhandlungen brauchen. Dankend lehnte er also am 26. Oktober des Markgrafen Vorschlag ab, bis der Feldzug beendet sei und man seine Ergebnisse beurteilen könne.[2]) Als nun der glänzende Sieg bei Torgau (3. Nov.) das Ende der diesjährigen Campagne zu bilden schien, wandte sich der Markgraf wieder an den König. Diesmal machte er ihm Mitteilung von einer Unterredung Ellrodts mit Graf Görtz; der französische Gesandte habe Ellrodt kund getan, daß König Ludwig — benachrichtigt von Görtz' Unterhandlungen mit Bayreuth — gerne Vorschläge hören würde, die zum Frieden führen könnten, auch sei er ganz damit einverstanden, daß der Markgraf die Verhandlungen vermittle. Auf solch nichtssagende Eröffnungen ließ sich König Friedrich natürlich nicht ein und lehnte am 26. Nov. die Bemühungen des Markgrafen ab.[3]) Es war dies der letzte der vielen Versuche des Bayreuther Hofes, für den Frieden zu wirken.

Es bedarf natürlich keiner Erwähnung, daß Choiseul seine Friedensentwürfe nicht von einem Erfolg der Vermittlung eines deutschen Kleinfürsten abhängig machte. Während der Krieg schwer auf Deutschland lastete, nahmen die Friedensverhandlungen ihren Fortgang. Zunächst waren sich allerdings nicht einmal Österreich und Frankreich einig, auf welchem Wege man am besten zum Frieden gelangen könne. Choiseul drängte auf Sonderverhandlungen zwischen Frankreich und England, die die beiderseitigen Verbündeten vertreten sollten. Kaunitz fand es aber der Würde Österreichs nicht angemessen, daß es auf diese Weise

[1]) P. C. XIX 17.
[2]) P. C. XX 33, Fußn. 4.
[3]) P. C. XX 120.

zu einem Schützling des allerchristlichen Königs herabsinke und drang deshalb auf einen allgemeinen Friedenskongreß; er setzte nach längerem Hin- und Herschreiben seinen Willen auch durch; bezüglich des Ortes einigte man sich auf Augsburg.

Die Kaiserin Maria Theresia hegte den dringenden Wunsch, daß ihr Gemahl in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser auf dem Kongreß sich vertreten lassen dürfe. Das hatte nun aber seine Schwierigkeiten; zunächst wollte Frankreich, daß nur die großen Mächte zugezogen würden. Sollte man das heilige römische Reich für eine solche ansehen? Konnte dies Hindernis durch billige Nachgiebigkeit Frankreichs schließlich weggeräumt werden, so war ein anderes von so großer Bedeutung, daß es unmöglich zu heben war. Der König in Preußen hielt an der Fiktion, als stehe er mit dem deutschen Reiche nicht im Kriege, unerschütterlich fest; denn er hatte noch immer nicht den Reichsexekutionsbeschluß vom 17. Januar 1757 als zu Recht bestehend anerkannt; vielmehr hatte sein Vertreter in Regensburg allzeit gegen eine solche Auffassung des Krieges protestiert. Bei diesen Anschauungen konnte König Friedrich natürlich die Vertretung des völlig unbeteiligten Reiches durch den Kaiser resp. dessen Bevollmächtigten auf dem Augsburger Friedenskongreß nicht dulden. Der Reichstag mußte entscheiden und hatte somit einmal wieder einen bedeutsamen Entschluß zu fassen. Am 6. Juni 1761 lief in Regensburg ein kaiserliches Kommissionsdekret ein, das die Zustimmung des Reiches zur Abhaltung des Kongresses beantragte. Unter der Hand aber forderte der kaiserliche Hof durch vertraute katholische und protestantische Gesandte, so den Vertreter Sachsens, Ponickau und den Schwerins und Damstadts Teuffel, der in dieser Zeit „wie ein rechter Teufel gegen die Evangelische Sache stritt",[1]) daß der Kaiser mit der Vertretung des Reichs beauftragt würde. Dem dahingehenden Reichsgutachten sollten zur „Instruktion" des Kaisers verschiedene Desideria beigefügt werden, die fast ebenso viele Schädigungen und Kränkungen des Königs von Preußen waren.

Um diese Wünsche durchzusetzen, begann die in Reichsangelegenheiten außerordentlich gut organisierte kaiserliche Diplomatie frühzeitig ihre mühevolle Arbeit. Die Spezialgesandten bei den einzelnen Kreisen wurden beauftragt, mit jedem Fürsten, bei dem irgend welche Aussicht bestand, in Sonderverhandlungen zu treten, daß er seinen Reichsgesandten zu Gunsten der Hofburg instruiere. Um des guten Eindrucks willen

[1]) Bericht Plothos 10. Aug. 61.

und zur Vermeidung des in der Tat unberechtigten Verdachtes, als ob eine katholische Interessenpolitik mit Majoritätsbeschlüssen durchgesetzt werden sollte, kam es natürlich wieder darauf an, möglichst viele protestantische Fürsten zur Unterstützung der kaiserlichen Pläne zu gewinnen. Außer den Herzögen von Mecklenburg-Schwerin und Württemberg und dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt galt es vornehmlich die Markgrafen von Bayreuth und Ansbach auf die österreichische Seite zu ziehen. Schon Ende Mai machte sich Widmann an seine Aufgabe. Mit Hilfe des französischen Gesandten suchte er zunächst an sein Ziel zu kommen; doch da Graf Görtz — weil er noch keine Instruktion hatte — „in dieser Sache sehr kaltsinnig war", so mußte er sich direkt an Ellrodt wenden. Der Bayreuther Minister zögerte die Antwort möglichst lange hinaus und auch als Görtz und Widmann am 21. Juni in Erlangen beim Markgrafen vorsprachen, wurden sie auf später vertröstet. Des Österreichers Meinung von den staatsmännischen Fähigkeiten des Markgrafen waren so gering, daß er wagte, Friedrich die drohende Perspektive zu eröffnen, daß, wenn der Kaiser nicht bevollmächtigt würde, das Reich leichtlich allein im Kriegszustand mit Preußen bleibe. Das war dem Markgrafen denn doch zu stark. „Fast mit Bezeigung eines Unwillens" brach der sonst so wohlwollende Fürst das Gespräch ab.[1])

Indessen war Friedrich mit Alexander von Ansbach in Beziehung getreten. Am 11. Juni hatte er ihn aufgefordert, in dieser Frage, wo es wieder einmal galt, Farbe zu bekennen, mit ihm de concertu zustimmen.[2]) Görtz, der inzwischen instruiert worden war, tat nun sein Möglichstes, die Brandenburger Höfe, zu denen er allmählich dasselbe vertrauliche Verhältnis gewonnen hatte, wie sein Vorgänger Folard, in Güte zu gewinnen; er hatte auch den Erfolg, daß ihm Ellrodt erklärte, er könne die „Bevollmächtigung des Kaisers seitens Bayreuth als eine affaire faite einberichten". Mit Unrecht argwöhnte Widmann, Görtz habe sich wieder einmal „bloßen Dunst" vormachen lassen.[3])

Tatsächlich war man in Bayreuth entschlossen, die Freundschaft des Kaisers und vor allem den Schutz des französischen Königs nicht zu verscherzen; es galt nur die Zustimmung zu ihren Wünschen in eine Preußen möglichst schonende Form zu kleiden und für eine solche auch Ansbach zu gewinnen. Das Widmann gegebene Versprechen, daß Friedrich von Ellrodt von Wien nach Regensburg reisen und das dem

[1]) Widmann an Colloredo 31. Mai, 6., 10., 12. und 23. Juni 1761.

[2]) Bamb. Kr.-A. Gr. Kr. F. B. A. 366.

[3]) Widmann an Colloredo 23. Juni 1761.

Kaiser günstige Votum ablegen sollte, wurde nicht eingehalten; man übertrug es lieber dem charakterlosen Ansbachischen Gesandten Seefried. Philipp von Ellrodt wollte vermutlich seinem Sohne ersparen, die Regensburger Karriere mit einer so heiklen Angelegenheit zu beginnen.

Trotz eifriger schriftlicher Verhandlungen und trotz einer Zusammenkunft Philipp von Ellrodts mit dem ansbachischen Geheimrat von Erffa in Fürth, konnte der junge Markgraf Alexander nicht vermocht werden in einer so ausgesprochenen Weise gegen die Hausverträge zu verstoßen. Da aber Görtz, der die ganze Zeit in Bayreuth weilte und Widmann unausgesetzt den Markgraf Friedrich mit Versprechungen und Drohungen bestürmten, bei seiner „standhaften Gesinnung" zu verharren und Ellrodt, der sich seit dem Tode Wilhelmines, nur allzugern in der kaiserlichen Gunst sonnte, nach Ableben des Grafen Mirabeau die allein ausschlaggebende Persönlichkeit in Bayreuth war, so konnte es nicht fehlen, daß der Markgraf sich nach den Wünschen des Kaisers richtete.[1]) Vergeblich war eine Mahnung Plothos, der, als er von dieser Gesinnung hörte, noch in letzter Stunde den dringenden Rat erteilte, sich nicht von den übrigen protestantischen Fürsten zu trennen, vergeblich die Forderung des preußischen Ministeriums, der Markgraf möge „im Interesse des Gesamthauses und der ständischen Libertät" stimmen. Plotho hatte nämlich ganz im Geheimen mit den vertrauten Gesandten eine itio in partes vorbereitet, für den Fall, daß der Kaiser für seine Wünsche eine Majorität finden werde.[2]) Und er fand sie. Bayreuth schloß sich insofern an, als es in seinem Votum sich dahin aussprach, daß man, um bei Herstellung des Friedens keine Zeit zu verlieren, den Kaiser mit der Vertretung des Reichs auf dem Friedenskongreß beauftragen möge; man gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß er bei seinen Verhandlungen die Bestimmungen des westfälischen Friedens einhalten werde. Über die beantragten Disideria, die in der Bitte um Entschädigung Sachsens gipfelten, hatte sich Seefried nicht zu äußern. Auf Grund der am 3. August abgelegten Stimmen sollte das Reichsgutachten abgefaßt werden. Doch die österreichischen Gesandten täuschten sich, wenn sie glaubten, gewonnenes Spiel zu haben. Die Gesandten der meisten evangelischen Fürsten faßten ein „votum commune", in dem gegen eine Vertretung des Reiches und eine Bevollmächtigung des Kaisers protestiert wurde.

---

[1]) Widmann an Colloredo 28. Juni, 6. und 15. Juli. Philipp v. Ellrodt an Markgraf Friedrich 12. Juli. Widmann an Colloredo 1., 12. Aug.

[2]) Berichte Plothos vom 20., 27. Juli, 3. Aug., Reskript an ihn, Magdeburg 1. Aug.

Großes Aufsehen erregte es, daß Seefried diesem Beschluß auch für Bayreuth beigetreten war: er hatte den Drohungen des handfesten Plotho und den Überredungskünsten des Hannoveraners von Gemmingen nachgegeben.

Am 7. August war die entscheidende Sitzung. Als von den Direktorien das Gutachten verlesen wurde, erhoben sich die meisten evangelischen Gesandten unter Führung Plothos und Gemmingens und traten protestierend zusammen: die itio in partes vereitelte den Majoritätsbeschluß! Seefried brachte eine neue Überraschung. Im Namen beider Markgrafen trennte er sich von seinen Konfessionsgenossen; diesmal hatten der Vertreter des Kaisers und der Kurfürst von Sachsen ihm solange zugesetzt, bis er sich ihnen angeschlossen hatte. Nun entstand als guter Anfang für den Frieden ein heftiger Federkrieg über die Gültigkeit des Protestes und zugleich ein lebhafter Schriftwechsel über das Verhalten des so charaktervollen Herrn Seefried. Plotho meinte, der Kaiser werde sich wohl kaum mit einer so zweifelhaften Beglaubigung auf dem Friedenskongreß sehen lassen. — Nach Regensburger Gepflogenheit wäre man jedoch vielleicht nie mit diesem neuen Streit fertig geworden, wenn nicht der Kongreß an der Uneinigkeit Frankreichs und Englands gescheitert wäre.

Den Zutritt Seefrieds zu dem votum commune Evangelicorum, zu dem er von Bayreuth in der Tat nicht instruiert war, hatte der kaiserliche Concommissarius Graf Seidewitz sofort per Kourier dem Baron Widmann mitteilen lassen; der Gesandte geriet außer sich vor Zorn über die vermeintliche Hintergehung; nicht einmal den heiligsten Schwüren Ellrodts, der ihm versicherte, Seefried habe seine Vollmacht überschritten, glaubte er und er beruhigte sich erst, als ihm Seidewitz die Nachricht zukommen ließ, der Gesandte habe sich für Ansbach und Bayreuth der itio in partes nicht angeschlossen.

Kaum war Markgraf Friedrich diesem Sturm entronnen, da kamen von Plotho und vom preußischen Ministerium die „kräfftigsten und der Sache nach abgemessensten Vorstellungen" und Vorwürfe, daß der Markgraf die ständische Freiheit, das evangelische Wesen und die Interessen des Gesamthauses geopfert und dazu gegen den Hausvertrag verstoßen habe. Als der Kourier Plothos eintraf und man hörte, daß der Markgraf von Ansbach Seefried desavouiert habe und der itio in partes beigetreten sei, da konnte auch Friedrich nicht umhin, ein gleiches zu tun. Am 15. August wurde der Regensburger Gesandte beauftragt, in der evangelischen Konferenz zu erklären, „daß, nachdem die Projekte conclusi besonderer Desideriorum gedenken, diesen aber beyzutretten, in deren

Materialia einzugehen oder partes Evangelicorum zu verlassen man Brandenburg-Kulmbachischer Seits nie gemeynet seye."

Obwohl es praktisch ohne Bedeutung war, daß der Markgraf in dieser Weise sich von der kaiserlichen Gefolgschaft lossagte, so wurde doch in Wien dieses Verhalten sehr übel aufgenommen. „Hiesigen Orts", schrieb Kolloredo am 26. August an Widmann, „nimmt zwar dieser Schritt von Anspach wegen der bey dem dasigen Ministerio herrschenden widrigen Gesinnung, nicht besonders Wunder, wannenhero auch aller Versuch dargegen vergeblich seyn dörffte, allein, daß man sich in Bayreuth zu einem solchen Schritt würde verleiten lassen, hätte man hiesigen Orts nimmer vermuthet, nachdem der Herr Marggraf nicht nur in Sachen zu allerhöchsten Kays. Wohlgefallen das stattlichste Votum, sondern sogar durch den v. Seefried ausdrücklich erklären lassen, daß Sie an dem angeblichen Voto communi keinen Theil nehmen. Nun mag es freylich wohl seyn . . . . daß der v. Seefried den wahren Hergang nicht aufrichtig und geschichtsmäßig einberichtet, noch auch angezeigt habe, mit was vor unheilbaren Gebrechen solches beschaffet ist. Ew. Exc. wollen dannenhero dem Herrn Marggrafen zu Bayreuth die hiesige Verwunderung und anmit bezeugen, wie man sich hierorts nicht vorstellen könne, daß Dieselbe von ihrem vorhin so rühmlich und patriotisch obgedachtermaßen genommenen Maßregeln abgehen und so anmit der bey dem hiesigen Kayser, auch dem Königlich Frantzösischen Hof andurch sich erworbenen besonderen Verdiensten sich würden verlustigen wollen, mithin man der Hoffnung lebte, selbe würde die durch den v. Seefried . . . beschehene Erklärung wieder zurücknehmen und also der Sache redressiren. Ew. Exc. wollen sich allersinnliche Mühe geben den H. Marggraf umzubewegen . . ." Daran ließ es Widmann nicht fehlen; er redete zuerst Ellrodt ins Gewissen und als jener behauptete, er wisse von der ganzen Sache nichts, wandte sich der Gesandte mit einem energischen Schreiben an den Markgrafen. Nach Beschluß einer Geheimratsitzung antwortete das Ministerium am 9. September sehr ausweichend, der Markgraf habe ja in der Hauptsache den besten Willen gezeigt und es sei ihm sehr unangenehm, daß sich Seefried wider seinen Willen „weiter herausgelassen." Diese offenbare Lüge befriedigte nun Widman keineswegs; er verlangte eine deutlichere Erklärung und reiste, als er sie nicht erhalten konnte, Mitte Oktober selbst nach Bayreuth. Philipp und Friedrich von Ellrodt — letzterer war vor kurzem von Wien abberufen worden und heimgekehrt — suchten in wenig mannhafter Weise alle Schuld auf Lauterbach abzuwälzen. Der Sohn sagte sogar, wenn er statt Seefried das Votum

geführt hätte, würde er ohne Instruktion für den Kaiser eingetreten sein und schließlich baten sie beide wenig logisch, er möge sich mäßigen, damit sie nicht in Ungnade beim Markgrafen fielen; Friedrich aber lehnte die Zurücknahme der Erklärung Seefrieds ab, indem er dem kaiserlichen Gesandten spitzfindig auseinanderzusetzen suchte zwischen seinem Votum, das „sich allein auf die Bevollmächtigung bezöge, und dem der Religion wegen für ihn unvermeidlichen Beitritt zum Protest, der sich nur auf die „angehängten" Desideria beziehe, bestände kein Widerspruch. Er warf sich schließlich gänzlich dem französischen Gesandten in die Arme und fand bei ihm Schutz, da Frankreich, wie es scheint, wenig Wert auf den praktisch bedeutungslosen Zwischenfall legte. Widmann und Kolloredo aber wurden nicht müde auf eine genügende Erklärung zu dringen, denn dem Reichsvizekanzler klang begreiflicher Weise die Antwort „etwas fremd und wunderlich", da doch „keine vernünftige Religion möglicher Dingen jemanden auferlegen könne, zu derley die Hände zu biethen."

Die Verhandlungen zogen sich noch bis in den Winter hinein. Der Markgraf aber blieb fest und konnte sehen, daß eine etwas selbstbewußtere Politik ihm keineswegs zum Verderben gereichen mußte. Zu sehr waren Österreich und die zu Beginn des Krieges so eifrigen Fürsten, wie der Bischof Adam Friedrich geschwächt, als daß sie zu einer besonderen Unternehmung gegen Bayreuth Neigung gespürt hätten.

Nicht einmal über Einquartierungen brauchte sich der Markgraf in diesem Winter zu beklagen. Ja, die Sprache Widmanns gegen ihn verliert zu Anfang des Jahres 1762 alle Schärfe und in ergebenem Ton appelliert er an des Markgrafen „rühmlichsten Eifer und patriotische Gesinnungen": um die Zustimmung zu neuen Römermonaten zu erlangen. Er wollte nämlich bei seiner bevorstehenden Reise nach Wien möglichst viel Zusagen zu diesem Antrag mitbringen! Und der Markgraf sagte sie zu, doch mit der Klausel, daß er außer Stande sei, das Geld aufzubringen. Da der Winter leichter als irgend einer der vorigen seit 1757 verlaufen war — die Reichsarmee hatte ihre Quartiere in diesem Jahre im Thüringschen — so glaubte Friedrich seinem trotzdem noch ganz erschöpften Lande die große Last einer luxuriösen Badereise nach Aachen auferlegen zu dürfen, während Ellrodt die Regentschaft führte; aber noch ehe sie beendet war, brach neues Unglück über die schwer heimgesuchte Markgrafschaft herein; nicht nur daß ein Monitorium vom Kreis wegen nicht bezahlter Römermonate mit angedrohter Exekution nach Verlauf von 6 Wochen erlassen wurde! Schlimmer war, daß die Reichsarmee durch einen Flankenmarsch des Generals von Seydlitz, der vom Heer

des Prinzen Heinrich in Sachsen detachiert worden war, zum Rückzug genötigt wurde und sich Ende Juni über das Land ergoß. Bei den Korps Stolberg und Luscinsky kam es zu rücksichtslosen Ausschreitungen und Plünderungen. Das Verpflegungswesen war schlimmer als je; unter diesen Umständen ließ es General Prinz Stolberg, der mit dem Markgrafen Friedrich auf schlechtem Fuße stand, zu, daß die jüdischen Admiodateurs, die die Nahrungsmittel und Pferderationen kontraktwidrigerweise nicht beigebracht hatten, begleitet von kleinen Trupps Soldaten in die Dörfer einbrachen und das nötige Getreide, Mehl, Stroh und Viehfutter gewaltsam herbeiholten oder nur ganz geringe Preise nach eigenem Gutdünken zahlten.[1]) Da der Markgraf nicht über die nötigen Machtmittel verfügte, so war die Regierung nicht in der Lage, ihre Untertanen gegen derartige planmäßige Raubzüge zu schützen, sondern mußte sich aufs Bitten verlegen. Die Generalität versprach zwar das beste, aber sie hätte selbst bei gutem Willen nichts ändern können, denn sie durfte doch ihre Mannschaften nicht verhungern lassen. So sah sich das Land einer dreiwöchentlichen Ausraubung preisgegeben. Mitte Juli schien es etwas besser werden zu wollen; denn Stolberg rückte auf Befehl Serbellonis am 17. Juli wieder nach Sachsen vor, wurde aber vom General Seydlitz in mehreren Gefechten zurückgeworfen. Von Neuem hausten also die Scharen der Reichstruppen im Bayreuth'schen, ohne daß irgend eine Beschwerde über die Exzesse half. Am 18. Aug. brach Stolberg mit dem größten Teil der Reichsarmee nach Asch und Eger auf, um auf dem Umwege durch Böhmen die Verbindung mit Serbelloni, der bei Dresden stand, zu erreichen. General von Rosenfeld aber blieb bei Hof zurück. Endlich schien auch die Befreiung von diesem letzten Bedränger zu kommen. Der preußische General v. Belling[2]) umging nämlich mit einem kleinen Reiterdetachement die linke Flanke Rosenfelds und zwang den an Truppenzahl überlegenen Gegner zum Rückzug, zuerst in der Richtung nach Westen auf Bamberg zu, dann aber, indem er ihm den Weg verlegte nach Süden, auf Nürnberg. Die erfolgreichen Bewegungen Bellings waren dadurch ermöglicht, daß er sehr schnell und zuverlässig über die Pläne Rosenfeld's unterrichtet wurde und zwar allem Anscheine nach durch den fränkischen Marschkommissar von Rößler, der im Interesse seiner Bayreuther Heimat und seines Herrn alles tat,

[1]) Berichte des Bayreuther Kriegskommissars v. Schmidt, Bamb. Kr.-A. G. Kr. F. B. A. 363.

[2]) Sammlung ungedruckter Nachrichten über die Kriegszüge der Preußen etc. III, 366 ff.

um Rosenfeld den Aufenthalt im Lande zu verleiden, sicher nicht ohne Befehl des inzwischen von seiner Reise heimgekehrten Markgrafen. Rößler übertrieb in seinen Berichten an den fränkischen Kreis geflissentlich die Stärke des Feindes und gab sich Mühe Rosenfeld in Schrecken und Angst zu versetzen, damit er ja nicht auf den Gedanken käme, wieder ins Bayreuthsche vorzurücken. Beim Vergleich des Benehmens der Reichsarmee und der strengen Disziplin Bellings, „der sich sehr human und liebreich bezeigte" konnte der Bayreuther Hof gar nichts anderes anstreben, als die Preußen im und die Reichsarmee außer Landes zu halten. Als Ellrodt, der beim Einrücken der Preußen an seinen Hof geeilt war, hörte, daß Widmann und der Bischof Adam Friedrich stürmisch den Vormarsch Rosenfeldts zur Deckung des Hochstifts Bamberg verlangten, ließ er offenbar im Einverständnis mit Belling dem Kreisgesandten des geistlichen Fürsten durch seinen Legationsrat sagen, Rosenfeld und die Bambergischen Lande hätten nichts zu besorgen, wenn der General bei Nürnberg stehen bleibe, allenfalls dürfte er auch bis Forchheim vorgehen, wenn er aber ins Bayreuthische einmarschiere, so würden die Preußen unfehlbar auf ihn losgehen. Widmann war entrüstet, daß der Markgraf sich so wenig scheute, „seine, dem König in Preußen ganz ergebene Gesinnung offenbar an den Tag zu legen." „Ew. Exzellenz lasse ich nun", schrieb er am 29. August an Kaunitz, „hocherleucht beurteilen, ob es jemalen erhöret seye, daß der Minister eines Kreis-Standes dem fürstlichen Gesandten eines andern dergleichen Ausrichtungen förmlich durch Legations-Secretarios hinterbringen lasse."

Dank dem Einvernehmen mit dem Markgrafen konnte Belling unbelästigt von Rosenfeld einen Einfall in die Oberpfalz machen und als ihn von Böhmen aus überlegene feindliche Abteilungen bedrohten, sich nach Asch zurückziehen. Nun rückte Anfang September General von Effern, der an Stelle des erkrankten Rosenfeld das Kommando führte, über Lauff ins Bayreuther Land vor. Markgraf Friedrich schrieb darauf am 6. September einen „sehr gleißnerischen" Brief an den Bischof, indem er ihm sein Bedauern über die Schädigung Bambergs durch Belling ausdrückte und ihm zugleich auseinandersetzte, daß wenn Effern zur Pegnitz vordringe, Belling gezwungen sei, in Franken stehen zu bleiben. Es sei aber in ihrer beider Interesse, neue Einfälle der Preußen zu verhüten und das erreiche man am besten, wenn Effern bei Lauff bleibe. Obwohl der Bischof merkte, was die Hauptabsicht des Markgrafen war, so leuchtete ihm die Sache doch ein; er meinte, der Vorschlag käme vielleicht von Belling und wenn Bamberg nicht anders zu

schützen sei, so wäre dies ein ganz annehmbares Mittel. Widmann hielt es aber nicht für vereinbar mit der „Ehre des Reichs", wenn Effern wieder umkehre. Dieser General hatte auch gar keine Lust dazu, obwohl er von Bayreuth aus mit den schrecklichsten Nachrichten über den Feind überschüttet wurde, die nur immer die Lücke hatten, daß sie verschwiegen, wo der Feind eigentlich stehe. Er ließ sich aber, durch das Beispiel Rosenfelds gewarnt, nicht einschüchtern, sondern setzte seinen Vormarsch fort. Er hatte auch gar keinen wirklichen Anlaß zur Umkehr, denn Belling war längst über alle Berge und auch andere preußische Abteilungen standen in beruhigender Ferne.

Fragen wir uns, was den Markgrafen veranlaßte ein so verwegenes Spiel zu treiben, so war es gewiß einerseits das Gefühl, daß sein Land nicht schlimmer heimgesucht werden könnte, wie es in den letzten 3 Monaten geschehen war, und jeder Tag, an dem er die Reichsarmee von seinem Gebiete fern hielt ein Gewinn war; andrerseits gab ihm den Mut dazu die schützende Hand Frankreichs oder wenigstens des Grafen Görtz, der die ganze Zeit über mit dem Markgrafen und Ellrodt im engsten Vertrauen verkehrte, ja wie es scheint, die letzten Maßnahmen des Markgrafen unterstützte. Im Vertrauen auf ihn wollte Friedrich bei neuen Ausschreitungen, vollführt durch das Jägerbataillon Otto in Bayersdorff sogar seine Haustruppen gegen die Jäger schicken;[1]) nur der Rat seiner Minister hielt ihn zurück; auf dem Kreistage aber machte er heftige Opposition gegen neue Auflagen und es gelang Ellrodt sogar „durch geheime machinationes, worinnen des v. Ellrodt ganze politische Kunst bestehet", wie Widmann ärgerlich berichtete, den allmählich auch in Verzweiflung geratenen Bischof Adam Friedrich für die Ablehnung der Römermonate zu gewinnen. Widmann sah nun, als alle seine Ermahnungen fruchtlos blieben, kein anderes Mittel, den Markgrafen auf andere Gedanken zu bringen, als im Winter Bayreuth mit starken Einquartierungen zu belegen; er bat deshalb den ganz damit einverstandenen Grafen Colloredo bei dem französischen Gesandten in Wien und durch eine Anregung in Paris die Zustimmung Frankreichs zu gewinnen, damit die Züchtigung des Markgrafen nicht an dem Widerspruche des Grafen Görtz, „des schlimmsten Feindes des Erzhauses" scheitere.

Vorerst aber war man noch nicht so weit. Die Österreicher und die Reichsarmee, der sich auch Effern inzwischen wieder angeschlossen

[1]) Widmann an Colloredo 4. Okt. 62.

hatte, waren bei Freiberg vom Prinzen Heinrich am 29. Oktober, völlig geschlagen worden. Um die Reichsarmee zurückzutreiben, erhielt General-Major v. Kleist von König Friedrich den Auftrag in Franken einzubrechen. Der König verband damit die Absicht sich einerseits noch möglichst viel Geld und Rekruten für den Fall, daß die allenthalben angebahnten Friedensverhandlungen den preußisch-österreichischen Krieg zu verschaffen und andrerseits den Fürsten des Reiches durch Erpressung von 500000 Taler bar und durch Plünderungen und Verwüstungen einen derartigen Schrecken einzujagen, daß ihnen die Freude an der Unterstützung des Kaisers endlich verginge.[1])

Mitte November überflutete nun die geschlagene Reichsarmee, Franken, wo General von Riedesel einen Stützpunkt zu finden hoffte. Bayreuth sollte mit der schweren Last der Artilleriepferde und den Haddickschen Depositorien heimgesucht werden. Ellrodt protestierte auf dem Kreistage aufs heftigste gegen eine so ungerechte Verteilung und unverhältnismäßig starke Belegung seines Herrn. „Man will", rief er aus, „uns gäntzlich auffressen und ruinieren und gehet so grausam mit uns um, daß es nicht mehr auszustehen ist; wenn es nicht anders wird, so muß man andere Hülfe suchen, es mag auch hinausgehen wo es will." Diese unverhohlene Anspielung auf ein offenes Abkommen mit Preußen kostete ihn das schon beschlossene Patent seiner Erhebung in den Reichsgrafenstand.[2]) Als dann aber Kleist, Bayreuth geflissentlich schonend, seinen — man kann kaum anders sagen als — Raubzug durch Franken und bis in die Gegend von Regensburg unternahm, da frohlockte Ellrodt ungescheut, weil er sich des Schutzes Folards und Görtz' erfreute.[3]) Der preußische General aber hatte den gewünschten Erfolg; der Schrecken, der von ihm ausging, unterstützte in der wirksamsten Weise die Deklaration Plothos auf dem Reichstag, daß der König, sein Herr, ihn zum Abschluß von Neutralitätsverträgen beauftragt habe. —

Die Kurfürsten von Bayern und der Pfalz und der Herzog von Württemberg traten mit Plotho in Verhandlungen, die schließlich zur Neutralitätskonvention führten. Auch der Bischof von Würzburg und Bamberg, dessen „geistlicher Enthusiasmus" soviel Unheil über seine Hochstifter, Franken und das ganze Reich gebracht hatte, sah sich genötigt,

---

[1]) P. C. XXII 315 f.

[2]) Wien. St.-Arch. Reichsregistratur 1. Okt. 1762. Im nächsten Jahre gelang es seinem älteren Sohne, der sich mit der Tochter des Bayreuther Kammerherrn Graf Lewenhaupt vermählen wollte, dennoch die Standeserhöhung zu erreichen.

[3]) Widmann an Kaunitz, Stuttgart 22. Nov. 62.

mit Kleist einen Vertrag abzuschließen, indem er sich zur Abberufung seines Kontingentes und zur Enthaltung von jeder Feindseligkeit verpflichtete.[1])

Bei diesen Vorkommnissen mag es auf den ersten Blick auffallend erscheinen, daß der Markgraf von Bayreuth sich nicht in der Reihe der Fürsten befand, die Sonderabkommen mit Preußen eingingen. Denkt man aber an das schriftlich zwar nicht fixierte, sachlich aber fast alle Kriegsjahre hindurch bestehende Einvernehmen zwischen dem König Friedrich und dem Markgrafen, das seit dem Einfall Bellings ganz offenkundig hervorgetreten war, so wird man zugeben, daß ein eigentlicher Vertrag nichts als Zeitvergeudung des Königs und seiner Beamten gewesen wäre, die in den Tagen der Hubertusburger Verhandlungen vollauf beschäftigt waren. Das vertrauliche Verhältnis zeigt sich in einer Anfrage des Markgrafen an den König, wie weit die Friedensverhandlungen fortgeschritten seien; es gälte nämlich den Bemühungen des chursächsischen Hofes entgegen zu wirken, der die Fürsten unter Hinweis auf den allgemeinen Frieden von Sonderabkommen abzuhalten suche.[2]) Der Ruhm,

[1]) Die Ausführungen von W. Hofmann, Politik des Bischofs von Würzburg und Bamberg S. 76 ff., daß es Adam Friedrich dank seiner guten diplomatischen Veranlagung (die H. meiner Ansicht nach sehr überschätzt) gelungen sei, sich der Neutralitätserklärung zu entziehen, bis das Reich aus dem Kriege ausgeschieden sei, halte ich für verfehlt. Formell mag dem Bischof das gelungen sein. Sachlich aber war er neutral. So faßt nicht bloß Kleist die Dinge auf, sondern auch Widmann. Kleist schreibt am 7. Dez aus Bamberg an den König: „. . . . Ich habe darauf gedrungen, daß der Fürst von Bamberg sich erklähren mußte, seine Truppen . . . . zurückzurufen. Er hat es mir heute versprechen lassen. Er bittet aber unterthänigst Ew. Königl. May. müßten alsdann seinen Landen keine ferneren Contributionen auferlegen, als die er bereits abgetragen hätte (177 000 Taler, nicht mehr als 200 000, w. H. S. 71 angibt). Ich habe versprochen auf dieser Versicherung mit meinem Corps abzugehen, weil es nun so Zeit wird . . . . ." Widmann aber schreibt, Ulm 7. Dez., an Kaunitz: „Der Bischof teilt mir unterm 4 mit, daß er nicht länger habe ausweichen können, sondern die Erklärung habe abgeben müssen, wie er sein Contingent wegen gänzlicher Entkräftung nicht länger unterhalten, noch recroutiren könne, somit solche Ihro K. May., dann dem weiteren Schicksaal überlassen müsse, welche aus den gegründesten Ursachen gefaßte Entschlüß- und erklährung er bereits bey Ihr K. May. dann der Reichsversammlung zu Regensburg bekannt machen zu lassen den Courier abgefertigt habe . . . ." Wenn der Bischof nach diesen bündigen Erklärungen noch formelle Schwierigkeiten machte, so erwies er sich damit nicht als „echter Diplomat" (W. Hofmann S. 77) sondern als ein Wortklauber und eine „Perrücke" im Sinne Carlyles.

[2]) Dies Schreiben befindet sich in den Churbrand. Reichstagsakten des Berl. St.-A. Es erscheint mir, trotzdem es das Datum 6. (?) Dez. zeigt, dem Inhalte nach das Schreiben zu sein, auf das der König am 13. Jan. 1763 (P. C. XXII 460) antwortet. Dann wäre die Fußnote 2 zu dem Briefe des Königs irrtümlich.

den sich der Markgraf von der Bekämpfung der sächsischen Insinuationen versprach, blieb ziemlich kümmerlich, denn der König antwortete erst am 13. Januar in sehr liebenswürdiger Form, die Fürsten täten gut, vom Kriege abzulassen; diesen Rat des König an Interessierte weiterzugeben, war die Zeit zu kurz, denn schon am 10. Januar fanden im Kurfürsten-, am 17. im Fürstenkolleg die entscheidenden Sitzungen statt, in denen über Plothos Deklaration, die dem Reiche die Neutralität anbot, beraten wurde; ein eigenartiger Zufall wollte es, daß die Gesandten genau 6 Jahre nach den verhängnisvollen Januartagen des Jahres 1757 über denselben Punkt Rats pflogen. Wie anders aber war die Stimmung nach so viel Ungemach und Kriegsleid geworden! Wo war der leidenschaftliche Parteieifer, wo war die Kriegslust der geistlichen Fürsten, wo war die stolze Sicherheit und das Selbstbewußtsein der kaiserlichen Gesandten? Alles, was sie noch begehrten, war, daß erst nach Abschluß der Verhandlungen von Hubertusburg das geschähe, was nicht mehr zu hindern war. Doch nicht einmal dies bescheidene Ziel erreichte die österreichische Diplomatie; wie in den andern Kreisen die kaiserlichen Spezialgesandten, so hatte Widmann an die Fürsten Frankens Zirkularschreiben[1]) erlassen, in denen sie aufgefordert wurden, mit dem Abschluß des Sonderfriedens zu warten, bis man in Hubertusburg einig geworden sei, „damit nicht ein Werk das andere kreuze" und der Kaiser in einer, der Würde seiner Stellung entsprechenden Weise für das Reich abschließen könne.

Der Markgraf von Bayreuth, dessen Land General Prinz Stolberg noch einmal mit Reichstruppen hatte überschwemmen lassen, mit dem expressen Befehl, die Markgrafentümer aufs unfreundlichste zu behandeln,[2]) war vorsichtig genug in Regensburg nicht eher seine Stimme abzugeben, als bis er genau wüßte, wie der Wind wehe. Erst als er von den Ergebnissen der Abstimmungen vom 10. und 17. Januar gehört hatte, wo sich zu seiner Freude alle Gesandten, die „instruiert waren" außer

[1]) Widmann an Kaunitz 9. Jan. 63.

[2]) Bericht Plothos 23. Dez. 1762. Zum Glück waren es meist Bayern, die nach Bayreuth kamen. Ihr Führer General La Rosée fragte nach jenem Befehl Stolbergs vorsichtigerweise in München an, ob er seinem militär. Vorgesetzten gehorchen solle. Darauf wurde er angewiesen, sich so zu verhalten, als wenn er in Bayern wäre. Ganz anders aber traten die Sachsen auf. Darüber berichtet Plotho am 26. Dez.: „Nach den einlaufenden Berichten wolle an den beeden unschuldigen Markgräflich Brandenburg. Häusern der Muth gekühlet werden indem in der Stadt Bareuth auf eine so völkerrechts- als wohlstands widrige Arth verfahren werde, daß auch die F.liche Residenz nicht einmal verschont geblieben."

einem für die Neutralität erklärten. Auf diese frohe Kunde hin wurde nun auch Friedrich von Ellrodt nach Regensburg geschickt und trat mit anderen Nachzüglern der Majorität bei. Am 7. Februar wurde das Protokoll geschlossen und am 11. Februar das Konklusum gefaßt, das die Neutralität des Reiches erklärte, 4 Tage bevor in Hubertusburg dem Kriege ein Ziel gesetzt wurde.

Nicht lange sollte sich Markgraf Friedrich der Erfüllung seines sehnlichsten Wunsches, der Herstellung des Friedens, erfreuen. Am 17. Februar erkrankte er an einer heftigen Lungenentzündung, der er, noch nicht 52 Jahre alt, am 26. Februar erlag.

Sein Fürstentum fiel an seinen Oheim Friedrich Christian, den letzten männlichen Sproß der Linie Bayreuth und, als dessen Tod eine traurige Mißwirtschaft beendete, nach dem Pactum Fridericianum an Alexander von Ansbach. Da Maria Theresia in den Hubertusburger Friedensverhandlungen nicht erreichen konnte, daß die fränkischen Fürstentümer für immer eine preußische Sekundogenitur bleiben sollten,[1]) so wurden im Jahre 1791 beide Markgrafschaften mit Preußen vereinigt. —

[1]) P. C. XXII 438 f.

Lebenslauf.

Ich, Richard Rüthnick, bin geboren am 27. November 1881 zu Zachow (Kreis Westhavelland) als Sohn des Pastors Richard Rüthnick († 1885) und seiner Ehefrau Anna, geb. Grimm. Ich besuchte die Vorbereitungsschule zu Wiesbaden, seit Ostern 1891 das humanistische Gymnasium daselbst und seit Sommer 1895 das Kgl. Ludwigsgymnasium zu München, das ich 1900 absolvierte. Oktober 1900 bis Oktober 1901 diente ich in Göttingen, woselbst ich bis einschl. Sommer 1902 vornehmlich Geschichte und Germanistik studierte. Seit Herbst 1902 setzte ich meine Studien an der Münchner Universität fort. Meine Lehrer waren die Herren Professoren und Dozenten Dr.Dr. Baumann, Bousset, Brandi, Heyne, Krauske, Lehmann, Lexis, Meißner, Peipers, Roethe und Schulten in Göttingen, Bitterauf, Brentano, Cornelius, Götz, Grauert, Heigel, Jansen, v. d. Leyen, Muncker, Oberhummer, Paul, Pöhlmann, Preuß, Riezler, Schick, Simonsfeld, Traube und Günther (techn. Hochschule) in München. Ich wiederhole ihnen nach Abschluß meiner Studienjahre meinen Dank.